

5325

M. D. Hoffmann



Keine Kolonien!

Eine Kampfschrift gegen den neuen,
deutschen Imperialismus.

1.—5. Tausend. Preis ~~50~~ Pfg. 1.—

Verlag Hans Schumann, Windischleuba (Thür.)

517/9393

Copyright by Hans Schumann Verlag
Windischleuba.

Alle Rechte, insbesondere das der Über-
setzung vorbehalten.

Druck H. Müller, Meuselwitz

Stadt- u. Univ.-Bibl.
Frankfurt/Main

1927/23

421570x7

Borwort.

Die nachfolgende Broschüre soll eine Lücke ausfüllen. Gegenüber der äußerst intensiven Propaganda der deutschen Kolonial-Organisationen fehlt es fast vollkommen an dem notwendigsten Material für eine aktive Gegenpropaganda. Diesem Mangel soll hier abgeholfen werden. Aus diesem Grunde stelle ich alle theoretischen Erörterungen nach Möglichkeit zurück und beschränke sie auf das unbedingt Notwendigste.

Auf eine eingehende Darstellung der Freiheitsbewegungen der unterdrückten Völker habe ich verzichtet, weil darüber in letzter Zeit eine ganze Reihe guter Schriften erschienen sind. Ich erwähne

für China: K. A. Wittfogel: *Das erwachende China*. (Agis-Verlag Wien),

für Indien: M. N. Roy: *Indien*. (Horn-Verlag Hamburg),

für Marokko: Semard: *Marokko*. (Horn-Verlag Hamburg).

Ein Teil der Skizze der deutschen Kolonial-Geschichte, die ich im ersten Teil gebe, ist bereits in der Zeitung „Die Welt am Abend“ (Berlin) erschienen. Ich nahm gegenüber dem damaligen Abdruck einige unwesentliche Änderungen vor.

Zum Schluß spreche ich dem Genossen Gibarti meinen Dank dafür aus, daß er mir die weitgehende Benutzung des Archivs der „Liga gegen koloniale Unterdrückung“ (Berlin, Schadowstraße 1b) ermöglichte.

Berlin, Ende Januar 1927.

Martin D. Hoffmann.

Die neue Kolonial-Propaganda und ihre Gründe.

„Durch unser koloniales Leben geht ein neuer frischer Zug.“

So konnte — leider mit Recht! — ein weitverbreiteter deutscher Kolonialkalender zu Beginn des Jahre 1927 schreiben. Die Kolonialpolitiker sind rege am Werk. Zahllose Vereine und Bünde treiben eine intensive und geschickte Propaganda. Um nur die wichtigsten zu nennen: Die deutsche Kolonialgesellschaft, der Kolonialkriegerbund, der Deutsche Kolonialkriegerbund, der Reichsverband der Kolonialdeutschen und Kolonialinteressenten, der Frauenbund der deutschen Kolonialgesellschaft, der Frauenverein vom Roten Kreuz für Deutsche über See, der Bund der Kolonialfreunde, der Bund der Ostkämpfer, die Kriegerschaft deutscher Kolonialtruppen, der Ueberseeclub Hamburg, das Kolonial-Wirtschaftliche Komitee, usw. usw. Dazu kommen noch besondere koloniale Jugendorganisationen, kommen die kolonialen Traditionskompagnien in Reichswehr und Polizei (z. B. führen die bayerische und württembergische Polizei die Tradition der Landespolizeien der Südsee und Togos fort).

Alle diese und noch mehr Organisationen arbeiten. Sie veranstalten Kolonialwochen, Kolonialtagungen, Kolonialkundgebungen. So fand im letzten Jahr unter anderem eine große Kolonialtagung in Bochum statt, eine andere in Hamburg; in Naumburg wurde die mitteldeutsche Kolonialtagung veranstaltet, in Bernburg eine koloniale Jugendtagung, in Köln eine Kolonialwoche, in Berlin sogar ein „Erster Arbeiter-Kolonialtag“; auf dem mitteldeutschen Marinetag in Dessau wurde „das koloniale Moment in starker Weise hervorgehoben“.

Der koloniale Kriegerbund allein stieg im Lauf des Jahres 1926 von 99 Vereinen auf 123 Vereine. Ähnlich ist es vermutlich auch bei den anderen Organisationen.

Die „Deutsche Kolonial-Wander-Ausstellung“, die sehr geschickt aufgemacht wurde, fährt im Auto kreuz und quer durchs Land. „Die Regierungen und Behörden der betreffenden Länder, die Provinzialschulkollegien und auch die Stadtverwaltungen haben fast überall der Ausstellung eine tatkräftige Unterstützung zuteil werden lassen“, heißt es in einem Bericht. („Der Kolonialdeutsche“ 1927, Nr. 1.)

Die Propaganda der deutschen Kolonialfreunde beschränkt sich aber nicht auf Deutschland allein. Ende Dezember 1926 ging durch eine ganze Reihe englischer, französischer, italienischer und anderer Zeitungen folgende Notiz:

„Die vier großen deutschen Schiffsahrtsgesellschaften stellen nach der Gewohnheit aller Reederei aktuelle Karten aus. Auf den in London ausgestellten

Karten zeigen Deutschland und die Gebiete, die es vor dem Kriege besaß, die gleiche Farbe. Die Namen sind dort deutsch verzeichnet und die Hauptschiffahrtslinien zeigen die direkt bestehenden Verbindungen. Die Aufmerksamkeit der englischen Regierung wurde auf diese Propaganda gelenkt, deren Zweck es ist, wie man in politischen Kreisen erklärt, die Deutschen anzulocken, daß sie sich in diesen Gebieten niederlassen und sie wieder so bevölkern, daß die Mehrheit der Bevölkerung deutsch wird, um dann im Völkerbund zu fordern, daß er Deutschland seine alten Kolonien zurückgibt oder ihm doch ein Mandat in diesen Kolonien anvertraut."

Eine ähnliche Propaganda gerade in England bedeutet das Buch des ehemaligen Gouverneurs Dr. Heinrich Schnee: "Deutschlands Kolonialpolitik in Vergangenheit und Zukunft" (German Colonisation Past and Future), das im vorigen Jahr in London mit einer von einem Engländer geschriebenen Einleitung erschien.

Als vor kurzem der englische Kolonialminister Amery in einem längeren Interview einem deutschen Journalisten sehr kühl und nüchtern sagte, daß Deutschland sich keine unnützen Kolonialhoffnungen machen solle, da antwortete sofort Herr Gouverneur z. D. (!) H. Schnee in langen Ausführungen und suchte das Gegenteil nachzuweisen. Schnee schloß mit dem Hinweis darauf, daß ohne Rückgabe der „geraubten“ Kolonien an Deutschland eine „Verständigung der Nationen“ unmöglich sei. Er forderte also gewissermaßen Deutschlands Wiederezulassung zur Kolonialpolitik im Interesse des Weltfriedens! Wir werden diesen interessanten Gedankengang noch öfter wiederkehren finden.

Fragen wir uns aber zunächst nach den Gründen der neuen Kolonialpropaganda und suchen wir auch nach den Gründen für ihren Erfolg, der unter Berücksichtigung der Tatsache, daß wir keine Kolonien haben, recht beträchtlich genannt werden muß.

Deutschland war durch die Zerstörungen des Krieges, durch die Inflation, durch den Friedensvertrag, durch innere Kämpfe, die mit dem Siege der Reaktion endeten, wirtschaftlich vollkommen zerrüttet worden. Nach der Stabilisierung der Mark durch Dr. Schacht gelang es der deutschen Bourgeoisie, sich in gewissem Umfange wieder zu konsolidieren. Eine rücksichtslos durchgeführte Rationalisierung, die noch heute nicht abgeschlossen ist, die Herabdrückung der Lebenshaltung des deutschen Arbeiters und des Mittelstandes, bedeutende Fortschritte der chemischen Industrie (Verflüssigung der Kohle u. a.), die immer mehr in den Mittelpunkt der gesamten Wirtschaft tritt, ermöglichen diese Konsolidierung, ermöglichen Fortschritte des deutschen Kapitalismus, die noch Ende 1923 allgemein für unmöglich gehalten wurden.

Bereits spricht man, mit einer gewissen Berechtigung, von einem neudeutschen Imperialismus. Freilich, es ist ein Imperialismus eigener Art: Ein Imperialismus ohne Kolonien. Gerade das aber ist die Hauptquelle der neuen Kolonialpropaganda. Jeder imperialistische Staat ist expansiv, sucht seine Grenzen, sein Machtbereich zu erweitern, sucht sich Rohstoffgebiete, Absatzmärkte und Kapitalanlagemärkte zu sichern. Die seltsame Mittelstellung, die Deutschland gegenwärtig einnimmt, halb Kolonie des amerikanischen Kapitals, halb selbst imperialistische Großmacht, kommt auch in der intensiven Kolonial-Bewegung zum Ausdruck. Sie bedeutet somit einen Versuch des deutschen Kapitalismus, sich eine Basis für weiteres Wachstum, für weitere Entfaltung und für weiteres Selbständigmachen zu schaffen.

Diesem ökonomischen Moment kommen psychologische Momente günstig zu Hilfe. In Zeiten starken wirtschaftlichen Druckes, starker Verelendung sehen

immer gewisse Fluchtstimmungen in weiten Kreisen der von der steigenden Verelendung Betroffenen ein. Diese Fluchtstimmungen, dieses Ausweichen vor der bitteren Wirklichkeit kommt einmal in dem Anwachsen religiöser Sekten und Schwärmereien zum Ausdruck als Flucht in das sog. „bessere Jenseits“. Sie kommt weiter zum Ausdruck in einer Fülle utopischer Literatur, fantastischer Romane — auch Filme neuerdings —, die auf eine „bessere Zukunft“ im Diesseits verträsten, fast immer aber um die Frage, wie wir in diese bessere Zukunft gelangen können, vorsichtig herumgehen. Die Fluchtstimmung kommt drittens zum Ausdruck in einer idealisierenden Verherrlichung der „besseren Vergangenheit“, hier enthüllt sich besonders deutlich der reaktionäre Charakter derartiger Tendenzen.

Und sie kommt endlich — und das interessiert uns hier am meisten — zum Ausdruck in der Flucht in ferne Gegenden und Gebiete, in einem Anschwellen der Reise- und Abenteuerbücher. Hier wird bisweilen die beste Literatur unter dem Druck bestimmter Verhältnisse zu reaktionärem Propaganda-Material. Z. B. erschien kürzlich eine prächtige Sammlung afrikanischer Tiergeschichten unter dem Untertitel „Kolonial-Geschichten“. Damit war in diesem wirklich guten Buch („Mardabi“ von H. Aschenborn) das Gift der Kolonialpropaganda hineingetragen. Unwillkürlich verbindet sich bei dem arglosen Leser der Gedanke an den alten Zebra-Hengst Mardabi mit dem Wunsch, daß Deutschland wieder Kolonien haben möge.

Vorträge über die afrikanische Tierwelt, Expeditionsfilme, die sonst hervorragend sind und bestes ethnologisches Material bieten, werden mißbraucht, und können in der Stimmung der Flucht vor der europäischen Wirklichkeit besonders leicht mißbraucht werden.

Deutschland ist ein halbimperialistisches Land ohne Kolonien und — ohne einen Militarismus, der für äußere Kriege ernsthaft in Frage kommt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit — die allerdings auch noch einige andere Gründe hat — sich pazifistisch zu gebärden. Der letzte Staatssekretär des deutschen Reichskolonialamtes, Dr. Solf, schrieb schon 1919: „Wir sind der Ueberzeugung, daß auf solche Weise (durch Beteiligung Deutschlands an der Kolonialpolitik) eine Gleichgewichtslage auf kolonialen Gebieten geschaffen wird, die künftige Konfliktsmöglichkeiten vermeidet und damit dem ersehnten Weltfrieden dient.“ („Kolonialpolitik. Mein politisches Vermächtnis“. S. 84.) Wir haben schon, daß auch der ehemalige Gouverneur Schnee ähnliches vertritt, und sogar Herr Oberstleutnant a. D. v. Ramsay, der Schriftleiter der führenden deutschen Kolonialzeitung „Der Kolonialdeutsche“ will sich mit dem Völkerbund, mit Thoiry und Genf versöhnen, wenn wir auf diesem Wege nur wieder zu Kolonien kommen.

Deutschland ist ein halbimperialistisches Land ohne Kolonien. Es besteht auch, wie später gezeigt werden wird, keinerlei Aussicht, daß Deutschland überhaupt ein wirtschaftlich auch nur einigermaßen bedeutendes Kolonialgebiet je erhalten könne. Wenn auch der Kapitalist häufig selbst nicht weiß, was er tut, und oft noch weniger weiß, warum er etwas tut, so ist doch in diesem Falle kaum anzunehmen, daß die deutschen Kapitalistenkreise die beträchtlichen Summen, die sie die Kolonialpropaganda kostet, aufbringen würden, wenn sie nicht noch einige konkrete Erfolge davon erwarten würden. Und diese Erfolge bestehen auch in der Tat. Die angeblich „unparteiische“, bisweilen sogar „unpolitische“ Kolonial-Bewegung ist eine besonders geschickte Maskierung der Reaktion. Wie es eine „getarnte“ Reichswehr gab, so gibt es eine „getarnte“ Reaktion, eben die Kolonial-Bewegung. Es gibt genug recht deutliche Anzeichen dafür. Wenn bei einer Kolonial-Rundgebung eine Stahlhelmkapelle spielt, so denken wir uns unser Teil. Wenn ein Oberstleutnant a. D.,

der Schriftleiter des Zentralorgans vieler Kolonialverbände ist, wenn wir von einem „Kolonial-Kriegerbund“ hören, von seiner Beteiligung am „Ehrentag der deutschen Armee und Marine“, so wissen wir, was vor sich geht. Im „Gästebuch“ der deutschen Kolonial-Wander-Ausstellung stehen u. a. die folgenden Namen: S. H. der Großherzog Friedrich Franz zu Mecklenburg, S. H. Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg, Erbgroßherzog Nikolaus Herzog von Oldenburg, Erbprinz Josias zu Waldeck und Pyrmont, Marie Prinzessin zu Schleswig-Holstein-Glücksburg. 1918 haben wir eine Revolution gehabt. Seit 1918 haben alle deutschen Staaten — auf dem Papier — republikanische Verfassungen. 1927 veröffentlicht der „Kolonialdeutsche“ diese Liste!

Weiter: Auf dem Kolonialball, den die deutsche Kolonialgesellschaft im Januar 1927 in Berlin veranstaltete, waren u. a. zugegen: Admiral Truppel und Frau, Gouverneur Seitz und Frau, Oberstleutnant a. D. v. Ramsay, Minister Külz, Geheimrat Kastel, Frau von Rechenberg, Frau von Bredow und viele andere! Sicher eine „Volksfeste“, eine „Bewegung der breitesten Schichten der Nation“, diese Kolonialpropaganda!

Allerdings hat die Tatsache, daß Deutschland zur Zeit ein Land ohne Kolonien ist, auch einige recht interessante andere Auswirkungen gefunden. Schon im Kriege erkannten einige Vertreter des Imperialismus, daß es fast unmöglich sein würde, ein wirklich lebensfähiges deutsches Kolonialreich zu schaffen. Nach dem Kriege fand diese Erkenntnis einige fast groteske Auswirkungen. So schrieb im Oktober 1925 Generalmajor a. D. E. von Liebert, ehemaliger Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, in einem Aufsatz „Koloniales und Afrikanisches“:

„Hat man im Weltkrieg die Farbigen aller Erdteile gegen uns ins Feld geführt, so wollen wir uns jetzt derselben Waffen gegen unsere Feinde bedienen. Der nun schon über zehn Jahre währende Krieg werde weiter geführt und nunmehr nach Afrika übertragen. Wir Deutsche wollen uns der von Amerika herüber getragenen Lösung: Afrika den Afrikanern! bemächtigen, die Führung der unter den Zulu u. anderen südafrikanischen Stämmen bereits schwelenden Rebellion übernehmen und den Weltteil von Süden nach Norden durch die schwarze Welle übersfluten lassen. Briten, Franzosen, Belgier und Portugiesen werden aus den unrechtmäßig angeeigneten Gebieten vertrieben, bis eine neue Aufteilung Afrikas den Deutschen die ihnen entzogenen Gebiete wieder zuerkennt.“

Man könnte über diesen politischen Dilettantismus, der glaubt, die Afrikaner würden sich in Massen erheben und eventuell totschlagen lassen, um nur wieder unter die geliebte deutsche Knute zu kommen, zur Tagesordnung übergehen, wenn nicht hier ein Gedanke ganz offen ausgesprochen wäre, der etwas verdeckter, etwas geschickter maskiert, auch sonst vertreten wird. Der Münchener Universitätsprofessor Dr. Karl Haushofer, einer der besten Geopolitiker des bürgerlichen Deutschland, schrieb in den „Süddeutschen Monatsheften“ (Jan. 1927) in einem Aufsatz „Geographische Grundzüge auswärtiger Politik“ u. a.:

„Wir sind zum Glück nicht allein in unserem Streben nach Selbstbestimmungsrecht und Freiheit. . . Helfer sind uns die Gegner unserer Feinde; und diese Helfer sehen wir nicht zuletzt im fernen Osten, in der aufstrebenden panasiatischen Bewegung. . . Je schlimmer die Lage erscheint, um so mehr Grund für ein Volk, planetarisch zu denken ohne Rücksicht auf in solcher Lage falsche Rassenurteile.“

Mit Hilfe der Asiaten will Haushofer den Boden schaffen, die „Bühne, damit auf ihr endlich mit Gotteshilfe zum drittenmal und endgültig der Neubau des deutschen Staates auf seinem Volks- und Kulturboden erstehen möge!“

Deutsche Pazifisten fordern Kolonialmandate für Deutschland; z. B. v. Gerlach in seinen Reden in Marseille und Brüssel; deutsche Kolonialpolitiker gebärden sich pazifistisch und demokratisch, wenn sie außereuropäische Völker unterjochen wollen. Und deutsche Reaktionäre und Uebernationalisten werden plötzlich Gegner der kolonialen Betätigung. So spiegelt sich die widerspruchsvolle Lage Deutschlands auch in dem Kampf um die Kolonien wieder.

Was aber sollen wir tun, wir alle, die wir gegen jede Ausbeutung, gegen jede Unterdrückung sind? Was sollen wir tun, die wir den Frieden wirklich wollen, nicht nur mit Resolutionen und papierernen Verträgen, sondern mit der Tat? Was sollen wir tun, die wir das Ziel einer befreiten Menschheit auf befreiter Erde erkämpfen wollen?

Wir wollen versuchen, auf diese Frage eine Antwort zu geben.

I. Kolonialpolitik, wie sie wirklich ist.

Die Vertreter des deutschen Imperialismus sind durchaus nicht immer für eine deutsche koloniale Betätigung gewesen. Ein großer Teil von ihnen vertrat den Gedanken, die deutsche Machtsphäre von einem geeinten „Mitteleuropa“ aus über den Balkan nach Kleinasien hin auszudehnen und so die Basis eines deutschen Imperiums zu schaffen. (Berlin-Bagdad-Propaganda.) Ein Vertreter dieser Richtung hat im Kriege die Bilanz der deutschen Kolonialpolitik folgendermaßen gezogen:

„Das deutsche Reich fühlte den inneren Zwang, imperiumartig zu leben, und wußte nicht, wie es das ausführen sollte. Darum machte es nach, was es bei den anderen sah. Es begann, ein Kolonialreich herzustellen. . . Unsere nationale Sehnsucht, zu gelten und gestalten zu wollen, fand ihre Auslebung in liebgewordenen Bildern von der Seegewalt des Reiches und von deutschen Kreuzern, die in allen Meeren heimisch sind und schwarzen, bräunlichen und gelben Menschen Achtung und Furcht vor einem großen weißen Sultan und dankbares Vertrauen zu der Ueberlegenheit deutschen Könnens einflößen. Das nannte man „Weltpolitik“. . . Aber nicht im geringsten ist es den Deutschen gelungen, ein stabiles Kolonialreich oder auch nur die Grundlagen dafür zu erschaffen.“ (K. Hoffmann: „Das Ende des kolonialpolitischen Zeitalters“ Leipzig 1917 S. 5-6.)

Diese Bilanz stimmt.

Aber in seinen Anfängen war der deutsche Imperialismus, wie jede aufsteigende Bewegung, viel zu unproblematisch, viel zu sehr von seiner eigenen Unfehlbarkeit und Unwiderstehlichkeit überzeugt, um derartiges zu erkennen. Das waren bereits Katzenjammerstimmen des niedergehenden Imperialismus. Für den beginnenden deutschen Imperialismus ist typisch eine Aeußerung, die wir bei Friedrich List finden, dem genialen Gründer, theoretischen Begründer und leidenschaftlichen Vorkämpfer des deutschen Imperialismus, der schreibt:

„Der Tausch von Manufakturwaren gegen Urprodukte ist Grundbedingung des heutigen Kolonialverhältnisses. . . Dieser Tausch ist aber zwischen den Ländern der gemäßigten Zone und den Ländern der heißen Zone für alle Zeiten in der Natur begründet. Daher hat Ostindien seine Manufakturkraft mit seiner Selbständigkeit an England verloren, daher werden alle asiatischen Länder der heißen Zone von Asien und Afrika nach und nach in die Botmäßigkeit der Manufakturhandelsnationen der gemäßigten Zone geraten, daher werden die Inseln der heißen Zone, die jetzt im Kolonialverhältnis stehen, sich schwerlich je davon losmachen, daher werden die südamerikanischen Staaten immer in einer gewissen Abhängigkeit von den Manufakturhandelsnationen verbleiben.“ (Zitiert nach der Auswahl aus List: „Staatsinteresse und Privatwirtschaft“ Berlin. S. 159.)

Mit dieser Unbekümmertheit, mit dieser Einstellung des Kapitalisten, der die Bedingungen seiner Zeit als die absoluten Bedingungen jeder Zeit ansieht, ging der deutsche Imperialismus, dem der deutsche Zollverein die wirtschaftlichen, die Bismarcksche Reichsgründung — wenn auch unvollkommen — die politischen Grundlagen gegeben hatte, daran, sich ein Kolonialreich zu schaffen.

Deutsch-Ost-Afrika.

Schon beim Abschluß des Frankfurter Friedens zeigten sich diese kolonialen Tendenzen. Bremer Kaufleute regten damals an, von Frankreich die Abtretung von Cochinchina und Saigon zu verlangen. Der Plan zerschlug sich. Der 1882 gegründete „Deutscher Kolonialverein“ war ein akademischer Diskutier-Klub ohne praktische Bedeutung. Der von der Burenrepublik offiziell geäußerte Wunsch, unter deutsche Schutzherrschaft zu treten, wurde von Deutschland abgelehnt.

Erst durch Karl Peters kam wirkliches Leben in die deutsche Kolonialbewegung. Er ist der Gründer, der Vorkämpfer und Theoretiker deutscher Kolonialpolitik geworden. Auf ihn sei darum hier zunächst eingegangen. *) Peters war ein Typ der Menschen, die später im Krieg mit dem neuen Testament und Goethes Faust im Tornister es als „großes Erleben“ und „Heldentat“ schilderten, wenn sie ihren Mitmenschen, die eine andere Kofarde trugen, ein Bajonett in den Leib gerannt hatten. Mit offenem Zynismus, wenn er Gegner seiner Kolonialpolitik abjertigt, verbindet er Neigung zum Okkultismus, zum Spiritismus — sein Dunkel, der Selbstmord begangen hat, erscheint ihm in der Nacht und er bemerkt deutlich „den roten Streifen um sein Genick“ —, glaubt an Zahlenmystik, so daß er bei jeder Eisenbahn, bei jeder Droschke, die er benutzt, erst sich vergewissert, ob sie eine „Glückszahl“ trägt, spricht von „transzendentaler Entwicklung“ und hat, wie er selbst berichtet, in Afrika „dem Nichts ins Antlitz geschaut und mit dem Ewigen selbst Wechselrede gehalten“.

Und dieser Mann war gleichzeitig ein praktischer Kolonialeroberer großen Formats, rücksichtslos bis zur Brutalität. Einer seiner engsten Mitarbeiter und Freunde, Rochus Schmidt, schildert neben günstigen Seiten seine „in hohem Maße verletzende, an Schroffheit kaum zu überbietende Behandlung, soweit es sich um Menschen handelte, die Peters einmal in den Weg getreten, ihm unangenehm geworden waren oder ihn gar angegriffen hatten.“ („Aus kolonialer Frühzeit“ Berlin 1922 S. 20). Und Schmidt hält es noch vier Jahre nach dem Tode von Peters für nötig, ausdrücklich von ihm abzurücken: „Ich gehöre nicht zu denen, die im Leben durch dick und dünn mit Karl Peters gegangen sind und alles gut und schön an ihm gefunden haben,“ schreibt er (M. a. D. S. 53.) Wirklich: Peters hat sich den Beinamen „Hänge-Peters“, den er in der Kolonialgeschichte behalten wird, redlich verdient.

Zunächst allerdings hatte er die Absicht, Philosophieprofessor zu werden. Sein erstes Werk, das er 1881 als 25jähriger schrieb, trug deutlich die Spuren Schopenhauerscher Gedanken („Weltwille und Willenswelt“). Nur in einem unterschied Peters sich deutlich von Schopenhauer. Schopenhauer war ein Verächter und Hasser des Nationalismus; und gerade dies, das beste an Schopenhauer, fehlt dem jungen Peters, den die Eindrücke seiner Jugend — 1864, 1866 und 1870-71 — „immer entschiedener in die nationale, um nicht zu sagen chauvinistische Richtung“ trieben. Im Vorwort seines ersten Werkes schrieb er, „daß die Aera der preussisch-deutschen Militärhegemonie über Europa herausgezogen sei“. Mit dieser Einstel-

*) Ich fasse mich hier sehr kurz und verweise auf meine demnächst erscheinende Biographie von K. Peters.

lung ging er im Winter 1881—82 nach London und dort schien es ihm, als sei der ungeheure wirtschaftliche Vorsprung, den England vor Deutschland habe, nur auf das große englische Kolonialreich zurückzuführen.

„Mit einem Wort, die englische Gesellschaft ist durch ihren staunenswerten Kolonialbesitz im Stande, die Kräfte, welche sie produziert, zu verwerten, oder, um es deutlicher auszusprechen, ihre Mitglieder in anständiger Weise zu versorgen. Die deutsche Gesellschaft muß fortwährend tausende ihrer Reiser in elender Weise verkümmern oder ganz aussterben lassen.“

So schrieb er nach seiner Rückkehr. (Aussatz in der „Gegenwart“ vom 1. März 1883.) Seinen Plan, sich mit einer Arbeit über das Thema „Inwiefern ist Metaphysik als Wissenschaft möglich?“ in Leipzig als Privatdozent zu habilitieren, gab er auf und warf sich bald ganz in die Kolonialpropaganda. Er fand Gesinnungsgenossen. Zusammen mit Graf Behr-Bandelin, dem Kammerherrn Kaiser Wilhelms 1., gründete er die „Gesellschaft für deutsche Kolonisation“. Die Gründung erfolgte — man soll sich das merken, denn es ist wirklich kein Zufall! — am 28. März 1884 im konservativen Klub in Berlin, im Anschluß an einen Vortrag, den Peters über „politische, wirtschaftliche und allgemein nationale Bedeutung einer überseeischen Kolonisation seitens des deutschen Reiches“ gehalten hatte. Die Gesellschaft wählte einen geschäftsführenden Ausschuß, der diktatorische Vollmachten hatte und den Peters unbedingt beherrschte. Die im Ausschuß vorhandene Opposition war ungefährlich, weil, wie Peters selbst erzählte, „ich keine Sitzung anberaumte, in welcher wir uns nicht die Mehrheit vorher gesichert hatten“. („Die Gründung von Deutsch-Ostafrika“. Berlin 1906 S. 47.)

Es gelang der Gesellschaft bald, ein Kapitalistenkonsortium zusammenzubringen, das die Mittel für eine Afrika-Expedition zur Verfügung stellte. Diese Kapitalisten gründeten am 20. August des gleichen Jahres eine besondere Organisation zur Kontrolle der gezeichneten Gelder. „Die Gesellschaft für deutsche Kolonisation“ hatte in Wirklichkeit am 20. August ihre Existenzberechtigung verloren. Der Schwerpunkt der weiteren Entwicklung lag von nun an bei dem gegründeten Kapitalistenkonsortium.“ (Peters. A. a. D. S. 54.) Peters begrüßte das. Für ihn war Kolonialpolitik immer eine rein kapitalistische Sache; er verzichtete offen auf die moralische Bemäntelung der Ausbeutung mit Kulturphrasen, die wir sonst so oft finden. Er wendet sich scharf gegen das „Gerede“, das „eine Angelegenheit, welche in erster Linie Geschäft und nichts als Geschäft ist, zu einem Gegenstand des idealen Patriotismus machte“ (a. a. D. S. 100.), genau wie er an anderer Stelle („Kol. Zeitschrift“ 1902, Nr. 5) in einem „Grundgerippe eines Programms“ für die deutsche Kolonialbewegung fordert: „Lösung der Arbeiterfrage im Sinne der Interessen der europäischen Unternehmer.“ „Kolonien, welche nichts einbringen, sind unpatriotische Gründungen,“ erklärt er.

Die erste Expedition hatte Erfolg. Mit Unterstützung evangelischer und katholischer Missionare gelang es, sie durchzuführen, „Schutzverträge“ abzuschließen. Nun wurde die „Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft, Karl Peters und Genossen“ gegründet (2. April 1885) und Peters wurde Vorsitzender des Direktoriums, zugleich Diktator über die inzwischen vom Reich anerkannten „Schutzgebiete“. Seine Vollmacht lautete:

„Namens der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft „Karl Peters und Genossen“ erteilen wir hierdurch dem Mitglied der Gesellschaft, Herrn Dr. Peters zu Berlin, die Vollmacht, die allgemein-administrative und politische Leitung der Gesellschaft zu führen. Insbesondere ist derselbe hierdurch ermächtigt, die Beamten im Namen des Direktoriums anzustellen, zu befördern, zu entlassen, die Aufsicht und die Kontrollen über dieselben zu führen, alle ad-

ministrativen Anordnungen selbständig zu treffen, Befehle zu erteilen, die Disziplin zu handhaben. Disziplinarstrafen zu verhängen. Diese Vollmacht hat Bezug auf alle Beamte der Gesellschaft in Deutschland wie in Afrika und sonst an anderen Orten, Zivilbeamte wie Militär und Militärbeamte usw.“

Selten wohl hat ein Mensch so eine weitreichende Vollmacht, die in Afrika Vollmacht über Leben und Tod von Tausenden von Menschen bedeutete, besessen. Wie sie zu handhaben war, das besagten u. a. die Richtlinien, die die Gesellschaft dem Regierungsbaumeister Hörnede für eine Expedition mitgab, und die Peters selbst als „typisch für unser damaliges Vorgehen“ bezeichnete. Es heißt da unter Punkt 6:

„Im allgemeinen wird ihm schnelles, kühnes und rücksichtsloses Handeln als dem Charakter der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft entsprechend, zur Pflicht gemacht.“

In einer ganzen Reihe von Expeditionen, die teils von Peters selbst, teils von anderen geführt wurden, wurde immer mehr Land der deutschen Kapitalherrschaft unterworfen. 1891 wurde Peters „Kaiserlicher Kommissar für Deutsch-Ostafrika“, blieb es allerdings nur zwei Jahre lang. Sein schroffes, eigensinniges Naturell war in der deutschen Bürokratie, die auch in den Kolonien üppig zu wuchern begann, unmöglich. Einen ihm angebotenen Posten als Landeshauptmann für die Gebiete am Tanganjikasee lehnte er — wohl weil er seinem Stolz und seiner Eitelkeit nicht genügte — ab. So wurde er „zur Disposition“ gestellt.

Am 13. März 1886 erhob im Reichstag Bebel seine schweren Anschuldigungen gegen die kolonialen Methoden des Dr. Karl Peters. Die Angriffe führten zu einer gerichtlichen Untersuchung, die mit der Entlassung von Peters aus dem Reichsdienst endete. Peters ging zunächst gekränkt nach England. In seinem Buch über „Die Gründung von Deutsch-Ostafrika“ sucht er sich gegen die gegen ihn erhobenen Angriffe zu verteidigen. Er sagt, es habe sich für ihn „von Anfang bis zu Ende um die bittere Pflicht der Selbstverteidigung“ gehandelt. Seltsam fürwahr! Wir könnten die Selbstverteidigung anerkennen, wenn Peters in Berlin oder in der Lüneburger Heide von Regern angefallen wäre. Aber war er nicht — schwer bewaffnet — nach Afrika gezogen, um die dortigen Völker dem europäischen, dem deutschen Kapital zu unterwerfen? Wer war da in der „Notwehr“, wenn man schon mit diesem Begriff des modernen Rechts arbeiten will? Höchstens doch die Eingeborenen, die Peters angriff.

Weiter aber meint er, diejenigen, die seine Eingeborenenpolitik angegriffen hätten, kennten „den Regier nicht als das brutale Vieh, als welches er aus den Händen der Natur hervorgegangen ist“. Wir werden auf diese Frage später noch bei anderer Gelegenheit zurückkommen, und stellen hier nur — als Beispiel für die „menschliche, nicht-brutale“ Gesinnung des „Europäers“ Peters — den Grundsatz seiner Politik gegenüber. Er schreibt:

„Ich habe gefunden, daß diesen Völkern nur die männliche Energie und, gegebenenfalls, rücksichtslose Gewalt imponiert. . . Gebe ich einem schwarzen Häuptling einen Ochsen, so wird er sofort geneigt sein, mir meine ganze Herde wegzunehmen; gebe ich ihm aber einen Stieb mit der Peitsche, so wird er geneigt sein, umgekehrt mir Ochsen zum Geschenk zu machen. Dies bringt die Sache auf die kürzeste Formel.“ (A. a. D. S. 252—53.)

Für Peters ist der Regier nur ein Tier, das reden kann. Das kommt ganz deutlich zum Ausdruck, wenn er in einer Biographie Paul Krügers schreibt:

„Wenn er ein Schriftsteller gewesen wäre, so hätte er Bände mit seinen Kämpfen gegen Kaffern, Büffel, Elephanten und Löwen füllen können.“ („Afrikanische Köpfe“ Berlin 1915. S. 43.)

Die Kaffern stehen hier auf einer Stufe mit „anderem Getier“. Daß Peters selbstverständlich ein leidenschaftlicher Verteidiger der — wenn auch maskierten — Sklaverei war, werden wir an anderer Stelle noch sehen. Hier mag das Gesagte genügen.

Deutsch-Südwest.

War die Gründung der größten deutschen Kolonie eine Tragödie, so ist die Gründung der ersten deutschen Kolonie Süd-Westafrikas eher eine Groteske — der allerdings eine bitterernste Tragödie folgen sollte.

Durch Verträge vom 1. Mai und vom 25. August 1883 kaufte ein Beauftragter des Bremer Kaufmanns Lüderix namens Vogelgang einen großen Landstreifen an der Südwestküste Afrikas von dem Nama-Kapitän Joseph Frederik von Bethanien. Als Preis wurde vereinbart 2000 Mark und 200 Gewehre. Außerdem stellten die Missionare, die den Vertrag vermittelten, die Bedingung, daß in das gekaufte Gebiet kein Alkohol eingeführt werden dürfe. Die 2000 Mark, ein lächerlicher Preis für das fünf Meilen breite Gebiet, wurden bezahlt. Die übrigen Vertragsbedingungen wurden nicht erfüllt. Und das kam so:

Die Gewehre lagerten an der Küste. Aber die Bethanier, die den Anspruch darauf hatten, holten sie nicht ab. Sie hatten gesehen, daß es veraltete, auch für sie vollkommen unbrauchbare Schießprügel waren. Alteisenhändler, an die sie sie höchstens hätten weiterverkaufen können, gab es damals in Deutsch-Südwest noch nicht. Was aus ihnen geworden ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

Noch seltsamer war es mit der anderen Bedingung. Als der erste Gouverneur von Südwest, Dr. Goering, einen Besuch bei Joseph Frederik in Bethanien machte, fand er ihn vollkommen betrunken. Betrunken? Ja, aber um Gotteswillen nicht von Schnaps! Den gab es natürlich nicht. Er trank nur Parfüm aus einer Parfümflasche, auf deren Etikette zu lesen war „Eau de Breme“. Dies Eau de Breme unterschied sich allerdings nur durch Namen und Verpackung von gewöhnlichem Schnaps. Aber Lüderix hatte natürlich sein den Missionaren gegebenes Versprechen gehalten und — daß die Hottentotten sein gutes „Parfüm“ tranken, dafür konnte man ihn doch wirklich nicht verantwortlich machen!

So begann die deutsche Kolonialpolitik!

Lüderix erwarb weitere Landgebiete und wandte sich an das Auswärtige Amt des Deutschen Reiches mit der Bitte um Schutz für seine Erwerbungen. Am 25. April 1884 wurde der deutsche Konsul in Kapstadt telegraphisch beauftragt, den kapländischen Regierungen mitzuteilen, daß

„die Erwerbungen des Kaufmanns Lüderix unter dem Schutz des Deutschen Reiches ständen“.

Damit stellte sich die deutsche Regierung offen hinter die betrügerischen Geschäfte des Herrn Lüderix und wurde so — eine Kolonialmacht.

Im Oktober 1884 schickte der erste deutsche Reichskommissar, Dr. Nachtigall, einen Bevollmächtigten zu Maharero Tjamuhaha, dem damals mächtigsten Kapitän der Hererostämme, um mit ihm einen Schutzvertrag abzuschließen. Der aber lehnte glatt ab. Er erklärte, die ganze Küste sei sein Eigentum; die Deutschen hätten dort nichts zu suchen, und wenn sie sich dort niederlassen wollten, so hätten sie erst ihn und seine Unterkapitäne um Erlaubnis zu fragen! Inzwischen sandte die englische Kapregierung einen sehr gerissenen Vertreter, namens Palgrave, der Mahareros Mißtrauen gegen die Deutschen noch stärkte.

Aber kurze Zeit darauf wurde der frühere Missionar Pastor Büttner nach Nachtigalls Tode als Bevollmächtigter des deutschen Kaisers nach Südwest geschickt. Ihm gelang es auch, dank dem Vertrauen, das die Herero vielfach den Missionaren

entgegenbrachten, mit einer ganzen Reihe von Kapitänen „Schutz“-Verträge abzuschließen. Im Oktober 1885 kam Büttner in Okahandja bei Maharero an; fast gleichzeitig traf auch der neue Reichskommissar Dr. Goering ein, der später der erste Gouverneur der Kolonie wurde. Maharero protestierte zunächst gegen alle abgeschlossenen Verträge; er beschwerte sich darüber, daß die Deutschen seinen Leuten das Land wegnehmen wollten. Auch hatte inzwischen der Engländer Lewis von ihm eine Generalkonzession auf alle Erze des Herero-Landes erhalten.

Aber Maharero war gerade in höchst bedrängter Lage. Die Hottentotten, die alten Erbfeinde der Herero, standen wieder einmal im Kriegszustand. Ihr energischer, kluger Kapitän Hendrik Witboi war mit seinen Scharen bis dicht vor Okahandja vorgedrungen. Die deutschen Missionare taten Samariterdienste, halfen den Verwundeten, vermittelten auch zwischen den Kämpfenden. Dies Verhalten, vor allem während einer sehr erbitterten Schlacht gerade in den für die Verhandlungen entscheidenden Tagen, stimmte Maharero um. Am 21. Oktober 1885 wurde zwischen dem deutschen Kaiser und dem Oberkapitän der Herero Maharero Tjamuhaha, ein förmlicher Schutz- und Freundschaftsvertrag abgeschlossen. Die Unterzeichnung erfolgte im Hause des Missionars Diehl.

Der Vertrag war ein „Freundschafts“-vertrag. Wie die Freundschaft der weißen Männer aussah, zeigte sich bald. 1889 traf unter Hauptmann von Francois das erste deutsche Militär ein; bald legten die deutschen Soldaten in dem befreundeten Lande die erste Festung an, die „Wilhelmsfestung“ in der Nähe des für Handel und Verkehr wichtigen Ortes Djimbingwe. Das geschah, weil Maharero am 3. Oktober 1888 den Schutzvertrag gekündigt hatte. Das war natürlich sein gutes Recht, und wäre es den Deutschen jemals auf das Innehalten von Verträgen angekommen, so hätten sie damals sofort alle Beamten und alle Truppen aus dem Herero-Lande zurückziehen müssen. Natürlich dachten sie nicht daran. Und schließlich mußte auch Maharero die überlegene Macht der deutschen „Freundschaft“ anerkennen. 1890 erkannte er den „Schutz- und Freundschaftsvertrag“ wieder an.

Inzwischen — in der Zeit, wo der Vertrag nicht bestand! — war Francois zum Gouverneur ernannt worden. Er verlegte den Sitz der Regierung nach Windhuk, das er als angeblich herrenloses Land einfach in Besitz nahm. Tatsächlich gehörte der Platz zum Gebiet der Herero. Vergebens protestierte Samuel Maharero, der Sohn und Nachfolger des 1890 gestorbenen Maharero Tjamuhaha, gegen diesen offenen Raub, der in offenbarem Widerspruch zu dem Schutzvertrag stand. Die Deutschen, gestützt auf ihre überlegene „Kultur“, ihre Kolonialtruppen, die inzwischen kräftig vermehrt worden waren, und ihre Missionare, kümmerten sich nicht mehr darum. Sie waren die „Herren im Lande“.

Vielleicht ist schon damals in Samuel Maharero der Gedanke aufgetaucht, den er 14 Jahre später zu verwirklichen suchte, der Gedanke des Befreiungskampfes gegen die deutschen imperialistischen Räuber.

Aber der Raub von Windhuk war nur der Auftakt. Es folgten weitere Gewalttaten und Räubereien.

Die Herero kannten, wie alle Nomadenvölker, kein „Privateigentum“ an Grund und Boden. Die Weideplätze, vor allem die in Südwest so wichtigen Wasserstellen, gehörten der Allgemeinheit, dem Stamm. (Eine der Hauptursachen der ständigen Kriege zwischen den Herero und den Hottentotten waren die in den Grenzgebieten nie aufhörenden Streitereien um Wasser- und Weideplätze.) Diese Besitzform, die durchaus der Kulturstufe der Herero entsprach, mußte zu Zusammenstößen mit den Weißen führen, die vor allem Farm- und Ansiedlungsland haben wollten. Die Deutschen kamen mit ihrem kapitalistischen Verständnis der Dinge und sagten: Land, das niemandem gehört, kann jeder, der will, in Besitz nehmen. Und die Re-

gierung nahm alles Land in Besitz, das gerade nicht von den Hereros benutzt wurde. Regierungsbeauftragte kamen und maßen das Land nach Länge und Breite und erklärten, alles, was herrenlos ist, ist „Regierungsland“. Aber auf die Weise erhielt die Regierung noch nicht genug. Der Landhunger war unersättlich. Und so erfuhr man noch ein raffiniertes Verfahren zur Vermehrung des „Regierungslandes“. Hatte irgend ein Häuptling sich etwas zu schulden kommen lassen, so wurde er, wenn es gerade paßte, von der Regierung mit der Entziehung von Land bestraft. Irgend ein Verschulden aber ließ sich fast immer konstruieren, wenn man gerade ein bestimmtes Stück Land haben wollte.

Dann kamen auch noch die großen Landgesellschaften, die nicht nur Regierungsland kauften, sondern auf alle erdenkliche Art und Weise und meist mit Erfolg versuchten, den Eingeborenen weitere Landgebiete abzuschwindeln, abzuhandeln, zu rauben. Dabei kam den Herero ihre Lage gar nicht voll zum Bewußtsein. Ihnen fehlte vollkommen das Verständnis für den „Privatbesitz“ am Boden. Erst die Not, die immer mehr und mehr anwuchs, hat ihnen dies Verständnis eingehämmert.

Etwas seit 1900 werden die Anzeichen einer drohenden Katastrophe schon bemerkbar. Und dann werden sie von Jahr zu Jahr deutlicher und deutlicher. Immer offener zeigt sich die wachsende Erbitterung und Verzweiflung der Herero. 1901 schon erhält der Gouverneur Ventwejn eine Eingabe von den bedeutendsten Großleuten der Herero.

In der Eingabe heißt es: „Aber nun, geehrter Herr Gouverneur, wo sollen wir bleiben, wenn unser ganzer Fluß und alles Land uns abgenommen wird? Anbei legen wir ein Verzeichnis aller Wersten (südafrikanisches Wort etwa gleich Farm), welche im Gebiet von Otjituepa und Omirava liegen. Diese alle tränken ihr Vieh im Weißen Kossob. Und so fragen wir nochmals: Wo sollen alle diese Leute hin? Wir sehen mit Entsetzen, wie ein Platz nach dem anderen in die Hände der Weißen übergeht, und bitten daher unseren geehrten Herrn Gouverneur untertänigst, doch weiter keinen Verkauf hier im Gebiete des Weißen Kossob zu genehmigen und alles Land, welches noch nicht verkauft ist, zu einem großen Herero-Reservat zu machen.“

Der letzte Gedanke ist wohl auf den Einfluß der Missionare zurückzuführen, die überhaupt mehr und mehr anfangen, die Herero in ihrem Kampfe gegen die Landräuber zu unterstützen, natürlich nur im Rahmen der staatlich genehmigten Grenzen. Und das war sehr wenig! Die Missionare erkannten mit Schrecken, welchen Judas-Dienst sie den Herero-Stämmen mit der Vermittlung des Schutzvertrages erwiesen hatten. — Allerdings wäre früher oder später das Land auch ohne die Vermittlung der Missionare den Weißen zum Opfer gefallen.

Ohne die letzten Gründe der Kolonialpolitik im kapitalistischen Wirtschaftssystem selbst zu erkennen, wandten sich die Missionare immer wieder an das „Gerechtigkeitsgefühl“ des Gouverneurs, an Anstand und Recht, und hofften, damit etwas erreichen zu können.

Die Offiziere, die später die Geschichte der Herero- und Hottentottenkriege schrieben, dachten erheblich realistischer. In diesem Werk schrieben sie mit brutaler Offenheit und Zynismus:

„Der große unvermeidbare Konflikt mit den Eingeborenen mußte früher oder später kommen, wollte anders nicht Deutschland auf eine wirtschaftliche Erschließung des Landes verzichten. Wer hier kolonisieren wollte, mußte erst zum Schwert greifen und Krieg führen aber nicht mit kleinlichen Mitteln, sondern mit starker, achtungsgebietender Macht bis zur völligen Niederwerfung der Eingeborenen. Erst dann war eine wirkliche Kolonisierung des Schutzgebietes möglich.“

Der Generalstab sieht die Dinge hier klarer, nüchterner als die Missionare sie je gesehen haben. Der Zusammenstoß einer kapitalistischen Großmacht mit den Herero-Stämmen mußte zu einer Katastrophe für die Herero-Völker werden.

Noch zynischer als der Generalstab sprach ein Farmer es aus, der am 24. Januar 1904, also wenige Wochen nach Ausbruch des Aufstandes, in einem Brief nach Deutschland schrieb:

„Dieser Krieg, so gräßlich er ist, wird den Anstoß zu einer wirklich rationalen Erschließung der Kolonie geben, denn wir (die Farmer!) erhalten die besten Gebiete und das nötige Vieh dazu.“ — — —

Bis zum Aufstand waren die Maßnahmen der Regierung den Farmern meist zu „schlapp“. Die Klagen über die „negerfreundliche“ Haltung des Gouverneurs hören nicht auf!

Als 1903 der Reichskanzler v. Bülow eine Verfügung erließ, die verhindern sollte, daß die Herero durch die immer mehr zunehmenden Zwangsvollstreckungen vollkommen dem Untergange preisgegeben würden, — denn man hoffte, langsam die Herero zu „brauchbaren“ Arbeitern zu erziehen —, da schrieb die „Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung“:

„Einseitiger Schutz der Eingeborenen mit Hintanzetzung der Interessen des weißen Gläubigers nicht nur, sondern des Weißen überhaupt ist der in den wichtigsten Bestimmungen hervortretende Grundzug der Verfügung.“

Es war nämlich schon fast zur Regel geworden, daß die weißen Händler ganz systematisch die Herero-Kapitäne zum Schuldenmachen veranlaßten — vor allem vielfach für den begehrten Alkohol — und ihnen dann im Wege der Zwangsvollstreckung den Boden abnahmen, oder sie veranlaßten, Verträge zu unterzeichnen, über deren Bedeutung sich die Eingeborenen lange Zeit nicht klar waren. Ebenso wurde ihnen ihr Vieh für Preise gepfändet, die einer „entschädigungslosen Enteignung“ gleich kamen. Mancher Herero- und Hottentottenkapitän ist damals von den gleichen Kreisen unberechtigtweise entschädigungslos enteignet worden, die jetzt die berechtigte Forderung der Fürsten-Enteignung in Deutschland als „Raub“, „Diebstahl“, „Bolschewismus“ usw. bezeichnen.

Der amtliche Jahresbericht der Regierung für 1900—1901 gibt an, daß im Jahre 1898 nur zwei Farmen mit rund 20 000 Hektar Land in Betrieb genommen seien; 1899 waren es schon 10 Farmen mit 75 000 Hektar, 1900 21 Farmen mit 159 000 Hektar Land. Dieser Bericht betont aber, daß er nur die auf Regierungsland angelegten Farmen, nicht die Landkäufe im Gebiet der Eingeborenen berücksichtigt. 1903 gibt eine Zusammenstellung an, daß von den 835 000 Quadratkilometer Land Deutsch-Südwest-Afrika 441 000 Quadratkilometer zu „Regierungsland“ erklärt, 243 800 Quadratkilometer an „private Gesellschaften“ vergeben und nur 150 000 Quadratkilometer den „Eingeborenen“ belassen sei. Auch in diesem letzten Teil drangen die Deutschen mehr und mehr ein. (Diese Zahlen beziehen sich auf das Gesamtgebiet der Kolonie; im Hereroland, wo der günstige Farmboden vorhanden war, war die Lage verhältnismäßig noch ungünstiger.)

Ein Herero namens Johannes schrieb an einen Weißen, den Missionar Eich in Waterberg:

„Die Deutschen haben uns das Land genommen. Ein Platz nach dem anderen ist in ihre Hände übergegangen, und kürzlich wurde uns gesagt, daß uns nur ein kleines Stück Land in der Omahake (der Sandwüste, in der später die Deutschen die Herero mit Weibern, Kindern und Vieh verdursten ließen) gelassen würde; auf das übrige Land dürsten wir unseren Fuß nicht mehr setzen. Das konnten wir nicht mehr länger ertragen; es war doch unser Land! Dann haben uns die Händler unser Vieh geraubt durch List und unehrlichen Handel. Das wollten wir nicht

länger dulden. Und endlich sind viele von unseren Leuten von den Deutschen mißhandelt und getötet worden, und wir sahen kein gerechtes Gericht."

Im März-April 1903, kaum ein Jahr vor Beginn der Katastrophe, war Leutwein in Deutschland, wo er seinen Urlaub verbrachte, gleichzeitig führte er Verhandlungen wegen verschiedener Fragen mit dem Reichskolonialamt in Berlin. Sein Vertreter war Hauptmann v. Estorff, der Typ des „schneidigen“ Kolonialoffiziers. Er genehmigte in Abwesenheit Leutweins die Ausfuhr von Arbeitern, und zwar von Herero-Leuten nach Johannesburg, in die Minenfelder Transvaals. Die Erlaubnis erhielt ein Engländer Hewitt, der Vertreter der „Native Labour-Association“ war. Die „Native-Labour-Association“ war eine ausgesprochene Sklavenhändler-Organisation.

Als Leutwein zurückkehrte, widerrief er sofort die Zustimmung zu dem Vertrag, aber — bei diesem Widerruf blieb es auch. Praktisch geschah nichts. Die Berber Hewitts arbeiteten ruhig und ungestört unter dem Schutz der schwarz-weiß-roten Fahne weiter. Am 19. September 1903 ging der erste Transport Herero-Arbeiter nach den Minen der Lancaster Gold-Bergbau-Gesellschaft ab. Ende Oktober kam der Transport in den Minen an; schon nach kaum einem Monat, am 26. November, kam es dort zu den ersten Unruhen, zum ersten Aufstand der exportierten Arbeiter. Am 20. Dezember ging abermals ein Transport von 500 Arbeitern aus dem Herero-Lande nach den Minen ab. Von beiden Transporten wird behauptet, daß die Herero sich „freiwillig“ hätten anwerben lassen. Dazu scheint in Widerspruch zu stehen, daß es in den Gruben sehr schnell zu schweren Herero-Unruhen kam. Zum mindesten haben die Leute überhaupt nicht gewußt, zu welchem Zweck sie angeworben wurden.

Die deutsche Regierung aber gestattete nicht nur den Sklavenhandel, sie ließ sich auch in der raffinierten Form der „Rückkehr-Garantie“ für jedes ihrer verkauften Landeskinder 300 Mark bezahlen; und diese armen „Landeskinder“ mußten sich dann ihren eigenen Kaufpreis noch vom Lohn abziehen lassen!

Und all das geschah, nachdem Leutwein als Gouverneur den betreffenden Vertrag widerrufen und für ungültig erklärt hatte; den Berbern geschah nichts; die Sklaven wurden im deutschen Hafen unter deutscher Zollkontrolle verprachtet; die deutsche Regierung nahm die „Garantie“-Gelder entgegen!

Der Hauptgrund, der die Regierung zu ihrem Handeln veranlaßte, war die Furcht vor der immer mehr zunehmenden Unruhe der Herero-Stämme. Aus allen Ecken des Landes kamen alarmierende Nachrichten. Die Regierung erwog mehr als einmal eine allgemeine Entwaffnung der Herero. Aber diese Entwaffnung war sicher nicht ganz einfach durchzuführen; denn es war so gut wie sicher, daß kein Herero-Mann freiwillig sein Gewehr abgeben würde. Da schien es der Regierung ganz nützlich, wenn eine möglichst große Zahl gerade der kräftigsten Männer nicht im Lande seien. Kurz vor Ausbruch des Aufstandes, als an die Stelle der „freiwilligen“ Anwerbungen zwangsweise Transporte traten, wurde das offen ausgesprochen.

Die „Otavi-Minen- und Eisenbahn-Gesellschaft“, deren Papiere an den europäischen Börsen als erstklassig galten, hatte gerade 600 Herero zum Bahnbau in der Kolonie selbst angeworben, als der Aufstand ausbrach. Am 28. Januar 1904 berichtete nun die „Deutsche Kolonialzeitung“:

„500 bereits angeworbene Herero-Arbeiter sind sicherheits halber an südafrikanische Minengesellschaften überlassen (!) und bereits nach dort unterwegs.“

Wer die Otavi-Minengesellschaft ermächtigt hat, 500 am Aufstand noch vollständig unbeteiligte Männer gegen ihren eigenen Willen als Arbeitsklaven zu verkaufen und zu exportieren, ist niemals festgestellt worden. Ebenso ist wohl niemals

festgestellt worden, ob auch für diese 500 Arbeiter je 20 Mark Ausfuhrprämie und je 300 Mark Rückkehr-Garantie-Summe gezahlt wurden.

Die „Otavi“ hat überhaupt bei dem Ausbruch des Aufstandes eine reichlich dunkle Rolle gespielt. Am 15. März 1903 war der Otavi-Vertrag abgeschlossen der der Gesellschaft Konzessionen auf den Bau einer Eisenbahn von Swakopmund nach den Otavi-Minen gab. Die Rechtskräftigkeit dieses Vertrages wurde 1903 aus verschiedenen Gründen bestritten. Ohne sich um diese Frage viel zu kümmern, nahm die Gesellschaft im Herbst 1903 den Bau der Bahn in Angriff. Das bedeutete für die Herero-Stämme, durch deren Gebiet die Bahn gehen sollte, eine starke Provokation. Die „Otavi“ brauchte nämlich für ihre Bahn Ländereien, die ihr nicht gehörten, sondern zweifellos Eigentum der Herero waren. Die Gesellschaft begann aber den Bahnbau, ohne sich auch nur mit den Kapitänen und Großleuten der betreffenden Stämme in Verbindung zu setzen. Hatte sie — wie damals vermutet wurde — bereits Garantien, Zusicherungen der Regierung, die ihr Verhandlungen mit den „Eingeborenen“ überflüssig machten? Oder suchte sie etwa, die Herero zu reizen, um der Regierung einen willkommenen Anlaß zum Einschreiten zu geben? Die Herero wurden jedenfalls aufs höchste beunruhigt; es kam nämlich hinzu, daß gerade damals die Regierung die Landfrage neu aufgerollt hatte. Durch Erlasse des Gouverneurs vom 13. Oktober und 8. Dezember wurden die Reservate für die Herero von Okahandja, Otjimbibugue und Otoabis neu geregelt und — nach Ansicht wenigstens der Herero — verschlechtert. In einem dieser Gebiete, in Okahandja, brach der Aufstand aus!

Die Erbitterung und Verzweiflung der Hereros war gestiegen bis zum Siedepunkt.

Gerade in diesen Wochen kam es, durch das provozierende Verhalten eines deutschen Kolonialoffiziers hervorgerufen, zu einem Aufstand im äußersten Süden der Kolonie. Diese Gelegenheit ließen sich die Herero nicht entgehen. Der Gouverneur Leutwein scheint das gefühlt oder gewußt zu haben, denn ehe er in das Aufstandsgebiet im Süden abreiste, bat er ihm bekannte Damen in Windhut, das Schutzgebiet zu verlassen, da er schwere Zeiten kommen sähe. Gleichzeitig hielt er es allerdings nicht für notwendig, irgend etwas zum Schutz der vereinzelt wohnenden und viel mehr bedrohten Farmer zu tun. Der Herr Gouverneur war eben Skavaler, dem das Wohl der Damen offensichtlich mehr am Herzen lag als das Wohl der Farmer. —

Die Bondelswart-Hottentotten saßen im letzten Südostzipfel der Kolonie. Sie hatten zwar 1890 mit dem deutschen Kaiser einen „Schutzvertrag“ abgeschlossen, sich aber nie viel um die Verordnungen des Gouverneurs, um die Beamten der Verwaltung gekümmert. Auch mit weißen Farmern und Kaufleuten kamen sie in ihrer abgelegenen Ecke nicht viel zusammen. Ihre bedeutendsten Plätze waren Warmbad und Kalkfontein. Sie — die sich auch gegen die militärische Macht Hendrik Witbois zu wehren gewußt und ihn zurückgeschlagen hatten, fühlten sich nach wie vor als frei.

Das Werk des deutschen Generalstabs berichtet — nur vorsichtig andeutend — der Aufstand der Bondels (so werden sie meist nur genannt) sei dadurch ausgebrochen, daß diese sich der 1903 befohlenen Waffenablieferung widersetzt hätten. Aus diesem Grunde habe der Distriktschef von Warmbad, ein Leutnant W. Jobst, den Kapitän der Bondels Willem Christian verhaften wollen; dabei sei es zu offenen Widersehligkeiten, zur Ermordung des Leutnant Jobst, des ihn begleitenden Sergeanten und eines Farmers gekommen.

In Wirklichkeit war der Verlauf der Angelegenheit doch wesentlich anders. Es ist vielleicht schon bezeichnend, daß Oberst Leutwein, der dem Leutnant Jobst den üblichen phrasenreichen Nachruf schrieb, doch bei anderer Gelegenheit selbst von

dem „mutwillig hervorgerufenen“ Aufstand sprach und erklärte, wenn Jobst noch lebe, würde er ihn mit dem ersten Schiff nach Deutschland transportieren und vor ein Kriegsgericht stellen lassen!

Tatsächlich war es so gekommen: Jobst war der ausgesprochenste „Herren“-Mensch. Von den Bondels soll er einmal gesagt haben: „Je eher sich diese Leute totschauen, um so besser.“ Schon lange lag er in ständigem Kleinkrieg mit Willem Christian. Einmal hatte er ihm gedroht, er werde ihm die Berechtigung zum Kauf von Schnaps entziehen, was so viel bedeutet wie, er werde ihm die bürgerlichen Ehrenrechte nehmen.

In einer ziemlich nebensächlichen Angelegenheit bestrafte nun Willam Christian im Oktober 1903 einen Kaffer seines Gebietes mit der Buße von einem Bock. Der Kaffer, der die ständigen Reibereien zwischen dem Distriktschef und dem Kapitän kannte, beschwerte sich bei Jobst. Dieser, ein schneidiger Leutnant von 27 Jahren, zitierte Willem Christian vor seinen Richterstuhl. Dazu hatte er überhaupt kein Recht, denn er war kein Vorgesetzter des Kapitäns, sondern nur der Vertreter der deutschen „Schutzmacht“.

Willem Christian, im Gefühl seines Rechtes und in seinem sehr empfindlichen Stolz gekränkt, erschien nicht, schickte aber als Entgelt für den Bock 20 Mark, nach dortigen Preisen eine außerordentlich hohe Bezahlung; wurden doch Kühe bisweilen für 5 bis 10 Mark gepfändet! Zugleich schickte er seine Richter und ließ sich entschuldigen, er sei krank. Jobst — ließ die Richter als Geiseln verhaften und machte sich selbst mit drei Soldaten der Schutztruppe und zwei Farmern auf, um den Kapitän selbst zu holen. Der leistet Widerstand und wird — bei der Verhaftung — erschossen.

Die näheren Umstände sind — das ist bei derartigen Vorfällen fast immer so — nicht geklärt. Unbedingt steht fest, daß erst nach der Erschießung ihres Kapitäns den Bondels das Blut zum Kochen kommt. Schüsse knallen. Jobst selbst, ein Sergeant und ein Farmer fallen. Den übrigen gelingt es mit Mühe und Not, sich nach dem Regierungsgebäude durchzuschlagen. Von Keetmannshoop her kommt die 3. Feldkompagnie und besetzt Warmbad, befreit die im Regierungsgebäude eingeschlossenen. Aber die Bondels, die den Bruder des erschossenen Kapitäns zum Kapitän gewählt haben, weichen der Uebermacht aus; sie flüchten in das fast unzulängliche bergige Hinterland.

Am 21. November und am 10. Dezember werden in größeren Gefechten Teile der Bondels besiegt. Aber der Sieg genügt nicht. Die Vergeltung für das vergossene „kaiserlich-deutsche“ Blut verlangt mehr Blut. Leutwein selbst eilt mit dem größten Teil seiner Schutztruppe nach Süden. Er sieht eine Gelegenheit, die seit jeher allzusehr selbständigen Bondels zu unterwerfen. Im ganzen nördlichen Gebiet bleibt nur die 4. Feldkompagnie und eine sehr schwache Besatzung in Grootfontein. Sonst ist im ganzen Hereroland kein deutscher Soldat mehr; auch im Hottentottengebiet sind die Kräfte schwächer als sonst.

Diese Gelegenheit war so günstig, daß die Herero sie auch bei geringerer Erbitterung, als sie jetzt wirklich herrschte, ausgenutzt hätten. Hätten sich ihnen damals die Hottentotten unter ihrem Führer Hendrik Witboi angeschlossen, so wäre hier dem deutschen Imperialismus eine vernichtende Niederlage beschied gewesen. Aber Hendrik Witboi wollte einstweilen nicht. Samuel Maharero, der die Vorberreitungen in aller Heimlichkeit und Stille leitete, erkannte die Lage. Er wußte, was der Kampf bedeutete: Freiheit oder Untergang! Und für diesen Kampf suchte er die Hilfe des größten Kriegers des Landes, Hendrik Witboi, zu gewinnen.

Aber dieser Hilferuf war vergebens. Hendrik Witboi lehnte ab. Er wollte das

dem Gouverneur Lentwein gegebene Friedensversprechen halten. Mag sein, daß er das später bereut hat. Denn als Lentwein wegen seiner zu „schlappen“ Haltung abgesetzt und durch den Generalleutnant v. Trotha ersetzt war, als dieser den Krieg gegen die Herero zu einem brutalen Vernichtungskrieg machte, da erkannte H. Witboi — nun zu spät — welche Gefahr auch ihm drohte; da erst entschloß er sich, auch zu den Waffen zu greifen und „Drlog“ zu machen.

Am 12. Januar brach das Unwetter über Deutsch-Südwest-Afrika los.

Schon zwei Tage vorher, am Sonntag, den 10. Januar, war eine besondere Unruhe unter den Herero von Okahandja aufgefallen. In der Nacht vom 10. zum 11. kam eine größere Anzahl Männer dort zusammen, alle bewaffnet. Die meisten hatten Gewehre und reichlich Munition; einige trugen auch Kirris (Keulen). Der Verdacht wurde dadurch verstärkt, daß die Neuankommenden nicht den gewohnten Weg nahmen, sondern die Wohnungen der Weißen in großem Bogen umgingen. Auf Fragen gaben sie allerdings an, sie seien zusammengekommen, um mit Samuel Maharero und den Großleuten über die Wiederbesetzung einiger Häuptlingsstellen zu beraten.

Aus der Umgebung liefen weitere beunruhigende Nachrichten ein.

Am Montag nachmittag fanden noch einmal Verhandlungen mit den Herero statt. Vergebens versuchte der Distriktschef Bürn die Herero zu bewegen, auf die deutsche Station zu kommen, sie waren klug genug, nicht in die Höhle des Löwen zu gehen!

An demselben Tage, an dem bei Okahandja die letzten Verhandlungen stattfanden, erließ Maharero folgenden Befehl an seine Großleute:

„Okahandja, den 11. Januar 1904. An alle Großleute meines Landes! Ich bin der Oberhäuptling der Herero, Samuel Maharero. Ich habe ein Gesetz erlassen und ein rechtes Wort und bestimme es für alle meine Leute, daß sie nicht ihre Hände legen sollen an folgende: Nämlich Missionare, Engländer, Bastard, Bergdamra, Buren. An diese alle legen wir unsere Hände nicht. Ich habe einen Eid dazu getan, daß die Sache nicht offenbar werde, auch nicht den Missionaren. Ich bin der Häuptling Maharero, Okahandja.“

Außerdem hatte Maharero auch streng befohlen, daß seine Leute Frauen und Kinder schonen sollten. Beide Befehle sind während der Kämpfe auch in den meisten Fällen befolgt worden; nur zwei Frauen kamen ums Leben; ein deutscher Farmer wurde gerettet, weil er fließend holländisch sprach und deshalb von den Herero für einen Buren gehalten wurde.

Während der Kriege verbreitete allerdings die deutsche Presse unermüdlich Greuelmeldung über Greuelmeldung. Manche davon spukt noch heute in den Köpfen sonst ganz vernünftiger Leute. Es war das ähnlich wie mit den vergifteten Brunnen, den abgehackten Händen und ähnlichen Spezialitäten zu Beginn des Weltkrieges. Die Herero zeigten sich Frauen und Kindern gegenüber erheblich humaner und menschlicher als man das von den deutschen Truppen sagen konnte!

Am Dienstag, den 12. Januar, kam es zum Ausbruch. Das erste Opfer war ein Händler Dickmann aus Okahandja. Sein Haus lag dicht beim Herero-Lager. Er und seine Frau, die sich auf die Militärstation in Sicherheit begeben hatten, wollten aus ihrer Wohnung noch etwas holen. Als sie dicht beim Herero-Lager waren, fielen plötzlich Schüsse. Frau Dickmann — eine der beiden getöteten Frauen — brach sofort tot zusammen; im nächsten Augenblick wurde ihr Mann mit Keulen und Gewehrkolben niedergeschlagen, ebenso ein Herr Künze, der die beiden begleitete. Ein Mädchen, das noch bei ihnen war, ließen die Herero ungehindert zur Station zurückkehren. Sie brachte dort die Nachricht, die — das erkannte man sogleich, den Ausbruch eines großen Kampfes bedeutete.

Die für den Dienstag aus Windhof angekündigte Verstärkung war bereits unterwegs, wurde aber von den Hereros zurückgeschlagen; es gelang ihr nicht, nach dem bereits abgeschlossenen Okahandja durchzudringen. Schon in den ersten Tagen zeigte es sich — was auch später immer wieder zu beobachten war — daß die deutschen Truppen — genau wie 1914 bis 1918! — jeden Vermittlungsversuch als „Verrat“ ansahen. Die Missionare, die vom ersten Tage an zu vermitteln suchten, wurden als Verräter angesehen. Und schon am ersten Tage der Kämpfe wurde die Missionsstation von Okahandja, obwohl sie in keiner Weise in der Kampfzone lag, von den deutschen Truppen beschossen. Die Mission erhielt den Dank für die „treuen Dienste“, die sie bei der „Kolonialisierung“ geleistet hatte.

In wenigen Tagen breitete der Brand sich fast über das ganze Herero-Land aus. Zuerst blieben einzelne Orte noch ruhig. Die ersten Boten Samuel Mahareros fanden keinen Glauben. Erst als die Nachrichten von der Einschließung Okahandjas durch die Aufständischen kamen und die Schlappe der Verstärkungstruppen, die von Windhof her Okahandja entsetzen wollten, schlossen sie sich den Aufständischen an. Von den anderen Volksstämmen Südwests (Ova-Ambo, Nama- und Damara-Stämme) stießen nur geringe Bruchteile zu den kämpfenden Hereros.

Die Kapitäne von Franzfontein und Bessfontein, die über den Eintritt in den Aufstand verhandelt hatten, aber noch nicht selbst in ihn eingetreten waren, wurden verhaftet. In der „Untersuchungshaft“ starben sonderbarer Weise beide in kurzer Zeit; ebenso starben „an den Folgen der Untersuchungshaft“ einige andere Männer dieser Stämme — es handelt sich um Hottentotten- oder Nama-Stämme —, die mit den Kapitänen verhaftet waren.

Die Bewohner von Franzfontein, die sich am Aufstand nicht beteiligt hatten, wurden für die nicht ausgeführten Pläne ihrer Kapitäne damit bestraft, daß ihnen ihr Land bis auf einen kleinen Teil Gartenland fortgenommen wurde, daß sie ferner kein Großvieh und nur eine beschränkte Stückzahl Kleinvieh halten durften.

Der Militarismus war entfesselt. Er suchte die Aufständischen zu vernichten, die noch Friedlichen mit brutaler Härte vom Aufstand abzuschrecken.

Am 13. Januar war die Einschließung Okahandjas vollendet. Aber zunächst wartete man auf beiden Seiten. Es war eine allgemeine Unsicherheit. Keiner wußte recht, wie stark der Gegner war. Erst als von allen Seiten sich Herero-Stämme den Aufständischen anschlossen, als auch einige, allerdings wenige Hottentotten (oder Nama, wie sie dort öfter genannt werden) und Ova-Ambo sich den kämpfenden Truppen zugesellten, da erst begannen diese scharfer vorzugehen.

Am 15. kam ein Bote der Belagerer zu dem Missionar Diehl und bat ihn, dem Kommandeur von Okahandja einen Brief zu überbringen. Der Brief, den Diehl auch übermittelte, enthielt eine vom Kapitän Duhandja, dem Onkel Mahareros, unterzeichnete Aufforderung, Frauen und Kinder aus der belagerten Festung herauszuschicken, damit sie ungehindert nach Deutschland zurückkehren könnten. Nach dem sonstigen Verhalten der Herero muß man annehmen, daß das Angebot durchaus ernst war. Gegen Frauen und Kinder zu kämpfen, so hieß es in dem Schreiben, erschien den Herero nicht schön. Der Kommandeur von Okahandja, Zürn, antwortete: „Ich werde Dir unsere Frauen und Kinder nicht schicken, da ich Dir nicht trauen kann.“

Auf Bitten der Missionare gestatteten die Herero diesen ohne weiteres, für die Frauen und Kinder in die belagerte Festung Milch, Eier und andere Erfrischungen zu bringen!

Auf dieses Verhalten antworteten die Deutschen später damit, daß sie erst die Herero und dann die Hottentotten in die Wüste trieben und dort mit Frau und Kind und Vieh verdursten ließen.

Ueber die Vernichtung der Hottentotten schreibt der Generalstab brutal unter der ironischen Ueberschrift: „Hendrik Witboi „bettelt“ um Wasser“:

„Infolge der aufs strengste durchgeführten Besetzung der Wasserstellen stieg die Not bei den Hottentotten aufs äußerste. Auf der erfolglosen Suche nach Wasser waren viele Hottentotten verdurstet. In welcher schlimmer Lage die Hottentotten waren, zeigt deutlich ein Brief Hendriks vom 19. Oktober, in dem der einst so stolze Kapitän den Major v. Vengerke flehentlich um Wasser für seine verdurstenden Frauen und Kinder bat. Major v. Vengerke lehnte dieses Ansinnen selbstverständlich ab. Nur den Weibern und Kindern gaben die mitleidigen deutschen Soldaten zu trinken, ehe sie sie wieder in die Kalahari (die Hungerwüste!) jagten.“

Dies Bild, wie die „mitleidigen“ deutschen Soldaten verdurstende Frauen und Kinder in die Wüstensteppe jagen, und daneben das Bild der „Barbaren“, die den Frauen in der belagerten Festung Milch und Eier zukommen lassen, sollte nie vergessen werden!

All den nationalen Heuchlern, die sich „moralisch“ über die englische Hungerblockade während des Krieges entrüsteten, und die gleichzeitig lothringische Erze an die französische Munitionsindustrie verschoben (über die Schweiz!), sollte man dies Bild vorhalten.

Es gelang den deutschen Truppen unter Hauptmann Franke, Okahandja zu entsetzen. Aber die Belagerung Okahandjas war nur ein Vorspiel zu den schweren Kämpfen, die mit allen ihren Auswirkungen von 1904 bis 1908 dauerten, also gerade ein Jahrzehnt der europäischen Massenschlächtereie vorausgingen.

Immer mehr Truppen wurden nach Südwest geworfen; immer noch blieb der erhoffte Erfolg aus. Immer neue Schwierigkeiten des Geländes, der Verpflegung, der Wasserversorgung, der Sicherung der rückwärtigen Verbindungen tauchten auf. Je mehr die Herero langsam nach Nordosten zurückgedrängt wurden, um so länger wurden die rückwärtigen Wege. Der Typhus wütete unter den deutschen Truppen. Die sanitären Maßnahmen waren durchaus ungenügend. Während der Kämpfe in Südwest sind erheblich mehr Soldaten an Krankheiten und Entbehrungen, an den Folgen der mangelhaften Verpflegung und Versorgung gestorben, als im Kampf gefallen sind.

Vor allem zeigte sich, daß man auf deutscher Seite die militärischen Fähigkeiten der Herero ganz erheblich unterschätzt hatte.

Es kam hinzu, daß der Gouverneur und Kommandeur der Schutztruppe Bentweien möglichst die „wertvolle Arbeitskraft“ des Hererovolkes erhalten wollte und darum die Hereros ermüden, zum Frieden bringen wollte, zu einem Frieden, der ihnen einige Lebensmöglichkeiten lassen sollte. Das aber paßte weder den landgierigen Farmern, noch auch den deutschen Kriegsspekulanten, die einen Krieg in großem Stil wollten, um an ihm möglichst viel zu verdienen. Diese „Herero-Kriegsgewinnler“ schildert Paul Frölich sehr treffend:

„Keine Kolonialpolitik ohne Korruption. Wenn sonst in Südwestafrika nichts gedieh, die Korruption schoß in die Halme. Die Truppentransporte waren Monopol der Woermann-Linie. Am Ende des Krieges stellte sich heraus, daß diese patriotische Firma das Reich nach Strich und Faden begaunert hatte. Die Transportfähre standen 40 Prozent über dem Durchschnitt. Allerhand andere Methoden, Betrug und Bestechung brachten allerhand Extra-Gewinne. . . . Das feinste Geschäft aber machte die Firma Lippelskirch u. Co. Diese hochchristliche Firma hatte seit 1895 das Monopol für alle Militärlieferungen nach Afrika. Sie nutzte das Monopol gehörig aus. Das Kolonialamt hatte Preise zu zahlen, die 40 bis 100 Prozent über den normalen Preisen lagen. Durch die Bestechung von Kolonialbeamten und Offizieren wurde die Möglichkeit geschaffen, große Posten von Waren

mehrere Male an die Kolonialverwaltung zu verkaufen. Es stank aus dieser Korruptionsskloake so sehr, daß schließlich kein Deckel mehr den Skandal verhindern konnte. Aber der Kalleffekt der Sache kam erst, als bekannt wurde, daß Herr v. Tippelskirch nur ein harmloser Strohmann war, der nur Bettelpfennige von dem Riesenbetrug abbekam, daß aber der Hauptgewinner

der Statbruder Wilhelms 2.,

der Husarengeneral und Landwirtschaftsminister v. Podbielski war." (Note Fahne" 16. 11. 1925.)

Wie aber führten die Herero diesen Kampf? Einige Beispiele zeigen es uns.

In Otjofazu, östlich von Okahandja, brachten die Herero selbst die Frau des erschlagenen Farmers Külbel und dessen 2jähriges Kind auf die Station des Missionars Brockmann. Die Farm wurde zerstört, das Vieh teils geschlachtet, teils fortgetrieben; aber der Frau geschah nichts, wie Maharero es angeordnet hatte, obwohl sie selbst am Kampf um die Farm teilgenommen hatte. Sie hatte dabei sogar zwei Verwundungen (Schüsse an Kopf und Schulter) erhalten. Aber die Herero brachten sie nicht nur in Sicherheit, sondern — entschuldigten sich noch ausdrücklich bei ihr, ein bewundernswertes Zeichen für die Disziplin eines revolutionären Volkes.

Auf dieselbe Station brachten die Herero wenige Tage später die Frau Bremen aus Otjozonjati mit fünf Kindern. Wegen der großen Kinderzahl hatten sie der Frau sogar gestattet, sich einige Milchkühe und einiges Kleinvieh mitzunehmen!

Ihrem Mann allerdings, der einer der größten Herero-Schinder gewesen sein soll, ging es schlecht. Er wurde ausgezogen und mit Knütteln totgeschlagen. Immer mehr füllte sich die Station des Missionars Brockmann mit Flüchtlingen. Eines Abends kam der Bastard Campbell mit etwa 20 Bewaffneten und forderte die Herausgabe der weißen Frauen für sich und seine Krieger.

Der Missionar benachrichtigte in höchster Not durch einen geheimen Boten den in der Nähe befindlichen heidnischen, aufständischen Kapitän Johannes, der verwundet vom Kriegsschauplatz zurückgekommen war; dieser kam sofort mit Herero-Kriegern und rettete nicht nur die bedrohten Frauen, sondern räumte ihnen auch für die Nacht in seiner eigenen Werst Platz ein, wo sie außer vom Ungeziefer von niemandem belästigt wurden. —

Ein Missionar, der den Mut besaß, den ganzen Aufstand im Lager der Aufständischen mitzumachen, der Missionar Kuhlmann, berichtet, daß auf seine Frage, warum sie zu den Waffen gegriffen hätten, ein junger Herero ihm seine Zahnlücke gezeigt und gesagt habe: „Muhonge (Lehrer), siehst du dort die Lücke? Die hat mir der Händler von Oviombo geschlagen.“

Erstaunlich ist, wie scharf die Herero die Stellung Leutweins erkannten. Ein Mann sagte zu Kuhlmann: „Sage dem Herrn Gouverneur, er soll uns die Händler S. und B. herausgeben, damit wir sie im Feld erschlagen; die haben uns zu sehr gequält. Der Herr Gouverneur ist ein guter Mann; gegen ihn haben wir nichts. Aber er ist unter dem Willen anderer, denen er immer zu Willen sein muß.“

Schärfer kann die Tatsache, daß die Regierung nur der Funktionär der herrschenden Klasse ist, kaum ausgedrückt werden.

Leutwein hatte versucht, die Herero zu zermürben und zum Frieden und zur Unterwerfung zu bringen. Sein Nachfolger Trotha ging brutal darauf aus, sie zu vernichten. Unter rücksichtsloser Ausnutzung aller Hilfskräfte, unter schärfsten Anforderungen an sein „Menschenmaterial“, die Kolonialsoldaten und die Freiwilligen, gelang es ihm, die Herero am Waterberg einzuschließen.

Ein breiter Kreis von 40 Kilometer Länge umzog das Lager, in dem die Herero sich mit Frauen und Kindern, mit ihrem Vieh und ihrem ganzen Wagenpark befanden. Schon wartete man fast stündlich auf die Meldung des vernichtenden Sieges. Trotha holte zum gewaltigen Schlage aus und — schlug fehl. Die Herero haben hier, kurz vor ihrem Untergang noch einmal ein Meisterstück vollbracht. Der Ring war zu weit gewesen. Das hatten die Herero erkannt und sofort ausgenutzt. An mehreren Stellen fast gleichzeitig und unbemerkt brachen sie aus der Einschließung aus; der ganze Troß, Frauen, Kinder, Wagen, Vieh, verließen das Lager am Waterberg. Die Männer blieben zunächst zur Deckung zurück, um dann — in der nächsten Nacht — ebenfalls unbemerkt den Ring der einschließenden Truppen zu durchqueren.

Am nächsten Morgen waren die Stellungen, aus denen die Hereros den Deutschen ihre tödlichen Schüsse entgegen geschickt hatten, leer.

Die deutschen Truppen waren zu erschöpft, um sofort die Verfolgung aufnehmen zu können. So flohen die Herero nach Nordosten weiter zur Sandwüste, zur Omahefe hin.

Wer heute mit einem der wenigen der überlebenden Herero spricht und dabei das Wort „Omahefe“ ausspricht, der kann es erleben, daß der Herero in eine ungeheure Erregung gerät. Schmerz, bittere Verzweiflung, Wut und Trauer würde er in den stärksten Formen erleben.

In der Omahefe grünt spärliches Buschwerk während der Regenperiode; dann aber verdorrt es wieder und die Steppe ist kahl und tot. Nur wenige Wasserstellen ermöglichen es in der trockenen Zeit, das Sandfeld zu durchqueren. Die Herero wußten, daß ihnen größere Truppenteile unmöglich in die Omahefe folgen konnten. Darum sahen sie in ihr ihre letzte Zuflucht.

Trotha aber mußte sich nun klar werden, was er weiter tun sollte. Eine militärische Verfolgung kam nicht in Frage. Sollte er den Herero, die vollkommen zermürbt waren und jeden einigermaßen annehmbaren Frieden angenommen hätten, den Frieden anbieten? Von mehr als einer Seite wurde ihm der Vorschlag gemacht. Er lehnte aber ab. Sein Rache- und Vernichtungsdrang war noch nicht befriedigt. Ihm schien die Zeit für den Frieden noch nicht gekommen. Allen Friedensvorschlägen, allen Vermittlungsangeboten gegenüber blieb er taub. Um seine Ablehnungen zu begründen, mußte er die allerfaulsten Ausreden suchen. In einem Bericht an den Chef des Generalstabs führt er aus, daß

„Friedensverhandlungen deshalb unmöglich seien, weil die Kapitäne sämtlich entweder tot oder landflüchtig oder durch ihre Untertanen während des Aufstandes zu sehr bloß gestellt seien, als daß die deutsche Regierung sich mit ihnen einlassen könne.“

Also: Weil niemand da ist, mit dem man „standesgemäß“ unterhandeln kann, darum muß das Morden weitergehen, müssen Tausende und Abertausende von Frauen und Kindern umkommen.

Was hätten die Gesinnungsgenossen des Herrn v. Trotha wohl gesagt, wenn 1918 im November die Entente erklärt hätte: Wilhelm ist geflohen; seine Generale sind zu sehr kompromittiert; mit Revolutionären können wir nicht verhandeln; obwohl wir also von Friedensliebe trieben, müssen wir mit blutendem Herzen weiter mit Tanks, Gas und Hungerblockade gegen das deutsche Volk kämpfen!

Die Herero hatten sich in die Omahefe geflüchtet, in der richtigen Erkenntnis, daß dort deutsche Kriegshandlungen unmöglich seien. Sie hatten aber dabei nicht an die Möglichkeit gedacht, daß Trotha gerade ihre Flucht in die wasserarme Gegend zu einer furchtbaren Waffe gegen sie umgestalten könnte. Das tat er, indem er auf jede Verfolgung verzichtete und sich damit begnügte, die Wasserstellen zu be-

setzen und die Herero von ihnen abzuschließen, sie so der Wüste, der Sonnenhitze und dem Durst überlassend.

Im August 1904 waren die Herero der Umklammerung am Waterberg entgangen. Dann flohen sie in die Omahaka. Im Februar 1905 durchquerte die erste deutsche Patrouille unter Oberleutnant von Schweidnitz das Sandfeld. Schweidnitz berichtete darüber:

„Von Odowu an bezeichnete ein im Omeramba ausgetretener Fußpfad, neben welchem Menschenhädel und Gerippe und Tausende gefallenen Viehs, besonders Großvieh, lagen, den Weg, den anscheinend die nach Nordosten entwichenen Herero genommen haben. Besonders in den dichten Gebüsch am Weg, wo die verdurstenden Tiere wohl Schutz vor den versengenden Strahlen der Sonne gesucht hatten, lagen die Kadaver zu Hunderten neben- und übereinander. An vielen Stellen war in 15 bis 20 Meter tiefen aufgewühlten Löchern nach Wasser gegraben. Alles läßt darauf schließen, daß der Rückweg ein Zug des Todes war. .“

Ein anderer Teilnehmer der Kämpfe berichtet:

„Die mit eiserner Strenge durchgeführte monatelange Absperrung des Sandfeldes vollendete das Werk der Vernichtung. Die Kriegsberichte des Generals v. Trotha aus jener Zeit enthalten keine Aufsehen erregenden Meldungen. Das Drama spielte sich auf der dunklen Bühne des Sandfeldes ab. Aber als die Regenzeit kam, als sich die Bühne allmählich erhellte und unsere Patrouillen bis zur Grenze des Betschuanalandes vorstießen, da enthüllte sich ihren Augen das grauenhafte Bild verdurstender Heerzüge. Das Röcheln der Sterbenden und das Wutgeschrei des Wahnsinns, sie verhalten in der erhabenen Stille der Unendlichkeit.“

Und das Werk des deutschen Generalstabs über die Vernichtung der Herero-Stämme schließt mit den Worten:

„Das Strafgericht hatte sein Ende gefunden. Die Herero hatten aufgehört, ein selbständiger Volksstamm zu sein.“

Kümmerliche Reste des Volkes wurden später in Konzentrationslagern gesammelt. Aber auch hier fehlte es am Nötigsten. In feuchtem, ungesunden Klima mußten die Konzentrierten oft lange ohne Decken, ohne Unterlage, ohne schützendes Dach im Freien schlafen; so war die Krankheitszahl und die Zahl der Todesfälle in den Lagern eine erschreckend hohe. Man hatte den Missionaren, die es übernommen hatten, die zersprengten Reste des Volkes zu sammeln, bestimmte Zusagen über Unterkunft, Verpflegung und Haltung der zu Internierenden gemacht. Diese wurden in vielen Fällen nicht gehalten!

Im ganzen wird geschätzt, daß über drei Viertel des ganzen Hererovolkes, über 60 000 Menschen, Männer, Frauen und Kinder, hier dem deutschen Imperialismus zum Opfer gefallen sind.

Inzwischen aber war den deutschen Eroberern ein neuer, noch gefährlicherer Gegner entstanden: Hendrik Witboi hatte sich erhoben.

Hendrik Witboi ist ohne Zweifel eine der interessantesten Gestalten unter den vielen seltsamen, mächtigen und imposanten Erscheinungen Afrikas. Selbst der König Menelik, der Zweite, von Abessinien, der die Italiener 1896 vernichtend schlagen konnte, reicht an politischem Weitblick und militärischen Fähigkeiten nicht an Hendrik Witboi heran.

Hendrik Witboi stammt aus der alten Fürstendynastie der Witbois. Aber als sein Vater, Moses Witboi, regierte, waren die Hottentottenstämme zersplittert und uneinig. In langen inneren und äußeren Kämpfen — vor allem gegen die Herero —, aber auch, indem er seine Gegner rücksichtslos beseitigte, so z. B. den gewaltigen Krieger Jan Jonker vergiften ließ, erreichte Hendrik Witboi eine Eintigung der Hottentottenstämme. Nicht mit Unrecht hat man ihn deshalb den „schwarzen Bis-

mark“ genannt, wie man ihn auch wegen seiner militärischen Fähigkeiten den „schwarzen Napoleon“ genannt hat.

Als die Deutschen in Südwest landeten, war er etwa 60 Jahre, aber noch ein tüchtiger Krieger, ein guter Reiter, ein sicherer Schütze.

Lange Zeit wagte sich die deutsche Herrschaft nicht an ihn heran. Er selbst hat sich nie als deutscher Untertan, sondern immer nur als Verbündeter und Freund des Kaisers gefühlt. Leutwein führte mit ihm Krieg. Er wurde aus Gibeon, seiner Residenz, vertrieben, und setzte sich in seiner Bergfestung Hornkranz fest. Nach langem Mühen wurde die Feste gestürmt, aber — Hendrik war im letzten Augenblick zu Pferde entkommen. Nur seine Tochter wurde gefangen genommen, die bis dahin den Vater in allen Kriegen begleitet hatte. Sie ließ sich durch ihre Gefangennahme durchaus nicht einschüchtern, sondern machte den Offizieren schwere Vorwürfe, daß sie das Land ihres Vaters mit Krieg überzogen hätten und vor allem in so früher Morgenfrunde gekommen wären. Als ein Offizier ihr antwortete, ihr Vater habe Ähnliches doch auch oft gemacht, sagte sie, als sei es das Selbstverständliche auf der Welt: „Mein Vater ist auch der König des Landes; er darf Dinge tun, die Ihr fremden Eindringlinge deshalb noch lange nicht tun dürft.“

Es ist eine der vielen Legenden der deutschen Geschichtsschreibung, daß Hendrik Witboi schließlich doch von den Deutschen besiegt worden sei. Er ist nie unterworfen worden. Der Vertrag, den er nach langen Kämpfen mit Leutwein abschloß, war durchaus keine Unterwerfung. Es wurde in das Belieben Hendriks gestellt, ob er seine Waffen abliefern wollte oder nicht; die Deutschen aber verpflichteten sich nicht nur, ihm etwa abgelieferte Waffen mit einem recht guten Preise zu bezahlen, sondern auch ihm für die Militärgewehre andere Jagdgewehre zu liefern. In den Gebieten der Hottentotten durfte kein deutscher Richter allein über einen Hottentotten richten.

Und als ein einziger es bei den Bondels versuchte, da entflammte dieser Versuch die ganze Kolonie.

Anfangs hielt Hendrik sich allerdings ruhig. Er hatte Leutwein den Frieden versprochen und er hielt ihn, solange Leutwein im Lande war. Erst als Leutwein abgesetzt wurde, fühlte Hendrik sich seines Versprechens entbunden. Es kam hinzu, daß immer wieder von Deutschen davon gesprochen wurde, daß nach der Unterwerfung der Hereros Trotha die Hottentotten vollkommen entwaffnen werde. Hendrik selbst erwähnt in seinem Brief an seinen Unterkapitän Jsaak, daß, nachdem schon Leutwein, sein Freund, fortgegangen sei, nun, wie er höre, auch der Bezirkshauptmann von Gibeon, Hauptmann v. Burgsdorff, „durch eine stärkere Hand“ (wörtlich bei Witboi) ersetzt werden solle. All das ließe ihm, dem nun Achtzigjährigen, einen Krieg für notwendig erscheinen.

Hinzu kam, daß er noch einmal seinen alten Traum, eine Vereinigung aller afrikanischen Völker zum Freiheitskampf gegen die Europäer, zu verwirklichen hoffte.

„Afrika den Afrikanern!“ Diese Parole wurde damals und schon früher von Hendrik Witboi ausgegeben.

Am 3. Oktober schickte er dem deutschen Bezirkshauptmann eine offizielle Kündigung seines Vertrages mit dem Deutschen Kaiser und zugleich die Kriegserklärung. Den Witboi-Hottentotten schlossen sich viele Stämme an: Die Franzmann-Hottentotten, die Veldschoendragers, die Bethanier und die Rote Ration. Zur Bekämpfung dieses neuen Feindes wurde Oberst Deimling nach Südwest entsandt.

Allerdings war es mit seinen militärischen Leistungen nicht weit her. Verschiedene Maßnahmen, die er, im Widerspruch zu den Plänen des Obersten Be-

fehls habers der Truppe, Trotha, versuchte, litten trotz scheinbarer Teilerfolge kläglich Schiffbruch.

Schließlich blieb den Deutschen, gegenüber der Begabung Witbois, nichts anderes übrig, als das bei den Herero bereits erprobte Mittel des Verdurstenlassens anzuwenden. Man drängte die Hottentotten in die Kalahari-Steppe, wo sie in größte Not gerieten. Vergeblich bat Hendrik um Wasser auch nur für seine Frauen und Kinder. Die „mitleidigen“ Deutschen lehnten es ab und jagten die Frauen, die zu ihnen kamen, wieder in die Steppe. Und bei all dem kam es immer zu neuen Kämpfen; immer wieder griff Hendrik die Deutschen an. Auf die Dauer wäre es den Hottentotten wohl ebenso ergangen wie den Herero, wäre nicht ein anderes tragisches Ereignis dazwischen gekommen und hätte eine Wiederholung der Tragödie in der Omahete verhindert.

In einem kleinen Gefecht wurde Hendrik Witboi von einem deutschen Geschos in den Oberschenkel getroffen.

Die Seinen heben ihn aufs Pferd und — in tausendem Galopp — geht es davon, der 80jährige, verwundet, mitten unter ihnen. Aber nicht weit geht der Ritt. Das Blut fließt ununterbrochen; die Kräfte lassen nach. Nach einer halben Stunde verblutet der alte Recke.

Seine letzten Worte richtet er an seinen Sohn Izaak Witboi: „Es ist jetzt genug. Mit mir ist es vorbei. Die Kinder sollen Ruhe haben.“ —

So starb Hendrik Witboi, einer der größten Vorkämpfer der Freiheit der unterdrückten Völker Afrikas.

Einzelne kleine Trupps der Hottentotten, vor allem unter Morenga und Simon Copper, führten den aussichtslosen Kampf weiter. Bis ins Jahr 1908 dauerte es, ehe Südwest wirklich wieder „ruhig“ war. Es war — im vollsten Sinne des Wortes — „die Ruhe des Kirchhofes“.

Die deutschen Imperialisten hatten das Land der Herero und der Hottentotten in ein Massengrab verwandelt.

Aber der Zweck war erreicht. Für die deutschen Siedler stand ausreißend Land zur Verfügung. „Die Landfrage ist durch den Aufstand und seine Folgen für Südwestafrika einer Lösung beträchtlich näher gerückt“, schrieb das „Jahrbuch der deutschen Kolonien 1908“. Schon am 26. Dezember 1905 war eine „kaiserliche Verordnung“ erlassen worden, daß das Stammesvermögen der Aufständischen eingezogen werden solle. Das erfolgte auch in weitem Maße. Neun Hottentottenstämme und viele Hererostämme wurden so vollkommen enteignet. Außerdem erhielten die „geschädigten“ Farmer Entschädigungen, die ihnen weitgehende Landkäufe ermöglichten. Im ganzen wurden für Entschädigungen an Weiße (ausschließlich Beamte und Militär) 10 Millionen Mark, an Eingeborene allerdings nur 10 000 Mark gezahlt. Das Land wurde verpachtet oder verkauft. Der Kaufpreis betrug 20 Pfg. bis eine Mark für das Hektar. Um diese Preise bewerten zu können, sei der Brief eines Südwest-Farmers angeführt, der — im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Bodenspekulation einiger Terraingesellschaften — 1903 geschrieben hatte: „Allerdings gibt es auch Leute, die wirklich meinen, der Grund sei nicht mehr wert als eine Mark pro Hektar. Die kennen aber Südafrika nicht.“

Also der Boden war mehr wert als durchschnittlich eine Mark pro Hektar und — auch dieser Preis konnte für Feldzugsteilnehmer noch um die Hälfte ermäßigt werden. Dabei mußte nur ein Zehntel angezahlt werden; der Rest wurde vom 6. Jahr ab in Raten getilgt.

Man konnte also (theoretisch, ob es praktisch vorgekommen ist, entzieht sich meiner Kenntnis) eine Farm von 20 000 Hektar für 2000 Mark bei 200 Mark Anzahlung erwerben. Die Landfrage war gelöst!

Deutsch-Kamerun.

Der Erwerb der drittgrößten deutschen Kolonie Kamerun ging verhältnismäßig ruhig von statten. Wie der Bremer Kaufmann Lüderitz in Südwest, so hatte hier der Hamburger Kaufmann Woermann vorgearbeitet. Allerdings gab es ein heftiges Wettlaufen mit den Engländern. Nur um fünf Tage kamen die Deutschen mit der Flaggenhissung den Engländern zuvor. Wenige Tage zuvor noch war das englische Kanonenboot „Goshawk“ in den Kamerunfluß eingelaufen, und der Kapitän hatte erklärt, er werde in einigen Tagen mit dem englischen Konsul wiederkommen, um die englische Flagge zu hissen. Die Häuptlinge sollten sich hüten, mit den Deutschen Verträge abzuschließen; andernfalls würden die Engländer sie absetzen und ihre Dörfer in Brand schießen.

Aber die beiden Duala-Häuptlinge Manga-Bell und Akwa kümmerten sich nicht darum, sondern traten unter deutsche „Schutz“-Herrschaft. Sie wußten damals noch nicht, daß die Deutschen sich skrupellos über die Schutzverträge hinwegsetzen würden; Manga-Bell konnte nicht ahnen, daß fast 30 Jahre später die Deutschen seinen Sohn Rudolf Bell „standrechtlich“ töten würden; er konnte nicht ahnen, daß dann sein Volk, die Duala, in ganzen Scharen zu den Engländern überlaufen und sie jubelnd als „Befreier“ begrüßen würde.

Zunächst aber folgte der Besitznahme die Epoche der „Befriedung“ der Kolonie. Es ist erstaunlich, mit welcher Offenheit zahllose Kolonialoffiziere immer wieder es als selbstverständlich hingestellt haben, daß die Grundlage eines „Schutz- und Freundschaftsverhältnisses“ zwischen Weißen und Eingeborenen einige Hundert oder tausend Tote sein müßten. Wenn man es nicht so machte wie Karl Peters, der nach seinen eigenen Berichten (in „Die Gründung von Deutsch-Ostafrika“) den „Gallas ein für allemal die Lust austrieb, sich mit uns zu messen“, sie „im Gefecht niederwarf und darauf mit ihnen einen Unterwerfungsvertrag machte“, oder die Massais so behandelte, daß „ihnen die Deutschenfurcht dauernd in den Knochen geblieben ist“, so hielt man es doch für selbstverständlich, daß nach „Abschluß des Freundschaftsvertrages“ zunächst einige Gewaltexpeditionen nötig seien. Noch in einem der neuesten Kolonialkalender schreibt Hauptmann Laasch:

„Wie zwischen den weißen Herren und Vorgesetzten und dem farbigen Diener oder Untergebenen das gute Einvernehmen erst dann hergestellt ist, wenn der letztere bei passender Gelegenheit eine Tracht Prügel beisehen hat, so ist es im großen und ganzen auch mit den einzelnen Stämmen.“ („Kolonialkalender 1927“, S. 102.)

Im „Jahrbuch der Deutschen Kolonien“ (1. Jahrg. 1908) äußern sich verschiedene Militärs über die deutschen Schutztruppen. Alle nehmen den gleichen Standpunkt ein.

Hauptmann Maerker: „Der Eingeborene wird stets nur der Gewalt weichen, und ganz besonders für Afrika gilt der Satz, daß nur aus dem Kampf der Friede keimt. — „Mit Millionenstämmen im ostafrikanischen Zwischengebiet z. B. ist es überhaupt noch nicht zu kriegerischem Zusammenstoß gekommen. Er steht uns noch bevor. (Von Maerker gesperrt!)“

Hauptmann Stieber: „Bis in die allerneueste Zeit hinein findet man stets, daß erst die Waffen das Wort gesprochen haben müssen, ehe sich der Kaufmann seiner friedlichen Beschäftigung hingeben kann.“ — „So kann und muß man die militärischen Machtmittel der Kolonie Kamerun, insbesondere die Offiziere und Soldaten als die Hauptträger deutscher Kultur (von mir gesperrt! M. D. S.) betrachten.“ usw. (M. a. D. S. 31 ff.)

In Kamerun, das man als das klassische Land der Strafexpeditionen betrach-

ten kann, fanden allein in den Jahren 1891—1908 neunundzwanzig Strafexpeditionen zur „Befriedung“ des Landes statt, bei denen etwa 200 000 Eingeborene getötet wurden. Eine von diesen Strafexpeditionen, die zu einem Strafverfahren gegen ihren Leiter führte, die Expedition des Hauptmann von Besser, sei im folgenden eingehender dargestellt.

Zuvor jedoch ist zum Kapitel „Strafexpedition“ einiges Grundsätzliches zu sagen. Wären unsere Herren Kolonialpolitiker ehrlich, so würden sie von „Racheexpeditionen“ oder von „Eroberungszügen“ reden. Das klingt allerdings nicht so schön, ist aber richtiger. Von „Strafe“ kann man nur reden, wo es sich um die Vollstreckung eines Urteils handelt, das entweder auf Grund eines geschriebenen Rechtes oder gestützt auf überliefertes Gewohnheitsrecht gefällt wurde. Beides fehlt den Strafexpeditionen. Lange Zeit war es in den Kolonien vollkommen in das Belieben der Verwaltungsbehörden gestellt, ob und wie sie „Verbrechen“ der Eingeborenen strafen wollten, ob und wie weit sie deren Gewohnheitsrecht anerkennen wollten. (Ausnahmen bildeten nur Neu-Guinea und Kiautschou, wo das deutsche Reichsstrafrecht galt.)

Und nun zur Expedition v. Besser; über sie berichtete eingehend die „Reichspost“ im Herbst 1900, ohne daß die von der Zeitung gemeldeten Tatsachen irgendwie bestritten worden sind.

In Bakundu-Stadt begannen die Ausschreitungen. In der Nacht wurden von den Soldaten mehrere Häuser geplündert. Die Bewohner fürchteten Wiederholung und Verschärfung der Plünderungen und begannen zu flüchten. Aber ein großer Teil von ihnen wurden von den Soldaten der „Schutz“-Truppe wieder eingefangen. Etwa 20 wurden als Träger mitgeschleppt; unterwegs schon begannen die „Schutz“-Herren, diese gefangenen Träger zu prügeln. Gleich in der nächsten Nacht floh ein Teil der Träger. Die Folge war, daß die übrigen nun Nacht für Nacht in Fesseln gelegt wurden. In Ediki wurde ein Dualasflave von den Soldaten umgebracht. Der Grund ist unbekannt geblieben. Dadurch wurden alle Träger von neuem in Angst und Schrecken versetzt; viele suchten zu fliehen. Einem Flüchtling wurden zwei Schüsse nachgeschickt, die ihn nicht trafen; man setzte ihm nach und fing ihn wieder. In Zukunft mußte er in Fesseln laufen!

Unter den Trägern war ein älterer Mann, der an einer „Mpla“ genannten Krankheit litt; bei dieser Krankheit bilden sich an den Fußsohlen sehr schmerzhaft große Beulen. Man nahm keine Rücksicht auf seinen Zustand. Er wurde gezwungen weiter mitzulaufen und seine schwere Last zu tragen; wollten seine Kräfte versagen, so halsen Prügel und Bajonett. Endlich konnte er nicht mehr und fiel trotz aller Prügel am Wege um; da schlugen die deutschen „Schutz“-Truppen ihn einfach nieder und ließen ihn mitten auf der Straße liegen. Erst später zufällig vorbeikommende Reisende ließen ihn verscharren.

Dieser Vorgang war durchaus nicht ungewöhnlich. Ein Augenzeuge berichtet, er habe mehrfach die Leichen von erschlagenen Trägern auf dem Wege der Besserschen Strafexpedition gesehen, darunter u. a. einen, dem die ganzen Wadenmuskeln mit einem Schwertstreich heruntergehauen waren und 20 Zentimeter lang herunterhängen. Noch drei Wochen nach Durchzug der Expedition konnte der Berichtserstatter bei mehreren Trägern halbgeheilte oder auch noch ganz offene Wunden von erhaltenen Schlägen sehen. Die Städte, durch die die deutsche „Schutz“-Truppe gezogen war, waren für lange Zeit vollkommen verödet und verlassen. Aus Furcht, daß noch Truppen nachkommen könnten, hatten die Einwohner ihre Wohnsitze verlassen und lebten kümmerlich in den Wäldern.

Länger als ein Jahr ließ eine amtliche Erklärung zu diesen Enthüllungen auf sich warten; dann wurde kurz mitgeteilt, Hauptmann von Besser sei vor ein

Kriegsgericht gestellt und dort zu — sieben (!) Monaten Festungshaft verurteilt worden, die aber durch die Untersuchungshaft bereits verbüßt seien!

Kein Wort der Widerlegung, trotz des sicher sehr einseitig beeinflussten kriegsgerichtlichen Verfahrens! Und trotzdem keine Verurteilung; denn die sieben Monate verbüßte Untersuchungshaft waren für den Herrn v. Besser sicherlich eher ein Erholungsurlaub als eine Strafe.

Aus dem Dienst der Schutztruppe entlassen, kehrte v. Besser nach Deutschland zurück, ging aber nach kurzem wieder nach Kamerun, diesmal im Dienste einer Privatgesellschaft, als Leiter eines Bahnbaus von Viktoria nach Buea und Visoka. Er wurde also aufs neue auf die fast wehrlosen Eingeborenen des Landes losgelassen und hat hier sicher sich ähnlich aufgeführt wie als Offizier.

Nur selten und bei ganz besonderen Grausamkeiten wurden Europäer schwerer bestraft. So wurde ein gewisser Wittenberg, der einen Neger „epfählt“ hatte, zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, ein Mann namens Keltenich, der mehreren Negern die Hand mit Petroleum übergossen und angezündet hatte, erhielt drei Jahre Zuchthaus; ein anderer aber, der einem Häuptling mit einer Peitsche das Auge ausschlug, erhielt nur acht Monate Gefängnis.

Im allgemeinen kamen die Deutschen in derartigen Prozessen außerordentlich günstig weg. Hätten sie die gleichen Taten an Europäern begangen, so wären sie sicher in allen Fällen um ein Vielfaches höher bestraft worden. Nur selten drangen derartige „Fälle“ überhaupt in die breitere Öffentlichkeit. Und nur einmal war es eigentlich anders; einmal hat ein Kolonialprozeß wirklich in ganz Deutschland Aufsehen erregt. Das war der „Fall Peters“. Zwar war wegen der Vorkommnisse, um die es sich handelte, in ziemlicher Stille schon zweimal verhandelt worden und hatten natürlich beide Male mit einem Freispruch Peters' geendet. Erst als Bebel im Reichstag seine berühmten Angriffe gegen Peters richtete, wurde eine dritte Untersuchung eingeleitet, die nun zu wesentlich anderen Resultaten kam.

Es handelte sich um Folgendes: Peters hatte im Jahre 1891 seinen Diener Mabruk wegen eines Diebstahls erhängen lassen. Bei der allgemeinen rechtlichen Unklarheit war dies Urteil, wie im Grunde jedes Urteil in den Kolonien damals, eigentlich weder rechtlich noch widerrechtlich. Peinlich wird die Angelegenheit dadurch, daß Mabruk dem Verhältnis von Peters zu seiner schwarzen Konkubine Jagodja in die Quere gekommen war. Wenige Monate nach der „Hinrichtung“ Mabruks floh Jagodja, die übrigens von Peters mit anderen Expeditionsteilnehmern geteilt wurde. Da ihr Aufenthaltsort unbekannt war, verlangte Peters von Häuptling Malamia die Auslieferung von Jagodjas Vater, der sich dort aufhielt; Malamia lehnt dieses energisch ab, wobei es zu einigen „Beleidigungen“ der deutschen Flagge kommt. Darauf stürmt Peters die Festung Malamias und verbrennt sie. Bei diesem Kampf fällt Jagodja wieder in seine Hände. Sie wird in Ketten gelegt und geprügelt. Gleichzeitig wird ihr erklärt, ein zweiter Fluchtversuch würde mit ihrem Tode enden. Sie flieht trotzdem zum zweiten Male, wird wieder eingebracht, und Peters läßt sie ebenso wie Mabruk hängen.

Nach fast einjähriger Verhandlung, Beweiserhebung usw. wurde Peters zur Dienstentlassung wegen Dienstvergehen, im Berufungsverfahren zur Dienstentlassung mit verschärften Rügen wegen wiederholten Dienstvergehen verurteilt. Im Gegensatz zu Karl Peters war nämlich die Disziplinarkammer unter dem Druck der allgemeinen Empörung der Ansicht „die Taten könnten in Afrika nicht anders beurteilt werden wie im Inland, und es sei eine Verkennung der Beamtenpflicht, für die Verteidigung Afrikas eine besondere Moral aufstellen zu wollen“.

Es ist bisweilen (z. B. von E. Zimmermann: „Unsere Kolonien“ Berlin 1912)

behauptet worden, Peters sei später rehabilitiert worden. Das ist nicht der Fall. Das Urteil blieb bis zum Tode von K. Peters (September 1918) voll bestehen.

Aber zurück nach Kamerun.

Kurze Zeit vor dem Krieg plante die deutsche Verwaltung, ähnlich wie sie es in Südwest geplant hatte, die „Eingeborenen“ zwangsweise an bestimmte Wohnsitze zu expedieren. Das war in Kamerun den Duala gegenüber doppelt gemein, einmal, weil es in Widerspruch zu den mit ihnen abgeschlossenen Verträgen stand und dann, weil die den Dualas zugedachten Gebiete durchaus ungenügend, ungesund und ungeeignet in jeder Hinsicht waren. Ein ernsthafter Grund lag überhaupt nicht vor. Unter anderem wurde als Grund der „für den Weißen unerträgliche Eigengeruch des Negers“ angeführt.

H. v. Gerlach, der in der „Weltbühne“ diesen deutschen Kolonialskandal in die Öffentlichkeit brachte (10. März 1925) schrieb zu diesem Vorwand mit Recht:

„Ich finde den Geruch von schmutzigen Leuten unangenehm, einerlei, ob sie ein weißes oder schwarzes Fell tragen. Aber von einem besonders peinlichen Eigengeruch der Duala habe ich nichts gespürt. Mag sein, daß das an meinem nicht genügend entwickelten Riechorgan liegt. Sicher jedoch weiß ich, daß man, wenn man kolonisieren will, auch den angeblichen Eigengeruch der Eingeborenen mit in Kauf nehmen muß. Der weiße Beamte hat schwarze Schreiber, der weiße Kaufmann schwarze Angestellte und schwarze Kunden, der weiße Leutnant schwarze Rekruten, der weiße Lehrer schwarze Schüler, der weiße Arzt schwarze Kranke, der weiße Missionar schwarze Zöglinge. Die Diensthofen sind ausnahmslos schwarz. Auch habe ich nicht gefunden, daß der „Eigengeruch“, der doch, wenn vorhanden, nicht nur den schwarzen Männern eigen, auf die zarten Beziehungen der weißen Männer zu schwarzen Schönen bremsend gewirkt hätte, obwohl dabei die Geruchsnerven in noch nähere Berührung mit dem Objekt des Eigengeruchs gebracht werden, als wenn der Schwarze nur in dem Hause neben dem Weißen wohnt.“

Die Duala gerieten in große Erregung. Sie wandten sich telegraphisch an den Reichstag, aber das Telegramm wurde verzögert, erst dem Gericht zugestellt und kam, als es schließlich beim Reichstag einlief, zu spät. Eine direkte Abordnung nach Berlin zum Reichstag zu senden, wurde den Duala verboten. Der kluge und energische Führer der Duala, der Ober-Häuptling Rudolf Bell, wurde kurzerhand seines Postens enthoben.

Mit welchen Methoden sonst die Umsiedelung vorgenommen wurde, dafür diene folgender (von H. v. Gerlach veröffentlichte) Befehl als Beweis:

Kaiserliches Bezirksamt Duala. V. 179/13

Duala, den 5. Mai 1913.

Der Eingeborene Johannes Ekwe von Bonanjo hat innerhalb 4 Wochen vom Tage der Zustellung dieser Anordnung in dem Neusiedlungsgebiet hinter dem strammen Hund auf dem dort von dem aufsichtführenden Sanitätsgehilfen Bauer angewiesenen Bauplatz seine Hütte wieder aufzubauen; mit dem Aufbau hat er spätestens 8 Tage nach der Zustellung dieser Anordnung zu beginnen. Kommt der Beteiligte dieser Anordnung nicht nach, so wird er mit

Gefängnis

bestraft.

Der Kaiserliche Bezirksamtmann
R ö h m.

Schließlich gelang es den Duala doch, einen der ihrigen nach Berlin zu entsenden. Heimlich mußte der Mann, dessen Name Din war, über die Grenze gehen. Es gelang. Er fand in Berlin Zutritt zu Reichstagsabgeordneten. Der

Pazifist H. v. Gerlach, der heute wieder Kolonien für Deutschland forderte, verteidigte mit einigen seiner politischen Freunde zusammen die Sache der Duala; die geforderten Kredite wurden abgelehnt. Aber kurz danach wurde Din in Berlin unter der — offenkundig nicht begründeten — Anklage des Hochverrats verhaftet und schleunigst nach Kamerun transportiert. Nähere Einzelheiten über die Beschuldigungen erfuhren weder er selbst noch seine Freunde.

In Untersuchungshaft blieb er bis zum Ausbruch des Krieges. Dann wurde er, ob mit oder ohne Kriegsgerichts-Komödie weiß ich nicht, plötzlich wegen

„Hochverrats“

hingerichtet. Mit ihm Rudolf Bell und andere vornehme, angesehene und einflußreiche Duala.

So war die deutsche Kolonialpolitik, es gab Ausnahmen, es gab Zeiten, in denen es anders war. Aber das, was wir hier schilderten, war nicht Zufall, nicht Ausnahme, sondern notwendige Begleiterscheinung jeder kapitalistischen Kolonialpolitik.

Es gab auch „anständige“ Leute in den Kolonien, gewiß. Aber von ihnen gilt, was ein Herero so treffend von Leutwein sagte: „Der Gouverneur ist ein guter Mann; aber er ist unter dem Willen anderer, denen er immer zu willigen sein muß.“

Der Herero-Mann erkannte ganz klar, was manche sentimentale Kolonialfreunde heute immer noch nicht sehen wollen. Wer Kolonialpolitik treiben will, der soll wenigstens auch den Mut haben, offen zu sagen: Ich will kolonisieren und, da es anders nicht geht, kolonisiere ich mit Peitsche und Maschinengewehr! Alles andere ist Unklarheit oder Heuchelei.

Die Sklaverei.

Aber haben die Völker, die Kolonialpolitik trieben, nicht wenigstens die Sklaverei beseitigt und bedeutete das nicht einen bedeutenden Fortschritt, eine Besserung in der Lage der bedauernswerten Sklaven? Nichteten sich nicht die Kriege überhaupt nur gegen die Sklavenhalter, die Blutsauger, so daß sie für die Massen der afrikanischen Bevölkerung Befreiungskriege im edelsten Sinne des Wortes waren?

Diese Frage ist ganz entschieden zu verneinen. Es ist nicht wahr, daß in den Kolonien die Sklaverei abgeschafft worden ist; es ist nicht wahr, daß die Europäer die Sklaven befreit haben. Diese haben nur ihre Herren gewechselt. Die Eingeborenen waren ja, wie der deutsche Kolonialsekretär Dernburg wiederholt geäußert hat, „das wertvollste Kapital“ unserer Kolonien, das „schwarze Elfenbein“. Kapital ist etwas, was Profit abwirft, Zinsen trägt. Und so waren es denn auch die Eingeborenen, aus denen die Profite der Kolonien, soweit solche vorhanden waren, herausgepreßt wurden.

Sie waren dabei aber nicht nur „Arbeitsklaven“, wie es auch die heutigen europäischen Proletarier sind. Sie waren viel wörtlicher „Sklaven“. Das „schwarze Elfenbein“ wurde, ganz „legal“ sozusagen, gehandelt. Ueber die bereits erwähnten Geschäfte, die Herr Hewitt in Südwest trieb, schrieb damals ein deutscher Kaufmann in Windhuk:

„Was momentan am meisten hier schadet, ist der seinerzeit von v. Estorff sanktionierte Sklavenhandel, d. h. die Ausfuhr von 1000 Arbeitern nach den Johannesburg Goldminen. . . . Das Land hier hat 300 000 Mark bekommen, ein Preis, für den jeder innerafrikanische Sklavenhändler auch gewiß gern hierherkäme.“ („Die Deutschen Kolonien“, 3. Jahrg. 1904. Nr. 3.)

Im Bamumlande in Kamerun starb im Jahre 1913 (!) die Königin-Mutter Njhab-ndunk; sie hinterließ bei ihrem Tode 8000 Sklaven und Sklavinnen. „Die fürchteten sie alle wie das Schwert und waren froh, wenn ihre Arbeit sie weit weg

von der strengen und ungerechten Herrin rief.“ (Deutsch-evangelischer Missionskalender 1927. S. 48.) Im allgemeinen waren damals noch — und sind vermutlich heute ebenso — die Zustände im Samumlande (Kamerun) trostlos.

„Weitاًus die meisten Menschen gehören dem Sklavenstande an. Sie sind Arbeitstiere der Vornehmen und eine Ware, mit welcher die Besitzer willkürlich verfahren. Einen Sklaven darf man verkaufen, verschenken, mißhandeln, arbeiten und hungern lassen. Ein Sklave ist ohne Rechte, ohne Vater, ohne Helfer.“ (A. a. O. S. 44.)

Sie hohn klingt es, wenn wir in einer „Verordnung, betreffend die Hausklaverei in Deutschostafrika“ vom 29. Oktober 1901 unter § 2 lesen:

„Jeder Hausklave ist befugt, die Beendigung des Sklavenverhältnisses durch Zahlung einer Ablösungssumme herbeizuführen.“

Zwar wurde gleichzeitig verordnet, daß jeder Hausklave auch an zwei Tagen in der Woche für sich solle arbeiten dürfen (§ 3), aber sollte der Sklave an diesen 2 Wochentagen sich — bei den geringen afrikanischen Löhnen — die Loskaufsumme verdienen? Oder woher sollte er sie nehmen? Er war auf Unterstützungen, Wohltätigkeitsvereine, Missionen usw. angewiesen, wenn er wirklich seine „Freiheit“ sich erkaufen wollte. Diese Sklavenbefreiung erinnert peinlich an die preußische Bauernbefreiung nach den Befreiungskriegen, wo die Bauern für ihre Befreiung ungeheure Summen an die bisherigen „Herren“ zu zahlen hatten.

Ueber die Sklavenarbeit in Kamerun berichtete die Basler Missionsgesellschaft in ihrem Jahresbericht 1902:

„Die Arbeiteranwerbung der Regierung zum Begebau der Duala bewegte die Gemüter unserer Leute am meisten. Es war weniger Furcht vor der Regierung, als Auflehnung gegen Zwangsarbeit, was die Leute aufbrachte. Wiederholt sagten sie uns, wenn es ihnen freigestellt worden wäre, sich zur Arbeit zu melden, dann wären sie gern gegangen; aber zwingen wollten sie sich nicht lassen. Im November ist der größte Teil der angeworbenen Arbeiter heimlich davon gegangen. Ein Versuch der Regierung, die Ausreißer im Guten zurückzuholen, mißlang. Nun ging die Regierung strenger vor. Außer den Entlaufenen mußten noch Strafarbeiter gestellt und eine Entschädigung in Geld gezahlt werden. Zudem erließ der Gouverneur eine Verordnung, nach welcher jedes Dorf verbrannt werden sollte, dessen Einwohner beim Herannahen eines Regierungsbeamten in den Busch fliehen. Einer der mächtigsten Häuptlinge wurde der Arbeiter wegen in Ketten gelegt und zum Steinetragen verurteilt.“

All das ist offiziell natürlich keine „Sklaverei“, sondern nur „Erziehung zur Arbeit“ oder wie es sonst genannt werden mag. Tatsächlich läuft es auf Sklaverei hinaus.

Natürlich ist es in anderen Kolonien nicht besser.

1902 kam es in Angola zu schweren Aufständen; die verhassten weißen Ausbeuter wurden von den geknechteten Eingeborenen gefangen, vielfach getötet, teilweise auch verpeißt, bis mit den gewohnten Mitteln, nämlich Militär, die sogenannte „Ordnung“ wieder hergestellt war.

Die Zeitung „West African Mail“ („Westafrikanische Post“), Herausgeber war der bekannte Pazifist E. D. Morel, schrieb damals: „Loskauf ist der bequeme Ausdruck für den Ankauf von Eingeborenen aus der Hand von Sklavenjägern und -händlern, welche sich dieselben im Innern verschafft haben.“

Aber dies Verfahren war den weißen Räubern noch nicht einfach genug. Und so erreichten sie es, daß ein „königliches Dekret“ erlassen wurde, nach welchem landstreichende Eingeborene und solche, die nicht nachweisen (!), daß sie als Arbeiter,

Träger, Handwerker usw. genügende Unterhaltungsmittel haben, sich der Beurteilung zu einer „zeitweisen Besserungsarbeit“ (trabalho correccional) aussetzen. Zur besseren Durchführung dieses Gesetzes wurde für jeden eine Prämie ausgesetzt, der der Behörde einen Landstreicher oder Vagabunden zuführte.

Das war ein gutes Geschäft!

Man brauchte nur irgend einen Neger, der gerade ohne feste Arbeit war, — und das war unter den gegebenen Bedingungen sehr oft der Fall — anzuzeigen und man erhielt sogar noch eine Belohnung. Mancher Häuptling, mancher eingeborene Dorfsälteste hat sich das zunutze gemacht. Noch mehr natürlich die weißen Kaufleute. Die zur „Besserungsarbeit“ Verurteilten wurden bei freier Verpflegung und einem Drittel (!) des ortsüblichen Tagelohnes von der Regierung selbst beschäftigt oder an Farmer und Plantagenbesitzer vermietet. Hier trug nun also der Weiße nicht einmal mehr das Risiko, daß sein eben gekaufter Sklave womöglich fortlaufen, krank werden oder sterben könnte und damit sein Geld verloren sei. Er zahlte nur die lächerlich geringe Pachtsumme und hatte damit die Arbeitskraft des Arbeitsklaven zur freien Verfügung.

In Angola blühte der Sklavenhandel. Die Händler kauften von wirklichen Sklavenhändlern die Sklaven „frei“, und diese „freien Arbeiter“ wurden gleich kontraktlich zu Arbeiten auf den Plantagen der Inseln San Thome und Príncipe verpflichtet. Wie dies Kontraktssystem wirkte, darüber berichtete ein guter Kenner Angolas, der Amerikaner Hazell nach Beginn des Aufstandes:

„Von den vielen, die als Kontrakt-Arbeiter nach den Inseln gehen, kommt sehr selten einer zurück. Das Hauptübel liegt in der Methode, diese „Arbeiter“ aus dem Innern zu gewinnen. Es heißt, daß für jeden, der zur Küste gebracht wird, einer auf dem Wege stirbt, und daß viele der sogenannten „Arbeiter“ nichts von ihrer Bestimmung wissen und ebensowenig von den Formalitäten verstehen, welche an der Küste erledigt werden, bis sie schließlich sich an Bord befinden, wo sie dann eine dünne Etikette an der Hand tragen, auf der eine Nummer und die Initialen der Firma notiert sind, für die sie bestimmt sind. Der Gang der Dinge ist folgender: Eine Firma schließt mit einem Agenten einen Kontrakt behufs Lieferung einer Anzahl von Arbeitern ab. Der Agent verschafft sich durch seine Vertreter im Innern auf mancherlei Weise für verhältnismäßig geringen baren Geldwert seine Leute. Die „Könige“ und kleineren Häuptlinge verkaufen ihre Feinde, die sie gefangen haben oder mißliebige Leute ihres eigenen Stammes und sind auch sonst den Agenten behilflich, die gewünschte Zahl zu erlangen. Die Arbeiter aus dem Innern werden dann gewöhnlich benutzt, um Lasten einheimischer Produkte nach der Küste zu tragen. Sind die Leute dort angekommen, so wird der Kontrakt formell abgeschlossen, von dessen Bedeutung sie keine Ahnung haben. Der Preis für jede Person beträgt dort 18 bis 25 Pfund Sterling (etwa 350 bis 500 Mark).“

Daß auch jetzt, nach dem großen Kriege sich hierin nichts wesentliches geändert hat, zeigen unter anderem ganz deutlich die Berichte des bürgerlichen Journalisten Colin Ross, der sich seit längerer Zeit in Afrika aufhält. Er berichtet („Bosische Zeitung“ 1. Dezember 1926) z. B. über einen Prozeß, der zwischen Masarawas und Bamangwatos (zwei Stämmen) im britischen Betschuanenland stattfand, und in dem ein Bamangwato sagte:

„Die Masarawas sind Sklaven. Man kann sie töten, ohne dafür bestraft zu werden. Es ist nichts anderes, als das Erlegen eines Buschbockes. Ein Masarawa ist wie ein Stück Vieh. Wenn sie fortlaufen und wieder eingefangen werden, so kann ihr Herr sie auspeitschen oder niederschleßen oder verbrennen. Für seine Arbeit erhält ein Masarawa keine Bezahlung.“

Zu den theoretischen Begründern der Sklaverei gehört natürlich Karl Peters. In der Kol.-Zeitschrift (1902 Nr. 5) forderte er in einem „Grundgerippe eines Programms“ der deutschen kolonialen Arbeit unter Punkt zwei:

„Lösung der Arbeiterfrage im Sinne der Interessen der europäischen Unternehmer. (Von mir gesperrt, M. D. S.) Deshalb ein gesetzlicher und humaner (?) Zwang für eine geregelte Arbeitsleistung der Eingeborenen zu öffentlichen Zwecken. Vielleicht auch Organisation privater Arbeiterversorgung durch den Staat.“

Wie er sich die „private Arbeiterversorgung durch den Staat“ denkt, das hat Peters später noch einmal deutlicher ausgeführt:

„Die europäischen Staaten müßten die schwarzen Bewohner ihrer Schutzgebiete zwingen, ihnen für einige Jahre ihre Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen. . . Der Staat mag das alleinige Strafrecht ausüben und könnte sie gegen eine billige Entschädigung den einzelnen weißen Unternehmern zur Verfügung stellen, etwa wie die Mozambique Compagnie das schon heute tut. Damit wäre die Arbeiterfrage in unseren afrikanischen Kolonien mit einem Schlage aus der Welt.“ („Afrikanische Köpfe.“ S. 17/18.)

Ähnliche Pläne drohen übrigens, wie hier nur nebenbei erwähnt sei, jetzt in der „Arbeitsdienstpflcht“ auch hier in Deutschland verwirklicht zu werden!!

Kultur-Bringer.

Dr. Solf, der letzte deutsche Kolonial-Minister (Staatssekretär des Reichs-Kolonialamtes) bezeichnete in einer Rede im Kriege Kolonialpolitik als eine „Ehrenpflicht gegenüber den minderjährigen Rassen dieser Welt“. Sein Vorgänger, Dr. Dernburg, hatte ein Jahrzehnt früher in einer Rede (am 8. Januar 1907 in Berlin) erklärt:

„Kolonisieren heißt die Nutzbarmachung des Bodens, seiner Schätze, der Flora, der Fauna und vor allem der Menschen zugunsten der Wirtschaft der kolonisierenden Nation. Diese Nation ist dafür zur Gegengabe ihre höheren Kultur, ihrer sittlichen Begriffe, ihrer besseren Methoden verpflichtet.“

Den ersten Teil dieser Ausführungen, daß nämlich Kolonialpolitik Nutzbarmachung der Kolonie mit allen Schätzen und Menschen zugunsten der kolonisierenden Nation ist, glauben wir ohne weiteres. Wie aber ist es mit der „höheren Kultur“ und was bedeutet sie im Verhältnis zu den Völkern, unter denen man kolonisiert.

Um sich das klar zu machen, verlasse man für einen Augenblick Afrika, an das ja die meisten Menschen beim Wort „Kolonie“ zuerst denken, und gehe nach Asien. Auch dort gibt es Kolonien, z. B. in Indien, in Java, auch China ist -- oder war doch bis vor kurzem -- eine Halbkolonie. Wie ist es hier mit der höheren Kultur?

Kann die europäische Kultur sich wirklich mit der jahrtausende alten Kultur Indiens, Chinas, Javas messen? Hat nicht hier vielmehr die Kolonisation nur zur Zerschlagung der alten vorhandenen Kulturen geführt?

Als die deutschen „Kulturbringer“ im Boxerkrieg nach China auszogen, hielt Kaiser Wilhelm eine Abschiedsrede, in der er u. a. sagte:

„Kommt ihr vor den Feind, so wird derselbe geschlagen. Pardon wird nicht gegeben. Gefangene werden nicht gemacht. Wer euch in die Hände fällt, sei euch verfallen. Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etel sich einen Namen gemacht haben, der sie noch jetzt in Ueberlieferungen und Märchen gewaltig erscheinen läßt, so möge der Name „Deutscher“ auf 1000 Jahre durch euch in der Weise betätigt werden, daß niemals wieder ein Chinese wagt, einen Deutschen auch nur scheinbar anzusehen!“

Kulturbringer??

Als Peking von den europäischen Truppen eingenommen war, wurde es drei Tage lang zur Plünderung freigegeben. Graf Walthersee, der Führer des deutschen Kontingents, schrieb damals in sein Tagebuch:

„Was soll ein Befehlshaber tun, wenn er sieht, wie ringsum Soldaten jeder Nationalität rauben und plündern unter Zustimmung ihrer Offiziere, wenn diese sogar das Beste für sich vorweg nehmen? Seit dem 30jährigen Kriege und den Raubzügen Ludwigs 14. in Deutschland ist ähnliches an Verwüstungen nicht vorgekommen.“

Kulturbringer??

Der deutsche Gesandte v. Radowitz schrieb über die Zerstörung des kaiserlichen Sommerpalastes in Peking:

„Etwas ähnliches wie diesen Marmorpalast kann es nirgends auf der Welt gegeben haben, aber alles ist in 7 Tagen durch 2000 Engländer zerstört worden. Berge von Schutt und Trümmern, zerschlagene Götterbilder, Löwen, Drachen im wilden Wirrwarr durcheinandergeworfen. Die Zerstörung ist mit vollendeter Konsequenz durchgeführt, jedes Stück mußte wenigstens an einer Stelle angehauen oder gesprengt sein. Jede der tausenden von Marmorstufen mußte wenigstens einen Hieb mit der Axt aufweisen. Die Engländer haben ihre Arbeit gründlich gemacht.“

Kulturbringer??

Der englische General Gordon schrieb:

„Eine der kostbarsten Stätten der Welt wurde in dieser Weise geradezu in barbarischer Weise zerstört.“

War es in Afrika anders. Gab es in Afrika eine Kultur? Wer das behauptet, gehe in ein Völkerkundemuseum und sehe sich die prachtvollen Negerplastiken an, der nehme die Sammlung afrikanischer Dichtkunst, die Frobenius unter dem Sammelnamen „Atlantis“ herausgegeben hat. (Verlag E. Diederichs, Jena.)

Die Kultur Afrikas ist anders als die unsere; sie ist aus anderen technischen und ökonomischen, aus anderen geologischen und ethnologischen Bedingungen heraus erwachsen. Haben wir darum ein Recht, unsere Kultur für höher zu halten?

Die Kulturphrase sollte nur den höheren Ansprüchen des Europäers, der Ausbeutung der Kolonien ein ideales Mäntelchen umhängen. Welche Schwelgerei erträgt der Bürger nicht, wenn sie im Interesse einer „Idee“ begangen wird? Dann entschuldigt er Inquisition und weißen Terror; dann erkennt er auch die Kolonialmethoden des Herrn Peters.

Ein entschiedener Kolonial-Imperialist, der allerdings später ein ebenso entschiedener Pazifist wurde, Hans Paasche, schrieb:

„Schützen müssen wir uns, gleichgültig ob mit oder ohne Blutvergießen oder wie -- wenn wir Herren bleiben wollen, wo wir doch nur das Recht des Stärkeren haben und das Vorrecht des Kulturmenschen, der mehr braucht, als das Naturkind. („Kriegstage in Ostafrika“ Deutsche Jugendbücherei (!) Nr. 101. S. 30.)

Das ist ehrlich; und ebenso ehrlich ist es, wenn Paasche, um die Vorrechte des „Kulturmenschen“ aufrechtzuerhalten, die Verwendung von Dumdum-Geschossen gegen Neger wegen ihrer größeren Wirkung empfiehlt.

„Die Wirkung der Stahlmantelgeschosse aus den 98er Gewehren war viel kleiner als die der Bleigeschosse aus den 71er Gewehren der Astart. . . Da man den Angehockenen doch nur in seltenen Fällen helfen kann, stände

nichts im Wege, angefeilte oder Bleispißgeschosse gegen Aufständische zu verwenden. . . Deshalb soll man sich dieser Wirkung begeben, die man bei den Askaris als vorteilhaft anerkennt? Wenn man Regier schonen will, soll man überhaupt nicht schießen.“ (N. a. D. S. 28.)

Hans Paasche hat sich später geradezu entgegengesetzt geäußert. Aber diese Äußerungen erscheinen nicht in der „Deutschen Jugendbücherei“. Dafür ist Herr Kütz, der die deutsche Jugend vor Schund und Schmutz schützen will, selbst als ehemaliger Kolonialbeamter noch heute für aktive deutsche Kolonialpolitik!!

Auf dem internationalen Baumwollkongress in Manchester (1906) sagte der englische Parlamentsabgeordnete Emmont:

„Ich glaube nicht, daß ein europäischer Kongress für irgend eine Frage notwendiger ist, als für die Behandlung der schwarzen Rassen, die den europäischen Mächten untertan geworden sind.“

Warum interessieren sich die Baumwollkapitalisten für die Behandlung der Regier wohl? Wollen sie ihnen Kultur bringen? Der englische Dichter B. Shaw hat eine Antwort auf die Frage gegeben, als er schrieb:

„Jeder Engländer (beim Deutschen war es ähnlich; nur war der meist plumper und ungeschickter. M. D. S.) kommt mit einem wunderbaren Talisman zur Welt, der ihn zum Herrn der Erde macht. Wenn der Engländer etwas will, so gesteht er sich nie ein, daß er es will. Er wartet geduldig, bis ihm — Gott mag wissen, wie — die tiefe Ueberzeugung kommt, es sei seine moralische und religiöse Pflicht, diejenigen zu unterwerfen, die das haben, was er haben möchte. . . Wenn er einen neuen Markt für seine schlechten Manchesterwaren braucht, schickt er Missionäre, die den Wilden das Evangelium verkünden müssen. Die Wilden töten den Missionar; nun eilt der Engländer zu den Waffen, zur Verteidigung des Christentums, kämpft und siegt und nimmt als göttliche Belohnung den Markt in Besitz.“

Die Mission.

Mit diesem Witzwort wird man allerdings dem Problem der Mission nicht gerecht. Denn es ist unstreitbar, daß die Missionare in der Regel — es soll auch Ausnahmen geben — zu den unermüdblichsten, zuverlässigsten, aufrichtigsten und ehrlichsten Menschen gehören. Im Gegensatz zu manchem Geistlichen sind sie fast immer aufs tiefste von der Wahrheit ihrer Botschaft überzeugt. An Sprachforschung, an geographischen, botanischen und zoologischen Forschungen haben sie unschätzbares geleistet. All das sei vorbehaltlos anerkannt.

Aber — das ist der Kern — welche politische Rolle spielen sie für die Kolonialpolitik? Jeder Missionar und jeder Missionsfreund wird behaupten, daß die Missionare durchaus unpolitisch seien. Es kommt aber nicht darauf an, was die Missionare im allgemeinen zu sein glauben, sondern was sie in Wirklichkeit sind. Das wollen wir wissen. Hören wir zunächst einige Sachverständige!

Missionsinspektor Pastor Spieker schreibt:

„Jedenfalls aber sollte es nie vergessen werden, daß die evangelischen Missionare bei der Errichtung der deutschen Schutzherrschaft im Lande (Südwest) einen weitgehenden Patriotismus an den Tag gelegt haben. Für den, der die Art der evangelischen Mission kennt, ist dieses ganz selbstverständlich.“ („Die deutsche Mission im Hereroland“. Barmen 1907 S. 39.)

Pastor C. Paul, Schriftführer der „Sächsischen Missionskonferenz“ schreibt:

„Die Missionare haben sich die größten Verdienste um das Land und seine Bewohner, sowie um die Aufrichtung der deutschen Herrschaft erworben.“ („Die Mission in Deutschsüdwest-Afrika. Leipzig 1905. S. 3.)

Der ehemalige Gouverneur Ventwejn erklärte:

„Ein entscheidendes Verdienst hat sich die evangelische Mission in Südwestafrika um die Aufrichtung der deutschen Herrschaft erworben. . . Als die Frage, ob englische oder deutsche Schutzherrschaft, an die Eingeborenen herantrat, waren es im Wesentlichen die Missionare, die durch ihr Eingreifen die Entscheidung für Deutschland herbeigeführt haben. . . Eine nichtdeutsche Mission würde diese überaus wertvolle politische Mitarbeit nicht haben leisten können.“ (Zitiert bei Spieker a. a. D. S. 39/40.)

Hören wir endlich noch eine hoch-offizielle Stimme. Der letzte deutsche Kolonialminister, Dr. Solf, schreibt in seinem Buch: „Kolonialpolitik. Mein politisches Vermächtnis“ (Berlin 1919):

„Ich möchte hier nochmals nachhaltig zum Ausdruck bringen, welche große Wichtigkeit nicht nur für die Ausbreitung des Christentums, sondern auch für die praktische Kolonialpolitik der Missionierung zukommt. . . Die Eingeborenen sind ja das wertvollste Kapital unserer Kolonien. Wer aber einmal die Eingeborenen in einer unerschlossenen, von Weißen noch nicht betretenen Kolonie, in ihrem von unserer Kultur unberührten Zustande gesehen hat, der weiß die unsäglichen Schwierigkeiten zu ermessen, die dem Missionar sowie dem Verwaltungsbeamten erwächst bei der Aufgabe, dieses Kapital zu heben und für die Menschheit zinspflichtig zu gestalten.“ (S. 33 und S. 41.)

Dabei ist naturgemäß der direkt politische Charakter der evangelischen Mission — die wenn auch nicht formell, so doch tatsächlich eng mit den staatlichen Landeskirchen verbunden war und ist — stärker als der der katholischen Mission, die einheitlich der „Congregatio de propaganda fide“ in Rom (Gesellschaft zur Verbreitung des Glaubens) unterstellt ist und daher stärker international auftritt.

Aber die politischen Aufgaben der Mission gehen weit über das hier geschilderte hinaus. Da der bekehrte Christ aus der — religiös gebundenen — Stammesgemeinschaft fast immer ausgeschlossen wird, so wirkt die Mission auf diese alten festen Organisationen zerfetzend, spaltet sie und erleichtert damit das Eindringen des Kapitalismus in diese Gebiete.

Diese Entwicklung schildert der Basler Missionar J. Faus für Indien:

„Durch den Uebertritt vom Heidentum zum Christentum und die Bildung von immer neuen Christengemeinden entstand die schwere Frage, wie diese Leute beschäftigt werden sollten. In der Regel wurden sie von Haus und Hof verjagt und die heidnischen Gutsbesitzer lehnten es ab, sie zu beschäftigen. . . Das führte dann zur Einführung der sogenannten „Missionsindustrie“. . . Damit die ordinierten Missionare nicht mit solchen äußeren Arbeiten belastet werden mußten, wurden sachmännisch gebildete Industriebrüder dafür ausgesandt. Und an ihrer Spitze stand ein tüchtiger Kaufmann, der den Handel mit ihren Produkten zu leiten hatte. In Verbindung mit dem Missionskomitee aber bildete sich in Basel die sogenannte Handels- und Industriekommission, die das Ganze leitete.“ („Deutsch-ev. Missionskalender 1927“. S. 48/85.)

Außerdem wecken die Missionare auch in den „Heiden“ eine Reihe von Bedürfnissen, z. B. durch ihren Kampf gegen die „unsittlichen“ Kleidungs- bzw. Nicht-Kleidungsitten, die Absatz für „schlechte Manchesterstoffe“ schaffen.

Was die Missionare sonst den Eingeborenen bringen, insbesondere welche Erfolge sie mit der „Bekehrung“ haben? Im allgemeinen ist das moderne europäisch-kapitalistisch bedingte Christentum denen, die bekehrt werden, einfach unverständlich. Darüber gibt es von Missionaren selbst und von anderen eine ganze Reihe

von Zeugnissen. Eins der typischsten stammt aus dem Herero-Land. Der erste Herero-Missionar schrieb einmal voller Verzweiflung an die Barmer Missionsgesellschaft: „Wir können uns nur sehr unvollkommen ausdrücken. Es fehlen uns die Wörter für Sünde, Gerechtigkeit, Heiligkeit usw.“ Dem Herero fehlten aber nicht nur diese Worte; es fehlten ihm auch die Begriffe dafür. Was soll ein Mann, der den Begriff der „Sünde“ nicht kennt, mit einem „Erlösungstod Jesu“ anfangen? Missionar Keyser aus Neu-Guinea — übrigens schreibt der „Deutsche evang. Missionskalender 1927“ noch „Deutsch-Neuguinea“! — berichtet folgendes Gespräch mit Papuas:

„Ihr Braunen hört! Jesus ist für Euch gestorben.“
„Warum denn? Er hätte das bleiben lassen sollen.“
„Er wollte Euch alle retten vom Verderben.“
„Vom Verderben?“
„Ihr seid alle verloren, weil Ihr böse seid.“
„Wir sind gar nicht böse, wir sind gut; die anderen sind böse.“
„Ihr tut Dinge, die Gott nicht haben will, deswegen will er Euch nicht bei sich im Himmel sehen.“
„Da wollen wir auch gar nicht hin. Wir gehen zu unseren Ahnen.“
„Aber er meint es gut mit Euch, darum sandte er seinen Sohn Jesus, der litt und starb für Euch, wer auf sein Wort merkt und ihm nachfolgt, wird selig.“
„Warum starb er?“
„Um Euch mit seinem Blut von Sünden rein zu waschen.“
„Hätte er doch Wasser genommen! Das Sterben könnte er sich sparen.“

Dies Gespräch steht wörtlich so — es ist kein einziges Wort fortgelassen — im „Deutschen evang. Missionskalender 1917“ (S. 34). Kann es eine schärfere Satire auf die Arbeit der Missionare geben als dies von einem Missionar mitgeteilte Gespräch? Dem gleichen Kalender entnehmen wir noch — als weiteren Beitrag zum Kapitel „unpolitische Mission“ — die Schilderung einer Missions-Kleinkinderschule in Togo.

„Sie (die „Leibwache“ einer Missionschwester) bestand aus kleinen Mähren, mit selbstverfertigten Papierhüten geschmückt und mit Gewehren bewaffnet. Auf Kommando exerzierten sie nun und marschierten dabei „im gleichen Schritt und Tritt“ im ganzen Hof herum, unter Absingung des Liedes „Ich hatt' einen Kameraden“. Der erste von ihnen schwang eine schwarz-weiß-rote Fahne. Auf den Anruf „Stillgestanden!“ klatschten die schwarzen Händchen an die Hosennaht, und dann gaben sie mit den Gewehren, die sie im vergangenen Jahre zu Weihnachten bekommen hatten, Feuer.“ (S. 61/62.)

Wie ernsthafte Kolonialpolitiker über die Mission dachten, dafür noch ein Beispiel. Erzberger hatte in einer Kolonialdebatte im Reichstag mit Pathos und Leidenschaft ausgerufen: „Auch der Neger hat eine unsterbliche Seele.“ Darauf antwortete ihm Karl Peters kaltblütig:

„Man hat im Reichstag von der „unsterblichen Seele des Negers“ gesprochen. Ich will hier die Frage nicht untersuchen. . . Aber ich möchte wissen, was diese Frage mit einem gesunden, staatlichen Arbeitszwang zu tun hat.“ („Afrikanische Köpfe“. S. 17.)

Und über den großen Afrikaforscher und Missionar Livingstone sagt er:

„Livingstone hat für die Angliederung des schwarzen Erdteils an die europäische Zivilisation im übrigen nicht weiter gewirkt. Er war hierfür zu negerfreundlich.“ (A. a. O. S. 14.)

Jedoch, sehr gegen ihren Willen spielt die Mission noch eine ganz andere Rolle

in der Kolonialpolitik. Die seltsame Dialektik der Geschichte zeigt sich hier an einem ganz besonderen Beispiel. Die Mission, Wegbereiterin des Kapitalismus, getragen von kleinbürgerlich-reaktionären Elementen in Europa, ist gleichzeitig ein revolutionärer Faktor, ähnlich wie die Bibel einst in den Händen des Bauernführers Thomas Münzer eine revolutionäre Waffe wurde.

Der bereits erwähnte Collin Ross berichtete aus Südafrika an die „Bosische Zeitung“:

„Ob die Missionen wollen oder nicht, es ist unvermeidlich, daß sie den Samen zu sozialer und politischer Unzufriedenheit in die Herzen ihrer Zöglinge legen. Man mache sich doch nur einmal die Situation klar. Da kommt ein intelligenter Negerjunge zur Mission. Er wird liebevoll und als Mensch behandelt, Welten werden ihm erschlossen, die sonst streng dem Weißen vorbehalten sind. Er darf sich ganz geben, wie ein Weißer und sich beinahe einbilden, er wäre eben joviell. Allein, er weiß natürlich ganz genau, daß die Missionsstation eine Enklave ist. Verläßt er sie, so ist er wieder ein Hund, zum mindesten ein Mensch zweiter Klasse. Hat er sein Abitur gemacht, so nimmt ihn, Gott behüte, nicht eine einzige südafrikanische Universität auf. Aber er kann nach Europa gehen. Und wenn er da studiert, und promoviert hat, und nach Afrika zurückkehrt, dann ist es erst schlimm. Er hat ein paar Jahre unter Weißen als gleichberechtigt gelebt, und jetzt soll er wieder ein Hund sein! Wenn er der sanfteste Mensch und der frömmste Christ ist, so muß er wenigstens innerlich gegen diese Ordnung der Dinge revoltieren. Ich wähle absichtlich starke, vielleicht zu starke Ausdrücke, allein sie treffen den Kern der Sache.“

Dieser humanitäre, aber im Hinblick auf die letzten Ziele und Konsequenzen durchaus unklaren und verschwommenen Eingeborenenpolitik steht nun die der Regierung und der Mehrheit der weißen Bevölkerung gegenüber, die strikt den alten Zustand erhalten will, daß der Weiße der Herr und der Schwarze der Diener ist. Diese Haltung ist keineswegs so brutal wie sie scheint, und wenn sie mit Gerechtigkeit und Milde gepaart ist, ist sie vielleicht dem Schwarzen viel gemäßer als die christliche Gleichberechtigung.

Allein ich will mich jedes Urteils darüber enthalten, ob die Eingeborenenpolitik der Regierung oder die der Missionen die richtige ist. Ich will nur klar betonen, daß beide einander strikt entgegenarbeiten, und daß eine Fortdauer dieses Zustandes schließlich die Katastrophe auslösen muß, die über den Weißen Südafrikas schwebt.“

Wir wollen nicht gegen die Ansichten des Herrn Ross polemisieren. Es wäre manches dazu zu sagen, aber der Raum ist hier zu beengt dazu. Wie er die Dinge beurteilt, zeigt er sich als der typische Kleinbürger, der keiner klaren Stellungnahme fähig ist. Was er aber sieht, das ist richtig. Tatsächlich spielt die Mission neben ihrer reaktionären auch eine revolutionäre Rolle in den Kolonien, wenn auch sehr gegen ihren Willen.

II. Kolonien und Wirtschaftspolitik.

Kolonialpolitik bedeutet Vernichtung, Ausrottung, Zerstörung! Kolonialpolitik bedeutet Vergewaltigung, Vertragsbruch und jede Art von Gemeinheit, die die kapitalistische Gesellschaft nur je hervorgebracht hat. Es hat fast den Anschein, als ob hier noch einmal alle Verbrechen des Kapitalismus zusammengetragen und dem, der sehen will, deutlich gemacht werden müßten. Wer freilich nicht sehen will oder durch seine Klassenstellung nicht sehen kann, der wird immer all das, was aus der Kolonialgeschichte jedes, ausnahmslos jedes Volkes spricht, als „zufällige“ oder als „leider notwendige“ „Begleiterscheinung“ ansehen.

Was aber ist das Wesentliche der Kolonialpolitik?

Wie die Grundlagen aller menschlichen Verhältnisse die wirtschaftlichen Zustände, Beziehungen und Formen sind, so ist das Wesentliche der Kolonialpolitik, d. h. ihr wesentlichstes Motiv und ihre Haupttriebkraft wirtschaftlicher Natur. Damit ist allerdings nicht gesagt, daß nun auch jede Kolonialpolitik wirtschaftliche Erfolge bringt. Das Wort von K. Peters: „Kolonien, welche nichts einbringen, sind unpatriotische Gründungen,“ ist doch nur bedingt berechtigt. Gerade für das Deutschland Wilhelms des Zweiten gilt es nicht; denn der wirtschaftliche Gesamterfolg der deutschen Kolonialpolitik kann getrost gleich Null gesetzt werden. Für Deutschland war die Kolonialpolitik einmal eine Befriedigung nationalistischen Ehrgeizes, sodann eine „Prestige-Frage“, eine notwendige Großmachts-Geste und endlich ein — mißlungener — Versuch, einfach die englische Kolonialpolitik nachzuahmen. Für England freilich hat sein Kolonialreich entscheidende Bedeutung gehabt.

Aber in der Zeit, als Deutschland seine Kolonialpolitik begann, war es bereits praktisch ausgeschlossen, ein dem englischen auch nur annähernd gleichwertiges Kolonialreich zu schaffen. Das aber hat der deutsche Kapitalismus nicht nur damals verkannt, er hat es großen Teils auch heute noch nicht begriffen.

Da gerade die ernstesten, klügsten und geschicktesten Kolonialpolitiker, mehr oder weniger offen unter Verzicht auf die doch unhaltbaren Kulturphrasen, immer von neuem die „wirtschaftliche Notwendigkeit“ der Kolonialpolitik betonen, ist es notwendig, diese Frage eingehender zu behandeln.

Zunächst ist es, wenn man die Äußerungen führender Kolonialpolitiker auf diesem Gebiet vergleicht, interessant, daß immer die Äußerungen des Einen vom Anderen aufgehoben werden. Während z. B. das ostafrikanische Hochland von den meisten Kolonialfreunden als zur Siedlung auch für Europäer gut geeignet erklärt wird, sagte der ehemalige Gouverneur Deutsch-Ostafrikas Freiherr v. Rechenberg auf der „Kolonialen Schulungswoche der Deutschen Studentenschaft“ (Anfang Januar 1927 in Bremen): „Wir wissen heute nicht, ob sich auch in den hochgelegenen Teilen Afrikas eine Besiedelung durchführen läßt“, und der ehemalige Kolonialminister Dr. B. Dernburg erklärte (in einem Aufsatz im „Telegraaf“ nach einer Wiedergabe des „Generalanzeiger“ Dortmund vom 1. Jan. 1927) daß die Ueber-

völkerungsfrage in Europa durch Ansiedlung von Europäern in tropischen Ländern nicht gelöst werden könne und daß die Voraussetzung für die Lösung der Bevölkerungsf Frage intensivere Bewirtschaftung des eigenen Bodens durch technische Bervollkommnung der Landwirtschaft sei. Dernburg wies darauf hin, daß trotz der jetzt mehr als 100 Jahren betriebenen Kolonialarbeit Frankreichs in Nordafrika Algier nur 15 Prozent Europäer und Tunis höchstens 2,5 Prozent aufzuweisen habe.

Für die deutsche Vorkriegs-Kolonialpolitik vollends kommt die Notwendigkeit der kolonialen Siedlung überhaupt nicht in Betracht. In den Jahrzehnten der deutschen Kolonialpolitik ist die durchschnittliche Zahl deutscher Auswanderer ununterbrochen gesunken, während gleichzeitig die Zahl der Einwanderer stieg. Es wanderten durchschnittlich aus:

1881—1890 jährlich	134 200 Personen,
1891—1900 jährlich	52 900 Personen,
1901—1910 jährlich	28 000 Personen,
1912	18 500 Personen.

Die gesamte weiße Bevölkerung unserer Kolonien betrug 1913: 27 000 Menschen, d. h. nicht soviel, wie in zwei Jahren auswanderten, — als Ergebnis einer dreißigjährigen Kolonialpolitik!

Und heute? Ist es da nicht so, daß bei der heutigen großen Arbeitslosigkeit eine größere Zahl von Auswanderern vorhanden sein würde, wenn wir etliche Siedlungskolonien hätten. Man vergißt, daß mit dem Auswanderungswillen des Erwerbslosen, der sicher in Vielen vorhanden ist, nichts getan ist; der Erwerbslose muß auch das zur Auswanderung erforderliche Kapital besitzen. Zur Ansiedlung in dem Gebiet der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwest wird ein Kapital von 15 bis 20 000 Mark gebraucht. Im ehemaligen Deutsch-Ostafrika sind sogar 30 bis 40 000 Mark erforderlich. Welcher Erwerbslose besitzt die?? Und wenn die Siedlung vom Reich unterstützt würde — was ja denkbar wäre —, so müßten doch diese Summen erst aus den deutschen Arbeitern herausgeschunden werden! Welcher deutsche Erwerbslose käme aber praktisch überhaupt für koloniale Siedlung in Frage? Welcher besitzt die erforderlichen landwirtschaftlichen Kenntnisse und Fähigkeiten? Nur ein verschwindend kleiner Bruchteil.

Die Auswanderung von Industriearbeitern in größerem Umfange zur Entlastung des hiesigen Arbeitsmarktes könnte aber nur nach Gebieten erfolgen, die für koloniale Erwerbungen nicht mehr zu haben sind. Außerdem würde, selbst ihre praktische Möglichkeit angenommen — wenn auch nicht zugegeben! — eine großzügige Auswanderung (besser gesagt ein großzügiger Export!) von Industriearbeitern nur zur Folge haben, daß diese dort, wo sie hingelangen, als Lohndrücker auftreten.

Außerdem ist ja die gegenwärtige Arbeitslosigkeit durchaus keine Spezialeneigenschaft der deutschen Wirtschaft. Nach Angaben von Selikmann (In „Weltarbeitslosigkeit“, Berlin 1926) betrug Anfang 1926 die Zahl der Arbeitslosen:

In England	über 2 000 000 (vor dem Kriege durchschnittlich 150—200 000!)
In Deutschland	2 030 000
In Italien	112 000
In Frankreich	160 000 („geringe“ Zahl infolge der Inflation!)
In den skandinavischen Ländern	175 000
In Holland	60 000.

Alle diese Länder, gleichgültig ob sie Kolonien haben und wieviel oder nicht, haben erhebliche Arbeitslosenheere. Will man auch die hohen englischen Arbeitslosenzahlen damit erklären, daß England „keine Kolonien hat?“ Oder ist es am

Ende hier zur Abwechslung einmal umgekehrt: Hat England so viele Arbeitslose, weil es „zu viel“ Kolonien hat und deshalb für seine Kolonien so viel Kapital aufwenden muß, daß für eine ausreichende Beschäftigung der heimischen Arbeiter nicht mehr genug übrig bleibt, daß also die Lösung des europäischen Erwerbslosenproblems in einer „demokratischen“ Aufteilung des Kolonialbesitzes liegt?

Es soll uns nicht wundern, wenn demnächst ein deutscher Kolonialpolitiker diese Theorie vertreten wird. Dr. Solf hat in seiner bereits erwähnten „Kolonialpolitik“ bereits ähnliches leise angedeutet, wenn er eine Neuverteilung des europäischen Kolonialbesitzes fordert, um eine „Gleichgewichtslage auf kolonialem Gebiete“ zu schaffen und schreibt:

„Wie unter dem Gesichtspunkt der Machtpolitik das Verhältnis der physischen Kräfte der Staaten und unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftspolitik das Verhältnis der Bedürfnisse und wirtschaftlichen Leistungen als Maßstab für die Verteilung der Kolonisationsgebiete der Erde unter die Mächte, die daran beteiligt sein wollen, zugrunde gelegt werden muß, so muß vom Standpunkt der Kulturpolitik die Leistungsfähigkeit der einzelnen Staaten auf kulturellem Gebiet als Maßstab für die Berechtigung ihrer Mitarbeit an der Erziehung und Förderung der eingeborenen Rassen dienen.“ (A. a. O. S. 84.)

Aber auch außerhalb Europas gibt es Arbeitslose. Selikmann zitiert in seiner erwähnten Arbeit aus dem „Japan Advertiser“ vom 22. April 1925:

„Angesichts der Arbeitslosenarmee, deren zahlenmäßige Stärke die vorjährige Ziffer von 2 Millionen überschritten hat und ständig Zustrom . . . erhält, muß die Periode, die wir gegenwärtig durchmachen, als eine in der Geschichte Japans noch nicht dagewesene Depression bezeichnet werden.“

Südafrika hatte Anfang 1926 70—80 000 weiße Arbeitslose; die Schwarzen „rechneten nicht“, Kanada 20—25 000, Australien rund 50 000. Welcher Phantast will bei dieser Lage durch Auswanderung die deutsche Arbeitslosigkeit beseitigen! Und gar durch Schaffung von Siedlungskolonien, wo für jeden Siedler mindestens 15 000 Mark erforderlich sind??

Selbst die Vereinigten Staaten von Nordamerika hatten trotz ihres beispiellosen Aufstiegs Anfang 1926 3 Millionen Arbeitslose. Diese Ziffer ist heute vermutlich bereits erheblich überschritten. Die gewaltigen technischen Fortschritte, die eine machtvolle Produktionssteigerung bei gleichzeitiger Verminderung der Arbeitskräfte ermöglichen, wirken sich auch dort aus. Die Nachricht, daß H. Ford in seinen Betrieben zur fünfzügigen Arbeitszeit und zu erheblichen Produktionseinschränkungen überging, ist typisch. Allem Anschein nach hat auch die amerikanische Wirtschaft gegenwärtig einen Höhepunkt ihrer Entwicklungslinie erreicht oder bereits überschritten.

Weitere wirtschaftliche Momente der Kolonialpolitik sind: Die Sicherung der Rohstoffgrundlagen, des Außenhandels und der Kapitalanlagegebiete. Doch ist es damit ähnlich wie mit der kolonialen Siedlung und der Auswanderung.

In seinem schon zitierten Vortrag betonte Frh. v. Rechenberg die Wichtigkeit der Kolonien für die nationale Rohstoffversorgung und führte aus:

„Die ehemals deutschen Kolonien in Afrika produzierten im Jahre 1924 an Kakaos etwa ein Viertel des deutschen Bedarfs, an Kautschuk ein Sechstel, an Palmkernen das Doppelte, an Palmöl sieben Neuntel, an Hanf mehr als das Doppelte, an Erdnüssen ein Viertel, an Kaffee ein Zehntel, an tropischen Hölzern die Hälfte und an Wachs fast ebensoviel, als der gesamte deutsche Bedarf ausmacht.“

Welche Bedeutung haben diese Zahlen für den deutschen Import? Der Kakao machte 1924 1,7 Prozent der gesamten deutschen Einfuhr aus; der Kaffee 1,1 Pro-

zent, der Kautschuk 2,3 Prozent, pflanzliche Öle und Fette — wovon ja Palmöl selbst nur ein Teil ist — 1 Prozent, Delfrüchte und Delisaaten — zu denen die Palmkerne gehören — 3,6 Prozent, Flachs, Hanf, Jute und dergl. zus. 1,6 Prozent, Holz zu Holzmasse, Gerbhölzer, — Rinden und Auszüge — wovon tropische Hölzer einen kleinen Teil ausmachen — 1,1 Prozent, Erdnüsse und Wachs machen einen so geringen Anteil an der deutschen Einfuhr aus, daß sie im Statistischen Jahrbuch überhaupt nicht besonders geführt werden, sondern mit in den Gruppen „Sonstige Lebensmittel und Getränke“ (1,1 Prozent) bzw. „Sonstige Rohstoffe und halbfertige Waren“ (1,6 Prozent) enthalten sind. Die einzige Gruppe, für die die koloniale Versorgung auch nur einigermaßen größere Bedeutung hätte, ist die der „Delfrüchte und Delisaaten“.

Sieht man sich (s. die umstehende Tabelle) die Verteilung der gesamten deutschen Ein- und Ausfuhr an, so wird deutlich, daß die Gebiete, die allein für deutsche Kolonialpolitik in Frage kommen könnten, einen außerordentlich geringen Prozentsatz des deutschen Außenhandels bestreiten. Europa und Amerika, die vollkommen ausscheiden, machen über $\frac{1}{2}$ aus. Nimmt man noch hinzu, daß auch Asien nur in allerbeschränktestem Umfang in Frage kommt, so sieht man, daß über acht Zehntel des deutschen Außenhandels nicht für politische Kolonisation in Frage kommen.

Sämtliche deutschen Kolonien nahmen vor dem Kriege nur mit etwa $\frac{1}{4}$ Prozent am deutschen Außenhandel teil. Demgegenüber wird von Kolonialfreunden darauf hingewiesen, daß es ja so um 1900 herum noch viel trostloser mit der Handelsbedeutung der Kolonien gewesen wäre, daß ihr Anteil am deutschen Außenhandel damals in Prozenten eigentlich überhaupt kaum ausdrückbar war. Es stimmt, daß der deutsche Kolonialhandel von 1900—1913 ganz erheblich gestiegen ist. Daraus aber ein weiteres Steigen, wohl gar in dem gleichen Tempo, folgern wollen, ist — gelinde gesagt — eine Unverfrorenheit. Es wäre ebenso, als wolle man beweisen: Ein Kind, das bei seiner Geburt 7,5 Pfund wiegt, wiegt in einem Jahre 15 Pfund; es verdoppelt also jährlich sein Gewicht. Es wird also mit 2 Jahren 30 Pfund, mit 3 Jahren 60 Pfund, mit vier Jahren 120 Pfund wiegen usw.

Daß das Wachsen des Kolonialhandels, trotz aller künstlichen Stetgerung, sehr bald seine Grenzen haben mußte, zumal die Steigerung von 1900 bis 1913 wesentlich durch Raubbau erzielt worden war, ist einleuchtend. Das Jahrbuch der deutschen Kolonien 1908“ schrieb ganz offen über den ostafrikanischen Handel: „Der größte Teil der bisher genannten Landesprodukte (es handelte sich um Kautschuk, Häute und Felle, Bienenwachs und Elfenbein) ist im Raubbau gewonnen worden.“

Zeigt nicht der geringe Anteil des Kolonial-Außenhandels gerade nur, daß Deutschland eben zu geringen Kolonialbesitz hatte? Sehen wir zu! Frankreichs Kolonialbesitz betrug vor dem Kriege das 22fache an Umfang des Mutterlandes, Deutschlands „nur“ das Fünfeinhalbfache. Deutschlands Außenhandel belief sich 1912 auf 20 Milliarden, Frankreichs auf 11,6 Milliarden. Ueberhaupt zeigt der Vergleich mit Frankreich, daß das Kolonialreich eines Landes die allgemeine wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes nicht wesentlich beeinflussen kann.

Trotz seines viel größeren Kolonialreiches, trotz seiner viel besseren Verbindung zu seinem Kolonialreich ist der allgemeine Einfluß Frankreichs in der Weltwirtschaft gegenüber Deutschland in den letzten 50 Jahren vor dem Kriege Schritt für Schritt regelmäßig zurückgegangen. Sehen wir zum Beweis den Tonnengehalt der französischen und der deutschen Handelsflotte nebeneinander.

	1885:	1911:	Zu- bzw. Abnahme:
Frankreich:	1 492 000	1 462 600	— 29 400
Deutschland:	1 275 500	3 023 700	+ 1 748 200

Die Einfuhr nach Deutschland betrug aus:

	1925		1924		1913	
	in Millionen Mt.	Proz.	in Millionen Mt.	Proz.	in Millionen Mt.	Proz.
Europa:	6 587,4	53,0	4 961,0	54,6	5 888,6	54,7
Afrika:	523,9	4,2	381,3	4,2	496,2	4,2
Asien:	1 480,5	11,9	904,1	10,0	1 049,8	9,8
Amerika:	3 507,1	28,2	2 563,9	28,2	2 994,6	27,8
Australien:	325,7	2,6	269,6	3	327,8	3,0
Gesamteinfuhr nach Deutschland:	12 424,6	—	9 079,9	—	10 757,0	—
Anteil der ehemaligen Kolonien, jetzt Völkerverbandsmandate:						
in Ostafrika:	2,7	0,0	0,8	0,0	14,6	0,1
in Südwestafrika:	2	0,0	2,5	0,0	7,6	0,1
in Kamerun:	2,1	0,0	0,9	0,0	13,1	0,1
in Togo:	0,5	0,0	0,4	0,0	7,3	0,1
in der Südsee:	0,4	0,0	0,1	0,0	7,0	0,1

Die Ausfuhr aus Deutschland betrug nach:

	1925		1924		1913	
	in Millionen Mt.	Proz.	in Millionen Mt.	Proz.	in Millionen Mt.	Proz.
Europa:	6 395,9	72,7	4 714,6	72	7 679,9	76,1
Afrika:	200,4	2,3	139,4	2,1	208,4	2,1
Asien:	730,1	8,3	560,2	8,6	548,0	5,4
Amerika:	3 507,1	16,1	1 102,7	16,8	1 546,7	15,3
Australien:	42,8	0,5	29,2	0,4	103,6	1,0
Gesamtausfuhr aus Deutschland:	10 876,3	—	6 546,1	—	10 086,6	—
Anteil der ehemaligen Kolonien, jetzt Völkerverbandsmandate:						
in Ostafrika:	1,9	0,0	1,4	0,0	16,5	0,2
in Südwestafrika:	7,1	0,1	3,6	0,1	20,9	0,2
in Kamerun:	2,5	0,0	0,5	0,0	12	0,1
in Togo:	0,4	0,0	0,3	0,0	2,6	0,0
in der Südsee:	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0

Anmerkung: Die Ziffer 0 bzw. 0,0 bedeutet in Statistiken nicht „nichts“, sondern „so wenig, daß es hier nicht angeführt werden kann“. Zum Beispiel kann, da hier nur die Prozentziffern bis auf die erste Dezimalstelle berechnet wurden, nicht angegeben werden, daß der Handel mit Togo vielleicht 0,007 Prozent des gesamten deutschen Handels ausmacht. „0“ bedeutet also statistisch lediglich, daß die Zahl wegen ihrer Kleinheit ohne Bedeutung ist.

Das bedeutet: In Deutschland trotz seines geringen Kolonialbesitzes eine starke Zunahme, in Frankreich trotz seines großen Kolonialreiches eine Abnahme des Tonnengehaltes der Handelsflotte!

Noch deutlicher wird die gleiche Tatsache, daß nämlich Kolonialbesitz nicht das entscheidende Moment für die allgemeine Wirtschaftsentwicklung ist, wenn wir Deutschland und die größte Kolonialmacht England vergleichen. Wir stellen zu diesem Zweck den Gesamtaußenhandel beider Länder zusammen:

(Gesamtaußenhandel in Millionen Mark).

	1887:	1912:	Zunahme:
England:	10 721,5	22 858,1	12 137,6
Deutschland:	6 245,9	19 648,2	13 402,3

Der deutsche Handel, der 1887 nur etwas über die Hälfte des englischen betrug, hatte diesen in 15 Jahren fast eingeholt. In einer Zeit, in der der englische Außenhandel sich nur ungefähr verdoppelte, hatte er sich verdreifacht. Welcher Kolonialfreund wird behaupten, daß dieses Wachstum auf die paar. kolonialen Taten zurückzuführen sei, die Deutschland besessen hat?

Ganz beträchtlich waren allerdings die Aufwendungen des Reiches, die für die Kolonien erforderlich waren. Sie stiegen ganz unverhältnismäßig schneller als die allgemeinen Reichsausgaben. Von Kolonialfreunden wird immer wieder behauptet, die Kolonien hätten sich finanziell selbst getragen. Die Ausgaben hätten „lediglich dem Unterhalt der Schutztruppe“ gedient. Diese Beweisführung ist unehrlich. Denn ohne die Schutztruppe, das liegt im Wesen der kapitalistischen Kolonialmethoden, war eben die Kolonialpolitik nicht denkbar. Wenn die Kolonien für ihr wichtigstes Machtmittel ständig Zuschüsse vom Mutterland brauchten, so konnten sie sich eben nicht selbst tragen.

Die allgemeinen Reichsausgaben und die Kolonialausgaben, letztere getrennt nach ordentlichen und außerordentlichen (einmaligen) Ausgaben, enthält die folgende Tabelle. Dabei ist zu beachten, daß die einmaligen Ausgaben bis 1908 vor allem die Kosten der Kriege in Südwest und Deutsch-Ostafrika enthalten.

(Ausgaben in 1000 Mark).

Jahr:	Gesamtausgaben:	Ausgaben für die Kolonien:	
		Ordentl. Ausgaben:	Einmalige Ausgaben:
1904	1 892 286,0	824,9	22 891,5
1905	2 002 076,5	1 017,1	14 747,7
1906	2 157 353,6	1 348,6	18 090,9
1907	2 539 290,6	1 649,0	35 988,5
1908	2 519 301,1	1 899,1	39 905,5
1909	3 266 444,5	2 770,7	24 237,5
1910	3 024 260,8	2 744,1	22 960,0
1911	2 924 790,1	2 884,1	19 608,5
1912	2 886 135,1	2 891,1	22 633,2
1913	3 698 829,9	2 930,7	24 479,7

Während also in den letzten zehn Jahren vor dem Kriege die allgemeinen Reichsausgaben um nicht ganz das Doppelte stiegen, stiegen in der gleichen Zeit die ordentlichen Kolonialausgaben auf mehr als das Dreieinhalbfache! (Die ein-

maligen Ausgaben läßt man bei derartigen Vergleichen, da sie unvergleichbar sind, natürlich fort.)

Käme als wirtschaftliche Notwendigkeit für die Kolonialpolitik noch die auswärtige Kapitalanlage in Frage. Für ein kapitalistisches Land kann unter Umständen die Frage des Kapitalexports zu einer Lebensfrage werden. Wenn nach einer Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs das Kapital im Inlande so angewachsen ist, daß es bei gegebenen (technischen und sozialen) Produktionsbedingungen die Zinsrate zu drücken beginnt, wenn m. a. W. die „Rentabilität“ gefährdet ist, so wird durch den Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft es zu einer Krise kommen, die so lange anhält, bis die Rentabilität wieder gesichert erscheint. Gegen diese Krise ist dann der Kapitalexport der einzige kapitalistische Ausweg, da eine Produktion über den Rentabilitätspunkt hinaus in letzter Konsequenz die kapitalistische Wirtschaft selbst aufheben würde.

Aber zur Kapitalanlage ist durchaus kein Kolonialbesitz notwendig. Vor dem Kriege ging deutsches Kapital in alle Teile der Welt, nach Brasilien nach Argentinien ebenso wie nach den Vereinigten Staaten, nach Rußland ebenso wie nach China und Japan und teilweise allerdings auch nach den deutschen Kolonien. Doch war hier das Risiko in vielen Fällen erheblich höher als z. B. in den Vereinigten Staaten, so daß das Geld nur dadurch aufzubringen war, daß das Reich einen bestimmten Zinsfuß garantierte. Das bedeutete, daß die deutschen Steuerzahler dafür aufkommen mußten, wenn in den deutschen Kolonien das deutsche Kapital sich nicht recht rentieren wollte! Insofern hat für den Kapitalisten der Kolonialbesitz gewisse Vorteile. Er kann einen Teil seines eigenen Risikos auf die breiten Massen seines „Vaterlandes“ abwälzen. Auch sonst haben ja einzelne Kapitalisten in und an den Kolonien recht gut verdient. Aber trotz dieser erhöhten, garantierten Sicherheit war nur ein geringer Prozentsatz des deutschen Kapitals in den Kolonien angelegt.

Rohstoffversorgung, Kapitalanlage und Außenhandel hängen aufs engste miteinander zusammen. Wo das Kapital eines Landes angelegt ist, dorthin wird sich automatisch ein beträchtlicher Teil seines Außenhandels wenden. Und Rohstoffquellen werden durch Kapitalanlagen ebenso oder unter Umständen besser gesichert als durch territoriale Gebietserwerbungen. Die deutschen Vermögen, die in Südamerika angelegt waren, haben — trotz der auch dort bemerkbaren Schädigungen — den Krieg im allgemeinen besser überstanden als die in den deutschen Kolonien angelegten Vermögen. Während die ausschließliche Lage des auswandernden Kapitals in eigenen Kolonien und überhaupt der wirtschaftliche Anschluß gegenüber dem Ausland gerade ungeheure Gefahren für das sich isolierende Land mit sich bringt, ist der bewußte Verzicht auf solche Isolierung, die bewußte Verpflechtung der Landeswirtschaft mit der Weltwirtschaft eine Sicherung gegen Kriege, da er gemeinsame Interessenbedingungen schafft. (Allerdings darf diese Tatsache nicht zu der Illusion verführen, daß eine allseitige Verpflechtung kapitalistischer Wirtschaftsgebiete eine Friedensgarantie wäre. Im Kapitalismus werden immer Spannungen, Interessen- und Machtgegensätze entstehen, die zu gewaltsamen Lösungen, zu Kriegen führen.)

Ein Vertreter des Imperialismus, Arthur Dix, schreibt in seiner „Politischen Geographie“ (München 1922):

„Gerade die stärksten, ausnahmefähigsten Absatzmärkte befinden sich politisch der Regel nach in viel zu selbständiger Stellung, als daß sie zu Objekten der Kolonialpolitik aussersehen werden könnten. Andere politisch weniger gefestigte Länder bilden einen Gegenstand weltpolitischer Eifersucht (z.

B. vor dem Kriege China, Persien, Afganistan u. a. M. D. S.) der großen Mächte, der sie vor dem äußeren Schicksal eines Objektes der Weltpolitik bewahrt.“ (S. 51.)

Das gleiche gilt ebenso wie für den Warenabsatz für Rohstoffversorgung und Kapitalanlage. Die Länder, die hier für koloniale Eroberung und Unterdrückung in Frage kamen, waren bei Beginn der deutschen Kolonialpolitik schon zum größten Teil besetzt. Zum mindesten war seit 1900 — und bis dahin war die deutsche Kolonialpolitik nur eine Sache der privaten Initiative einzelner Abenteurer und Kapitalisten, nicht des deutschen Reiches — nichts mehr zu holen.

Koloniale Kriegsziele.

Es ist nur zu verständlich, wenn im Kriege, der unter der Parole der Selbstverteidigung geführt wurde und in dem die Lüge „Wir führen keinen Eroberungskrieg!“ in allen offiziellen und offiziellen Tonarten verbreitet wurde, die Kolonialprogramme nur so aus dem Boden wuchsen.

1917 schrieb der Alldeutsche Heinrich Claß — alldeutsch war damals Trumpf —:

„Dies vorausgeschickt, betrachten wir die Beute, bescheiden uns dabei aber, nur solchen Erwerb anzustreben, der uns nützlich und haltbar erscheint — jedes Uebermaß zu vermeiden.“

Wenn Belgien aus Reich fällt, ist es — unter der Voraussetzung, daß wir England bezwungen haben — eigentlich selbstverständlich, daß der belgische Kongostaat dasselbe Schicksal hat; das ausgedehnte an Naturschätzen aller Art reiche Gebiet wird uns willkommen sein.

Von den französischen Kolonien in Afrika sollten wir uns ganz Marokko (natürlich abgesehen von dem spanischen Teile) abtreten lassen, ein Gebiet, das auf unabsehbare Zeit Arbeit und Gewinn verspricht; was mit den übrigen Besitzungen Frankreichs über See geschieht, wird sich finden.

Auf die portugiesischen Besitzungen haben wir vertragliche Anwartschaft, die vor dem Kriege nicht zu verwirklichen war; nachdem Portugal auf die Seite unserer Feinde getreten ist, werden wir beanspruchen, von jenem Besitz in Afrika das zu nehmen, was zur Abrundung unseres Gebietes erforderlich ist. Das britische Südafrika wird sich vielleicht unter niederdeutscher Führung als selbständiges Reich entwickeln, wenn es uns und in Europa und zur See gelingt, England zu besiegen.

Von den Ländern am Mittelmeer sollten Ägypten und Cypern unter allen Umständen von der englischen Herrschaft befreit werden; ihr zukünftiges Schicksal hängt von so viel Voraussetzungen ab, daß ich darüber keinen Vorschlag machen möchte. („Zum deutschen Kriegsziel“. München 1917. S. 61/62.)

Es ist heute in weiten Kreisen der deutschen Bourgeoisie Mode, energisch von den Alldeutschen abzurücken. Deshalb ist es interessant, festzustellen, daß im Kriege, als die alldeutschen Pläne verwirklichtbar „schiene“, fast die gesamte deutsche Bourgeoisie „alldeutsch“ war. In zahllosen Eingaben zum Frieden aus allen Kreisen der deutschen Bourgeoisie wurden — mehr oder weniger offen oder verschämt, je nach dem — die Forderungen gestellt, die H. Claß hier am deutlichsten und schärfsten formuliert hat.

Eine vom „Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband Hamburg“, dem „Verband deutscher Handlungsgehilfen Leipzig“, dem „Verein für Handlungs-

kommiss 1858 von Hamburg" und dem „Deutschen Verband kaufmännischer Vereine“ unterzeichnete Eingabe an den Reichskanzler vom 1. April 1915 forderte vorsichtig die „aus militärischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gründen, insbesondere auch zu unserer Seegelung notwendigen Gebietserweiterungen in Europa und in der Welt.“

In der von 1874 Intellektuellen unterzeichneten Eingabe an den Reichskanzler vom 8. Juli 1915 (sog. „Professoreneingabe“) heißt es:

„In Afrika wollen wir unser Kolonialreich neu aufbauen, geschlossener und stärker als es bisher gewesen ist. Zentralafrika allein würde uns zwar große Gebiete, aber im Verhältnis dazu nicht genug innere koloniale Werte geben. Wir brauchen daher auch noch an anderer Stelle einen ausreichenden Erwerb. Hier tritt wieder die Wichtigkeit unserer dauernden Verbindung mit der islamitischen Welt hervor und abermals die Notwendigkeit eines sicheren Seeweges (gemeint ist die Annektion Belgien. M. D. S.).“

Die gleichen Leute, denen damals ganz Zentralafrika „nicht genug innere koloniale Werte“ zu bieten schien, würden heute froh sein, wieder in irgend einer Ecke der Welt, die in hellen Flammen steht und wo Europäerherrschaft nur noch mit Maschinengewehren aufrecht erhalten werden kann, ihre kolonialen Instinkte austoben zu können, oder — es handelte sich ja zum großen Teil um Schreibtischmenschen — vom Schreibtisch aus Arbeitslose in den Tod schicken zu können „für deutschen Namens Ehr“.

In den von zahllosen bürgerlichen Parteiführern, Berufsverbänden u. a. aufgestellten „Münchener Richtlinien“ (März 1916) hieß es:

„Einräumung eines großen, möglichst zusammenhängenden Kolonialgebietes (in Afrika). Bei dem Streben der Westmächte, immer weitere Gebiete politisch und wirtschaftlich zu erwerben und gegen die Außenwelt abzuschließen, brauchen wir zu unserer Versorgung mit Rohstoffen und als Absatzgebiete ausgedehnte Kolonien, die durch Größe und Lage imstande sind, sich gegen feindliche Angriffe wirksam zu verteidigen. Die Rekrutierungsgebiete für farbige Kolonialtruppen sind unseren Gegnern nach Möglichkeit zu beschränken.“

Die letzte Forderung bedeutete praktisch „nach Möglichkeit“ die Annektion von ganz Afrika und halb Asien. Die Begründung, die Westmächte hätten versucht, ihre Gebiete „von der Außenwelt abzuschließen“, war einfach unwahr.

Bei diesen alldeutsch-imperialistischen Programmen durfte natürlich die „Deutsche Kolonialgesellschaft“ nicht fehlen! Sie nennt sich zwar unpolitisch, ist aber immer schon eine kapitalistisch-reaktionäre Organisation gewesen. (Ihre Vorsitzenden waren Fürst Hohenlohe-Langenberg, Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg u. a. Lange Zeit war es Mode, so ziemlich jeden kolonialen Mist dem Herrn Herzog zu widmen. Wörtlich! Denn selbst die „Tropische Düngersibbel“ wurde „Seiner Hoheit dem Herzog Joh. Albrecht zu Mecklenburg ehrfurchtsvoll gewidmet vom Verleger“ W. Süßeroth, Berlin.)

Die von der „Deutschen Kolonialgesellschaft“ im Kriege aufgestellten „Kolonialen Leitsätze“ heißt es unter Punkt 8:

„So anziehend der Gedanke auch zunächst erscheinen mag, sich auf ein geschlossenes Kolonialreich zu beschränken (!) und auf allen übrigen Kolonialbesitz zu verzichten, so zeigt doch ein Blick auf die vielseitigen politischen und wirtschaftlichen Interessen und Bedürfnisse des Deutschen Reiches, daß ein in Afrika allein errichtetes Kolonialreich uns nicht genügen kann. Zwar ist Afrika das zunächst gegebene Kolonialfeld, daneben aber verlangt die außer-

ordentlich große Zukunft Chinas die Festhaltung und Erwerbung von Stützpunkten im Gebiete des Indischen und Stillen Ozeans.“

Es wäre interessant, von der „Deutschen Kolonialgesellschaft“ zu hören, ob ihrer Ansicht nach uns auch heute noch ein „in Afrika allein errichtetes Kolonialreich nicht genügen kann“. Wenn sie diese Ansicht heute noch vertritt, so soll sie offen sagen, wie sie ihre Ziele zu erreichen denkt. Wenn sie sie nicht mehr vertritt, so ist sie Antwort schuldig auf die Frage, weshalb Deutschland heute, wo die allgemeine Konkurrenz auf dem Weltmarkt viel schärfer, die Monopolisierung der Rohstoffe viel eindeutiger und fester geworden ist, ein kleineres Kolonialreich genügen soll als früher.

Immerhin ist zuzugeben, daß diese kolonialen Kriegsziele konsequent waren. Wollte man eine koloniale Weltmacht, so mußte man derartige Forderungen stellen. Heute sind diese Forderungen ein Wahnsinn, den vermutlich keine Organisation, keine Vereinigung, kein Politiker, der ernst genommen zu werden beansprucht, vertreten wird. Die heutigen Kolonialforderungen beschränken sich da, wo sie am weitesten gehen, auf die Forderung der Rückgabe unserer Vorkriegskolonien. Die Meisten sind schon mit einem Teil zufrieden. Was aber hätten wir davon? Nichts!

Das ist der konkrete Inhalt heutiger Kolonialpolitik.

Minister und „Sozialisten“.

Und doch finden sich nicht nur professionelle Kolonialvereine, ehemalige Kolonialbeamte, die heute von ihren Pensionen und ihrer Kolonialpropaganda leben, für diese „neue Kolonialpolitik“, sondern auch Minister und — Sozialisten!

Zuerst kommt, allerdings dezent und zurückhaltend, der gegenwärtige Außenminister Dr. Stresemann. Stresemann wird bisweilen von seinen Anhängern der „zweite Bismarck“ genannt. Aber das stimmt nicht ganz, — womit an sich weder etwas gegen Stresemann noch auch gegen Bismarck gesagt ist. Bismarck hat sich in allen Kriegen mit den Militärs, die ihm in seine Politik hineinspuschen wollten, herumgeschlagen. Seine „Gedanken und Erinnerungen“ erzählen genug davon. Stresemann erklärte noch im Mai 1918 in einem Vortrag in Hamburg: „Wenn Hindenburg und Ludendorff gesprochen haben, haben wir anderen zu schweigen.“ Ludendorff stand — das war ein offenes Geheimnis — hinter der alldeutschen Annektionspropaganda. Stresemann stand hinter Ludendorff. Also —! Bismarck soll 1871, als ihm das erste Kolonialprogramm vorgelegt wurde, gesagt haben: „Diese Kolonialgeschichte wäre für uns genau wie der seidene Sobelpelz in polnischen Adelsfamilien, die kein Hemde haben.“ Heute sind wir — so sagt man offiziell — ein „verarmtes“ Volk. Stresemann will — und wird vielleicht — uns mit Hilfe des Völkerbundes einen „seidenen Sobelpelz“, d. h. eine Kolonie verschaffen. Er hat erklärt, daß „das deutsche Volk in seiner jetzt verkleinerten Gestalt, beschwert mit den ungeheuren Lasten des Versailler Vertrages um Lebensfragen kämpft, wenn es den ihm zukommenden Platz unter den Kolonialmächten der Erde erstrebt“ (Bericht in „Der Kolonialdeutsche“ 1927. Nr. 1.)

An zweiter Stelle unter den ministeriellen Kolonialfreunden kommt der ehemalige Reichsinnenminister Dr. Kütz, der 1907—1908 im Reichsdienst in Deutsch-Südwestafrika tätig war. Im „Berliner Tageblatt“, das auch für Kolonialpolitik Deutschlands eintritt, schrieb er am 13. April 1926 einen Aufsatz: „Das deutsche

Kolonialproblem“, der neben den üblichen Begründungen die folgenden „klassischen“ Ausführungen enthält:

„Mit Militarismus und Imperialismus hat die koloniale Sehnsucht Deutschlands nichts zu tun, sie hat auch früher nichts damit zu tun gehabt. Wenn je ein Land nicht machtpolitische, sondern wirtschaftliche Motive bei seinen kolonialen Erwerbungen gehabt hat, so ist es Deutschland gewesen.“

Man muß wohl Innenminister in der deutschen Republik sein, um zu begreifen, inwiefern die Tatsache, daß Deutschland seine Kolonialpolitik aus wirtschaftlichen Gründen getrieben hat, ein Beweis gegen den Vorwurf ist, sie sei aus imperialistischen Gründen erfolgt. Und weiter schreibt Kälz:

„Die Wiedereinreihung Deutschlands in die kolonialen Mächte der Welt ist uns eine Sache des deutschen Rechtes, eine Sache der deutschen Ehre und eine Sache der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Gleichberechtigung und Selbstbestimmung.“

„Gleichberechtigung und Selbstbestimmung“ natürlich nicht für die Neger, Indier, Malaien usw., sondern nur das gleiche Recht wie Frankreich, England u. a., das „Selbstbestimmungsrecht“ der Unterdrückten mit Füßen zu treten, Gleichberechtigung darin, alte Kulturen zu vernichten, Kolonialkriege zu führen, Strafexpeditionen auszusenden und — soweit vorhanden — Kolonialprofite einzustecken. Es ist einem deutschen Innenminister vorbehalten geblieben, die Kolonialpolitik mit „Gleichberechtigung“ und „Selbstbestimmung“ zu begründen!

An dritter Stelle ist der ehemalige Reichsminister Bell zu nennen. Er versteht es, in treffender Kürze alle Gründe für eine deutsche Kolonialpolitik zusammenzufassen, die — nicht stichhaltig sind, ohne auch nur einen einzigen neuen hinzuzufügen. In einem Aufsatz „Die Kolonialfrage und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund“ („Augsburgerische Postzeitung“ 19. Oktober 1926) schrieb er:

„Als Kulturstaat (man sehe sich unsere Justiz an! M. D. G.), der auf eine tausendjährige Vergangenheit zurückblickt und der gesamten zivilisierten Welt so reiche Kulturschätze gegeben hat, muß Deutschland seinen Anspruch auf Mitwirkung an der Zivilisation unentwickelter Völker und an der Kolonisationsarbeit nachdrücklich auch in Zukunft aufrechterhalten. Dazu treten die unabwiesbaren Bevölkerungsprobleme. Deutschland muß ein Abflußgebiet für seine gewaltig überschießende Bevölkerung haben und dazu können nur eigene Kolonien auf die Dauer zweckentsprechend dienen. Nicht an letzter Stelle verdienen die wirtschaftlichen Erwägungen tiefgründige Beachtung. Deutschland ist bei seinem riesigen Bedarf an kolonialen Rohstoffen darauf angewiesen, wenigstens einen beträchtlichen Teil hiervon aus eigenem Kolonialbesitz zu erträglichen Preisen zu beziehen. Umgekehrt muß Deutschland aber auch um seine schweren Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, in eigenem Kolonialbesitz ein geeignetes Absatzgebiet für wirtschaftliche und industrielle Erzeugnisse haben.“

Kulturelle Aufgaben, Rohstoffversorgung, Absatz! Alles ist beisammen, sogar Absatz für „wirtschaftliche und industrielle“ Erzeugnisse.

Erwähnen wir noch, daß der Reichsbankpräsident Dr. Schacht, nachdem sein Vorschlag einer deutsch-englisch-amerikanischen Kolonialgesellschaft auf allseitige Ablehnung gestoßen war, Kolonialpolitik aus valuta- und währungspolitischen Gründen verlangt, so haben wir einen Ueberblick über die führenden Vertreter der Kolonialpolitik unter den Ministern und anderen hohen Beamten.

Wenn wir schließlich noch wissen, daß das amtliche „Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich“ noch 1926 von einem „Mandatsgebiet Deutsch-Ostafrika“ bzw. „Deutsch-Südwestafrika“ u. „Deutsch-Neuguinea“ schreibt, so wissen wir, wie sich das Begehren des neuen deutschen Imperialismus nach Kolonien in amtlichen Stellen, bei Reichsbankpräsidenten, Ministern u. a. auswirkt.

Ganz ähnlich aber ist es bei dem linken Flügel der deutschen Bourgeoisie, der Sozialdemokratie. An der Spitze marschieren hier natürlich die „Sozialistischen Monatshefte“, die seit langem kolonialpolitisch positiv eingestellt sind, und ein Teil der Gewerkschaftsbürokratie.

In den „Sozialistischen Monatsheften“ (1926, Nr. 10) schrieb Max Cohen einen Aufsatz „Für eine deutsche Kolonialzukunft“ und im ersten Heft des Jahrgangs 1927 schrieb H. Kranold folgendes über „sozialistische Kolonialpolitik“:

„Ein zwingendes Argument vom sozialistischen Standpunkt zugunsten kolonialer Betätigung der Deutschen in der Zukunft ergibt sich aus folgender Ueberlegung. Der Siegeszug der industriellen Europäisierung des Wirtschaftens über den Erdball ist ein Menschenschicksal, das auch der größte Heroismus und das entschlossenste Volk der Welt nicht mehr abzuwenden vermögen. . . Es fragt sich nur, ob Ueberseeekklaven abgerichtet oder Menschen gelehrt werden sollen, dieser Weltentwicklung der Wirtschaft sich anzupassen. Soll es als Lehre, als Pflege und Beispiel geschehen, so ist es eine Sicherung gegen Verlockung zum Mißbrauch der Macht und eine Bereicherung der Gesamtheit von Lehrmethoden, wenn alle Völker, die zur vollen industriellen Reife gediehen sind, daran als Koloniatoren teilnehmen. Die Kulturaufgabe sozialistischer Kolonisation liegt darin, die kolonialpolitische Ausbeutung im Kolonialsystem durch ausbeutungsfreie Arbeitsweisen zu ersetzen und dadurch aus der Kulturaufgabe des Europäertums jenes sie verzerrende Element auszustoßen. . . Sozialistische Kolonisation hat dafür zu sorgen, daß der Prozeß der Annäherung der Ueberseemenschen an die europäische Wirtschaftsweise ein Kulturprozeß werde, der er bisher nur sehr zum Teil gewesen ist. Weil wir gerade in diesem Sinne dem europäischen Sozialismus eine Mission im Kolonisationswerk zutrauen, deshalb treten wir hier in den „Sozialistischen Monatsheften“ seit jeher für die positive Stellungnahme des deutschen Sozialismus zur Kolonisation ein, deshalb heben wir jede wahrhaft gute Leistung der bürgerlichen Welt in der Kolonisation hier freudig hervor und klagen jede an, die dieser Aufgabe Europas nicht genügt. . . Deutschland darf die Anteilnahme an der Verantwortung der europäischen Menschheit nicht versagen.“

Wir gehen nicht auf Einzelheiten dieses Wirrwarrs von Unklarheiten, ideologischen Verdrehungen und Unmöglichkeiten ein (z. B. „Verantwortung der europäischen Menschheit“, „Sicherung gegen Verlockung zum Mißbrauch der Macht“, „Kolonisation ohne Ausbeutung“ — was ungefähr auf das Problem der Empfängnis ohne Geschlechtsverkehr hinauskommt — usw.). Wir begnügen uns damit, den Grundfehler Kranolds klar zu stellen.

Kranold verwechselt zwei vollkommen verschiedene Probleme: Das eine ist die Frage, wie eine kapitalistische Macht sich ihre Monopolstellung schafft, festigt oder sichert, wie sie sich Gebiete schafft, in die sie ihre expansiven Kräfte hinleiten kann, m. a. W. das Problem, wie die ganze Erde dem Kapitalismus möglichst restlos unterworfen und von ihm verteilt werden kann. Das ist das Kolonialproblem.

Das andere Problem ist das, wie eine sozialistische, d. h. klassenlose und ausbeutungsfreie Gesellschaft, die sich auf einer hohen Stufe technischer und sozialer Ent-

wicklung befindet, Gebieten hilft, die noch auf primitiveren Stufen stehen, wie sie ihnen vor allem hilft, die Stappen der kapitalistischen Entwicklung zu mildern, zu verkürzen oder eventuelle ganz zu vermeiden und direkt aus vorkapitalistischen Produktionsformen in Formen die Wirtschaft überzuleiten, die bereits eine Ueberwindung des Kapitalismus darstellen. Dieses Problem sollte man aber, da es ganz wesentlich anders liegt, überhaupt nicht als „Kolonisations-Problem“ bezeichnen. Indem Kranold so tut, als ob er für diese von einer sozialistischen Gesellschaft ausgehenden Förderung primitiver Wirtschaften einträte, dabei aber von „sozialistischer Kolonisation“ spricht, wird er direkt zu einem Förderer kapitalistischer Kolonisation, der er nur ihre „Giftzähne“ ausbrechen will, aber „freudig jede wahrhaft gute Leistung der bürgerlichen Kolonisation“ hervorhebt.

Selbst die „Sozialistischen Monatshefte“ aber rücken von Karl Valentin Müller ab, obgleich sie ihn in der Kolonialpolitik als „Bundesgenossen im sozialistischen Lager“ bezeichnen. K. v. Müller ist mehrfach im „Gewerkschaftsarchiv“ energisch für deutsche Kolonialpolitik eingetreten. Seine Begründung ist aber im Gegensatz zu den „Sozialistischen Monatsheften“ überhaupt nicht mehr „sozialistisch“ überdeckt. Für ihn ergibt sich die Kolonialpolitik einfach aus der Ueberlegenheit der weißen Rasse, deren ganzer Hochmut aus seinen Ausführungen spricht; er schreibt:

„Wir haben heute zu wählen zwischen der Freundschaft und Interessengemeinschaft mit jenen wohlausgebauten, starken, auf vorbildliche Leistungen mit Recht stolzen Millionenorganisationen des verwandten Angelsächsentums (gemeint sind die weißen Gewerkschaften in Australien, Neuseeland und Südafrika. M. D. S.) und der Sympathie der „unentwickelten“ Völker, von denen noch gar nicht feststeht, ob und in wie weit sie überhaupt nach unseren Begriffen organisierbar und für Kultur erziehbar sind. . . Ist es ratsam, daß die Ambitionen einer arroganten farbigen Intelligenz befördert werden, die darauf ausgehen, aus den Kolonien Selbstverwaltungsstaaten, vielleicht nach dem erhebenden Vorbild von Liberia, Haiti oder Afghanistan zu machen?“

In der offiziellen Zeitschrift des A. D. G. B. „Die Arbeit“ (Jahrg. 3, Heft 8) schrieb der nicht ganz unbekannt gewerkschaftler Knoll:

„Gegen den kolonialen Gedanken an sich wäre vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus wohl schwerlich etwas einzumenden.“

Daß bei der gegenwärtigen Lage (Verbot der allgemeinen Wehrpflicht) etwaige Kolonialkriege vor allem mit Erwerbslosen geführt werden würden, die durch entsprechende Versprechungen gewonnen werden würden, geht die Gewerkschaften anscheinend nichts an. Erwerbslose zahlen ja keine Beiträge! Daß die Kosten der Kolonialpolitik durch Steuern aufgebracht werden müßten und den Lebensstandard der deutschen Arbeiterschaft herabdrücken würden, geht die Gewerkschaften nichts an. Sie werden dann eben wieder Tarifverhandlungen führen. So scheint Knoll zu denken. Denn anders läßt sich sein Standpunkt, Kolonialpolitik sei mit Gewerkschaftspolitik zu vereinbaren, kaum zu erklären.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ und die Gewerkschaftsblätter setzen aber nur eine schon langjährige Tradition fort. Bei seinem Abschied von seinen Mitarbeitern im Reichskolonialamt (Februar 1919) erklärte Dr. Solz ausdrücklich:

„Die neue Regierung (Ebert-Scheidemann! M. D. S.) steht auf dem Standpunkt, daß das koloniale Kriegsziel nach wie vor auf die Wiedererlangung unserer Kolonien gerichtet bleiben muß, und ist mit der alten Regierung der Meinung, daß der Besitz von Kolonien eine Lebensfrage für Deutschland ist und keine Luxusfrage.“ („Kolonialpolitik“ S. 3.)

In der Ende 1918 gegründeten Gesellschaft für kolonialen Fortschritt“ saß neben dem ehemaligen Gouverneur Frh. v. Rechenberg, dem Prälaten Baumgarten und dem evangelischen Missionsinspektor Arenfeld der „Sozialist“ Max Schappel im Vorstand!

Auf dem Kongreß der 2. Internationale in Stuttgart (1907) wurde ein Antrag eingebracht und allerdings abgelehnt, der u. a. besagte:

„Der Kongreß stellt fest, daß der Nutzen oder die Notwendigkeit der Kolonien im allgemeinen — besonders aber für die Arbeiterklasse — stark übertrieben wird. Er verwirft aber nicht prinzipiell und für alle Zeiten jede Kolonialpolitik, die unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wirken können.“ (Zitert nach P. Frölich „Zehn Jahre Krieg und Bürgerkrieg“. Berlin 1924 S. 38.)

Das ist bereits vollkommen die heute von den „Sozialistischen Monatsheften“ vertretene Theorie der „sozialistischen Kolonialpolitik.“

III. Das Erwachen der Unterdrückten.

Die elementare Voraussetzung aller Kolonialpolitik ist, daß jemand vorhanden ist, der sich zum Objekt dieser Kolonialpolitik hergibt, bzw. daß jemand dazu gezwungen werden kann, sich zu diesem Objekt herzugeben. Fast immer steht am Anfang der Kolonialpolitik dieser Zwang, sich die koloniale Unterjochung, die „Schutzherrschaft“ gefallen zu lassen. Dieser Zwang wird in der Regel brutal, so nachdrücklich ausgeübt, daß er für lange Zeit genügt, daß die Unterworfenen eingeschüchtert werden und ihnen der Mut zu neuen Aktionen fehlt. (Wem theoretische Untersuchungen oder historische Feststellungen hier nicht genügen, oder wem sie zu trocken sind, der lese Jack Londons „Südjosephsgeschichten“, vor allem „Der blasse Schrecken“, wo ein derartiger Kolonialkrieg geschildert wird.)

Sind aber die Unterworfenen entschlossen, kühn und stark genug, um sich erfolgreich zur Wehr zu setzen, so helfen die schönsten kolonialen Theorien nicht mehr. Die Möglichkeit der Kolonialpolitik fehlt.

Daß dieser Zeitpunkt einmal kommen mußte, war seit jeher klar. Man konnte nur vor dem Kriege 1914—1918 noch darüber streiten, wann dieser Zeitpunkt herannahen würde. Im allgemeinen war man damals in Europa und Amerika der Ansicht, er läge noch in weiter Ferne. Man behandelte die Frage der großen Auseinandersetzung zwischen den imperialistischen Staaten und den von ihnen unterdrückten Millionen als eine Frage, die uns Heutige noch sehr wenig interessiert. Und wo man diese Frage beachtet, da wurde sie von vornherein auf eine Basis geschoben, die jede Klarheit unmöglich machte. Man sprach dann nämlich von der großen Auseinandersetzung zwischen der weißen und gelben, bzw. schwarzen Rasse. Aus der konkreten Frage der Ausbeutung, des Kapitalismus und seiner weiteren Entwicklungsmöglichkeiten wurde eine abstrakte Rassenfrage gemacht. Auf diese Weise ist es in der Tat gelungen, auch weiten Kreisen der Arbeiterschaft einzureden, die „weiße Rasse“ werde von der „gelben und schwarzen Gefahr“ bedroht. So ist eine trügerische Interessengemeinschaft und Solidarität zwischen dem Kapitalismus und dem Proletariat geschaffen worden, die noch heute vielfach ein volles Erkennen der Bedeutung, die die Befreiungsbewegungen außerhalb Europas für das europäische Proletariat haben, verhindert.*)

*) Es wäre dringend notwendig, endlich einmal die Rassenfrage eingehend vom Standpunkt des ökonomischen Materialismus aus zu behandeln. Sowohl im Kampf gegen den Faschismus als auch im Kampf gegen den Kolonialimperialismus und bei den sich in Zukunft sicher noch verschärfenden Freiheitsbewegungen

Es ist verständlich, wenn vor dem Weltkrieg diese Probleme nicht in ihrer vollen Schärfe erkannt wurden. Heute bedeutet ihr Verkennen ebenso wie ihr Verkennen eine objektive Unterstützung des Imperialismus. Denn heute ist der Zeitpunkt gekommen, wo das System des Imperialismus von außen her durch die sich erhebenden Völker aufs höchste bedroht ist. Der Weltkrieg beschleunigte die Entwicklung, die auch ohne ihn gekommen wäre, ganz gewaltig. Im Weltkrieg verlor der Europäer, der „Weiße“, seine Vormachtstellung. Als die Kriegslage auf beiden Seiten dazu zwang, „Farbige“ in den Kampf zu führen, als die Solidarität der Weißen, die außerhalb Europas direkt strikt innegehalten oder doch formell vorgetäuscht worden war, in die Brüche ging, da ging auch der Nimbus der Unfehlbarkeit und der Unüberwindbarkeit verloren, der bis dahin die Weißen und ihre Maschinengewehre begleitet hatte.

Weiter kam noch hinzu, daß mit dem Kriege die ökonomische Vormachtstellung Europas verloren ging. Sie ging zum größten Teil an Amerika über; aber auch andere Länder konnten in den Jahren 1914—1918 und in den ihnen folgenden Jahren innerer Zerrüttung Europas gewaltige Machtpositionen erringen. Südafrika, Australien, Südamerika, Japan u. a. nahmen einen machtvollen Aufschwung.

Und endlich: Der Europäer mußte vielfach den „Farbigen“ zu Hilfe holen. In Afrika wurden nach dem Kriege Flugblätter der äthiopischen (Negar-)Bewegung gefunden, die etwa besagten: „Die Deutschen haben die Franzosen besiegt; dann haben wir die Deutschen besiegt, also werden wir doch auch die Franzosen besiegen können.“

Die „Neue Ära des Pazifismus“, die angeblich mit Abschluß des Friedens und Errichtung des Völkerbundes ausbrechen sollte, hat sich schon sehr bald in ihr Gegenteil verkehrt, in eine Ära verschärfter Krisen, Kämpfe und Unruhen. Es gibt keinen Erdteil mehr, in dem der Kapitalismus sorglos existieren kann. Überall bedrohen ihn innere und äußere Unruhen. Überall arbeiten Kräfte daran, seine Fundamente zu erschüttern, ihn in seinen Grundlagen zu zerstören und zu stürzen.

Kaum ist es gelungen, an einer Stelle Revolutionen und Aufstände niederzuschlagen, so beginnt ein neuer Brand. Wir haben seit August 1914 noch keinen Frieden gehabt, nur Waffenstillstandepochen von mehr oder weniger langer Dauer und Sicherheit.

Auch vor dem Weltkrieg kam es zwar immer von neuem in Kolonien und Halbkolonien zu Aufständen und Befreiungsversuchen. Aber dreierlei hat sich geändert. Einmal sind die Kämpfe heute viel bewußter, überlegter geworden. Es handelt sich nicht mehr um Revolten gegen ein unerträglich gewordenes Joch, sondern um ganz zielbewußt durchgeführte Aktionen. Sodann ist die Kampftechnik und Bewaffnung der Unterdrückten — hier vor allem liegt eine Auswirkung des Krieges — nicht mehr so primitiv, wie einst. Und endlich handelt es sich nicht mehr um isolierte Aufstände, sondern um großzügig organisierte und vorbereitete Massenerhebungen.

der unterdrückten Völker wird man immer wieder sich mit mehr oder weniger gut ausgerüsteten Rasthetoretikern herumzuschlagen haben. Gerade bei dem Problem der Verbindung des Kampfes der unterdrückten Klassen in Europa mit dem Kampf der unterdrückten Rassen und Völker außerhalb Europas wird eine richtige erfolgreiche Taktik auch die unleugbar vorhandenen rassemäßigen Verschiedenheiten beachten müssen.

In den Kriegen in Deutschsüdwest 1904 und in den folgenden Jahren hatten sich zunächst nur die Bondels erhoben; dann benutzte ein Teil der Herero diese Gelegenheit; erst nach und nach schlossen sich die meisten Herero ihnen an. (Die Darstellung vom „spontan ausgebrochenen Aufstand“, die noch heute vielfach verbreitet wird, ist unrichtig.) Schon die Nama-Stämme unter Witboi schlossen sich zunächst nicht an. In Deutsch-Ostafrika hatten die Nachrichten des Aufstands in Südwest ebenfalls nur Teilaufstände zur Folge.

Heute stehen die Freiheitsarmeen Chinas in enger Verbindung mit der indischen und javanischen Freiheitsbewegung; die indische Freiheitsbewegung in Asien steht in Verbindung mit der Bewegung der zahlreichen Inder in Afrika. Die Neger erstreben ihre Freiheit und Gleichberechtigung in Afrika ebenso wie in Amerika. All das macht die Befreiungskämpfe um so viel gefährlicher, als sich die Freiheitsbewegungen mehr und mehr die europäische Kriegs- und Waffentechnik zu eigen zu machen beginnen.

Es ist nicht möglich, an dieser Stelle eine eingehende Darstellung der gegenwärtigen aktiven Freiheitsbewegungen zu geben. Monatelang zog der Freiheitskampf Abd el Krims die Augen der Welt auf sich. Auch heute noch ist Marokko nicht „befriedet“. Aus Europa fast vollkommen verdrängt, beginnt die Türkei aufs neue aufzuleben und die Unterdrückung, die sie zu einem halbkolonialen Staat machte, abzuschütteln. In Syrien sucht Frankreich vergebens, der Aufständischen Herr zu werden. Gewaltige, mit den modernsten technischen Waffen ausgerüstete Truppenkörper erringen nicht den erstrebten Erfolg. In Indien wankt die englische Herrschaft. 1919 sah sich England gezwungen, ein indisches Parlament zu bewilligen. Seine Hoffnungen, in diesem Parlament die Freiheitsbewegung aufzufangen und sie mit „parlamentarischen“ Mitteln unschädlich zu machen, haben sich nicht erfüllt. Am deutlichsten wird die vollkommen veränderte Weltlage in China. Die südchinesische Regierung in Kanton, getragen von der nationalen Freiheitspartei, der Kuo mintang, dringt immer weiter vor, erringt Erfolge, die noch vor wenigen Jahren fast unmöglich schienen. Und diese Erfolge, vor allem die Besetzung der englischen Konzession in Hankau, wirken sich weit über China hinaus aus. Der letzte große Aufstand in Java, wo die holländische Miswirtschaft zu einer gewaltigen Explosion der Volksempörung führte, stand unter dem Einfluß der chinesischen Ereignisse.

In Afrika und Amerika suchen sich die Farbigen immer energischer Schritt für Schritt ihre volle Gleichberechtigung zu erzwingen. Die Staaten Süd- und Mittelamerikas beginnen sich bewußt gegen den U.-S.-A.-Imperialismus zusammenzuschließen.

Das bedeutet, daß die europäisch-amerikanische Weltherrschaft heute nur noch mit Waffengewalt, mit brutalstem gesetzlichen und ungesetzlichen Terror zu stützen ist. In Südafrika, wo die Klassengegensätze besonders scharf sind und sich in der Hülle von Rassengegensätzen noch mehr als in Amerika verbergen, sucht die Regierung jetzt ein Gesetz zu schaffen, das den Farbigen auch dort, wo sie heute das Wahlrecht besitzen, es nehmen will; ferner sollen alle Mißtaten schwer bestraft werden; den Farbigen soll das Wohnen in den Städten der Weißen nur dann gestattet sein, wenn sie bei dieser Arbeit haben. Sonst sollen sie gezwungen werden, in ihre Eingeborenengebiete (eine Art Reservate) zu gehen. Kürzlich erst wurde ein Aufstand der Bondels von der südafrikanischen Regierung mit Hilfe von Gas und Fliegern niedergeschlagen. Daß mit diesen Methoden nur noch ganz kurze Zeit etwas zu machen ist, ist unbestreitbar.

Zahllose Beispiele der Geschichte und der Gegenwart zeigen, daß ein derartiger Terror immer das Anzeichen des Niederganges ist für die herrschende Klasse, die glaubt, sich damit an der Macht halten zu können.

Bezeichnend für die in den letzten Jahren eingetretene Wandlung ist ein Manifest Abd el Krims an die Völker Süd-Amerikas, in dem es heißt:

„Europa . . . hat das Recht verloren, seine Gedanken und seinen Willen den Völkern anderer Erdteile aufzuzwingen. Wir arbeiten an der Errichtung einer Ordnung, die sich auf die Normen des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit gründet. Wir Völker arabischer Rasse arbeiten an der Befreiung vom Joche Englands, Frankreichs, Italiens und Spaniens. Unsere ägyptischen Brüder haben den ersten Streich getan, und ich hoffe sehr, daß die Welt bald Zeuge des zweiten Streiches sein wird, der von hier, von Marokko, herkommen soll. Dann wird die Stunde für Algier, Tunis und Tripolis schlagen, deren Volk sich schon zu dieser Freiheitsstunde rüstet. (Zitiert nach einem Aufsatz von A. Steiniger in der „Weltbühne“ 24. November 1925.)

Hier wird zum ersten Male grundsätzlich Europa das Recht abgesprochen, zu kolonisieren, andere zu unterdrücken, seine kapitalistische Wirtschaftsform anderen aufzuzwingen. In den Briefen des Generalfeldmarschalls v. d. Golz-Pascha, der lange Zeit als Instrukteur in der türkischen Armee tätig war, steht das prophetische Wort: „Die Signatur des 20. Jahrhunderts dürfte den Aufstand der farbigen Rassen gegen den Kolonialimperialismus der Europäer sein.“ — — —

Diese Entwicklung zeitigt gerade in Deutschland besondere Blüten. Gewisse deutsche Kreise, denen die Solidarität des Imperialismus über alles geht, die zugleich vielleicht auf Kosten der Notlage des Imperialismus glauben, einige Zugeständnisse von England und Frankreich erhalten zu können, übertreffen an Hebe, Verleumdung und Niederträchtigkeit der Gesinnung die fanatischen englischen und französischen Imperialisten. Die Rassenhebe, die sich zunächst anscheinend gegen die Semiten richtet, und die in Deutschland ganz besonders wuchert, kann auf Wunsch der Führer beinahe nach Belieben umgestellt werden zum Kampf gegen die schwarze und gelbe Rasse. Die „Theorie“ von der Ueberlegenheit des Ariertums führt von selbst zur Unterstützung der Unterdrückung aller nationalen Befreiungskämpfe in Außereuropa, — wenn auch nicht alle Anhänger dieser „Theorie“ diese Konsequenz ziehen.

Noch schärfer tritt die gesuchte oder schon vorhandene Interessenverbindung des kolonialen Deutschland mit den Kolonialmächten in den Gruppen hervor, die die westliche Orientierung unserer Politik (Locarno, Thoiry, Genf) vertreten. So schrieb anlässlich des javanischen Aufstandes das Zentrumsblatt „Völkische Volkszeitung“ (5. Jan. 1927.):

„Wenn man die Ereignisse auf Sumatra mit denen auf Westjava vergleicht, dann muß man feststellen, daß die niederländischen Kolonialbehörden auch jetzt wiederum gegenüber den mit bisher unerhörter Kühnheit vorgehenden Banden (!) von Verbrechern (!) sich viel zu lange defensiv verhalten haben. . . . Es wäre weit besser gewesen, wenn man schon vor dem Ausbruch der Unruhen energisch durchgegriffen hätte. Von allen (!) Seiten in Holland drängt man jetzt darauf, daß kräftige Präventivmaßnahmen getroffen werden müssen. Milde und Güte helfen nichts. Die unter Sowjeteinflüssen handelnden Verbrecher müssen schwer bestraft werden; die Mörder müssen zum Tode verurteilt werden. Die Internierung der Kommunisten auf schönen

Inseln (mit einem mörderisch ungesunden Klima!) ist eine viel zu milde Strafe. . . Gefühlspolitik ist nicht imstande, die Gefahr zu beschwören; eine starke Hand ist nötig. . . Auch im Interesse des Weltfriedens (?) ist rücksichtsloses Eingreifen der niederländischen Behörden dringend notwendig."

Fühlt man nicht direkt in dem ganzen Aufsatz den Gedanken: Wenn wir Deutschen wieder Kolonien hätten, wir würden „energisch durchgreifen“. Gebt uns ruhig Kolonien! Wir werden sie in Zucht und Ordnung halten! Und die Erwähnung des Friedens am Schlusse zeigt deutlich, daß man verstanden hat, wie der moderne Imperialismus sich zu geben hat: „Demokratisch-pazifistisch“ — wobei nur weder von Demokratie noch von Pazifismus etwas zu merken ist!

Es ist dabei durchaus nicht völlig ausgeschlossen, daß Deutschland eines Tages eine Kolonie bekommt. Zwar hat die südafrikanische Union eindeutig erklärt, daß das ehemalige Deutsch-Südwestafrika ein integrierender Bestandteil der Union geworden sei. Ähnlich ist es mit dem ehemaligen Deutschostafrika. Auch Kamerun und Togo wird Deutschland kaum je zurückerhalten. Die Erfüllung der in letzter Zeit mehrfach ausgesprochenen Hoffnung mancher Kreise, Deutschland könne einen Teil des portugiesischen Kolonialbesitzes in Afrika erhalten, ist gleichfalls ziemlich unwahrscheinlich. Diese Gebiete bilden eine so notwendige organische Abrundung des Gebietes der Südafrikanischen Union, daß diese sicher zuerst ihre stärkeren und gewichtigeren Ansprüche verwirklichen wird.

Wohl aber ist es möglich, daß man Deutschland eines Tages im Indischen oder im Stillen Ozean oder auch in Asien selbst eine Ecke als „Völkerbundsstaat“ übergibt, die in hellodernden Flammen steht, eine Ecke, in der nur noch mit Tanks und Maschinengewehren zu regieren ist. Man wird der Regierung zu diesem Zwecke dann auch eine Verstärkung ihrer Streitkräfte gestatten und unsere Herren Nationalisten und Kolonialpolitiker werden über ihren „Erfolg“ sehr erfreut und außerordentlich stolz sein.

Es gibt aber auch Kreise, die gern die erwachenden Völker für ihre eigenen reaktionären Zwecke mißbrauchen möchten. Es ist bisweilen erstaunlich, mit welchen Sympathien ein großer Teil der deutschen Rechtspresse allen „Meuterern“ und „Revolutionären“ gegenübersteht, sofern sich Meuterei und Revolution gegen England oder Frankreich richten. Sie möchten sich gern — wie der damalige Gouverneur Deutschostafrikas E. v. Liebert, (der übrigens das Verhalten K. Peters in Ostafrika ausdrücklich für berechtigt erklärt hat!) — an die Spitze der Aufstandsbewegungen stellen, richtiger gesagt, sie möchten sich hinter die Front dieser Bewegungen stellen, um mit ihrer Hilfe den verhassten „Erbfeind“ zu vernichten. Diese Reaktionäre merken nicht, daß sie hinter der Weltgeschichte herlaufen, daß die Parole vom „Erbfeind“ heute „veraltet“ ist, daß heute, wo der Imperialismus in allen Fugen kracht, eine echt kapitalistische Parole zu lauten hat: „Kapitalisten aller Länder vereinigt Euch gegen Revolutionen im Innern und draußen in den Kolonien!“

Der doppelte Angriff, der von den unterdrückten Völkern und den unterdrückten Klassen geführt wird, zwingt die Kapitalisten, alle internen Gegensätze möglichst „friedlich“ und reibungslos auszugleichen. Man weiß, daß gegenwärtig ein neuer Krieg zwischen den imperialistischen Mächten den endgültigen Zusammenbruch dieses Systems zur Folge haben muß. Hier liegt die Wurzel des Völkerbundes, der — das hat seine Praxis mehr als einmal schon bewiesen, eine Kampforganisation gegen alle freiheitlichen Bestrebungen der Erde ist.

An zwei Fronten wird der Kapitalismus heute angegriffen. Im Innern aller kapitalistischen Staaten tobt der Bürgerkrieg, die Revolutionen, nur mühsam und unvollkommen unterdrückt. Von außen bedrohen ihn die erwachenden Völker.

Ist es da nicht eine selbstverständliche Forderung, daß diese beiden Fronten sich zu einer Front zusammenschließen, daß die um ihre Befreiung kämpfenden Klassen und die um ihre Befreiung kämpfenden Nationen sich vereinigen, ein Bündnis schließen zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Gegner, den Imperialismus!

Hier liegt die revolutionäre Lösung des Kolonialproblems. Rosa Luxemburg wies in ihrem Werk „Die Akkumulation des Kapitals“ auf die Bedeutung des Kolonialbesitzes für die Zukunft des Kapitalismus hin. Lenin stellte dann zuerst die Forderung der Verbindung der europäischen Befreiungskämpfe mit den nationalen Freiheitskämpfen der unterdrückten Völker.

Aber es wäre ein Irrtum, nun anzunehmen, daß es sich hier um eine spezifisch kommunistische Parole handelt. Die heutige Lage zwingt uns diese Forderung mit gebieterischer Notwendigkeit auf. Jeder, dem es ernst ist mit dem Ziel der freien klassenlosen Gesellschaft, jeder, dem es ernst ist mit dem Kampf gegen diese „Ordnung“ des Kapitalismus, die alle freien Kräfte zerstört, an der Entfaltung hindert und zugrunde richtet, jeder, der heraus will aus dem heutigen Zwang und der heutigen Unfreiheit, muß erkennen, daß nur die Vereinigung der beiden Fronten, in denen Klassen und Völker gegen den Kapitalismus stehen, uns jenen unwiderstehlichen Block schaffen, der den Kapitalismus zerschmettert, der die verbauten Wege für eine weitere Entwicklung frei macht und der allein im Stande ist, zu verhindern, daß mit dem Zusammenbruch des Kapitalismus das Chaos hereinbricht.

Inhalt:

	Seite
Vorwort	3
Die neue Kolonialpropaganda und ihre Gründe	5
I. Kolonialpolitik, wie sie wirklich ist	10
Deutsch-Ostafrika	11
Deutsch-Südwest	14
Deutsch-Kamerun	29
Die Sklaverei	33
Kultur-Bringer	36
Die Mission	38
II. Kolonien und Wirtschaftspolitik	42
Auswanderung, Außenhandel, Kapitalexport und Rohstoffversorgung	47
Koloniale Kriegsziele	49
Minister und „Sozialisten“	51
III. Das Erwachen der Unterdrückten	56
